

Stenographisches Protokoll.

24. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Freitag, den 4. Juli 1919.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (290 der Beilagen), betreffend die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 (303 der Beilagen). — 2. Eventuell Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzansfuhr und Verpfändung von Forstbesitz (293 der Beilagen). — 3. Eventuell Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von in privatem Besitze befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren (294 der Beilagen). — 4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Gröger, Gabriel, Tusch, Hubmann und Genossen, betreffend die sinngemäße Ausdehnung der Bestimmungen der Mieterschutzverordnung auf Pachtverhältnisse auf dem Lande zum Schutze der Kleinbauern und Kleinhäusler. (258 der Beilagen). — 5. Bericht des Ausschusses für Heerwesen über den Antrag der Abgeordneten Rudolf Gruber, Kollmann, Farrer und Genossen, betreffend die endliche Auszahlung der Explosionschäden vom Jahre 1917 (287 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Frankenbergger, Weiß, Wiesmaier, P. Unterkircher und Genossen, betreffend die Förderung des Tabakbaues und über den Antrag der Abgeordneten Grahamer, Schöchtner, Egger, Altenbacher, Wimmer, Dr. Straffner und Genossen, betreffend die zeitweilige Freigabe des Tabakanbaues (282 der Beilagen). — 7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Petition des Reichsbundes deutscher Postler und über die Anträge der Abgeordneten Steinegger, Dr. M. Mayr und Genossen (267 der Beilagen) und der Abgeordneten Rittinger, Dr. Baber, Kraft und Genossen (264 der Beilagen), betreffend die Einreihung der Postmeister in die Gruppe C der Staatsbeamten (285 der Beilagen).

Inhalt.

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (290 der Beilagen), be-

treffend das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 (303 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung — Annahme des Antrages

[Seite 611] — Redner: Berichterstatter Dr. Maier [Seite 611 und 633], Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter [Seite 612], die Abgeordneten Kraft [Seite 616], Wedra [Seite 621], Dr. Adler [Seite 625], Staatssekretär des Innern Ederich [Seite 625], Abgeordneter Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 629] — Generalredner kontra: Abgeordneter Dr. Waber [Seite 629] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 635].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzausfuhr und Verpfändung von Forstbesitz (293 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung — Annahme des Antrages [Seite 635] — Redner: Berichterstatter Dr. Eisler [Seite 635 und 641], Abgeordneter Dr. Butte [Seite 637], Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter [Seite 639], die Abgeordneten Wimmer [Seite 640], Dr. Maier [Seite 640] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 644].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von in privatem Besitze befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren (294 der Beilagen — Antrag des Präsidenten Dr. Dinghofer auf dringliche Behandlung — Annahme des Antrages [Seite 644] — Redner: Berichterstatter Allina [Seite 644] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 647].

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Gröger, Gabriel, Tusch, Hubmann und Genossen (183 der Beilagen), betreffend die sinngemäße Ausdehnung der Bestimmungen der Mieterchutzverordnung auf Pachtverhältnisse auf dem Lande zum Schutze der Kleinbauern und Kleinhäusler (258 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Gröger [Seite 647] — Annahme des Ausschußantrages [Seite 648].

Bericht des Ausschusses für Heerwesen über den Antrag der Abgeordneten Rudolf Gruber, Kollmann, Parer und Genossen (287 der Beilagen), betreffend die endliche Auszahlung der Explosionschäden vom Jahre 1917 (287 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Eisenhut [Seite 649], Abgeordneter Smitka [Seite 649] — Annahme des Ausschußantrages [Seite 651].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Frankenger, Weiß, Wiesmaier, B. Unterkircher und Genossen, betreffend die Förderung des Tabakbaues (64 der Beilagen) und über den Antrag der Abgeordneten Grahamer, Schöchtner, Egger, Altenbacher, Wimmer, Dr. Straßner und Genossen (72 der Beilagen), betreffend die zeitweilige Freigabe des Tabakbaues (282 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Eisenhut [Seite 651 und 653], Abgeordneter Schiegl [Seite 652], Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter [Seite 653] — Annahme des Ausschußantrages [Seite 653].

Tagessordnung.

Antrag des Abgeordneten Rittinger auf Ergänzung der Tagesordnung durch Verhandlung des Berichtes des Finanz- und Budgetausschusses bezüglich 267, 264 und 285 der Beilagen (Seite 654).

Antwort des Präsidenten (Seite 654).

Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandats als Mitglied dieses Komitees seitens des Abgeordneten Hojch (Seite 653).

Ersatzwahl des Abgeordneten Luttenberger als Mitglied dieses Komitees (Seite 654).

Ausschüsse.

Zuweisung des seinerzeit dem Ausschusse für soziale Verwaltung zugewiesenen Antrages 233 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 611).

Zuweisung von Anträgen:

1. 302 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 653);
2. 296 und 300 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 653);
3. 297 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 653);
4. 298 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 653);
5. 299 und 301 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrsweisen (Seite 653).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Stocker, Krözl, Schöckner und Genossen, betreffend Beschleunigung der Liquidierung der Zentralen und Behörden der Monarchie (313 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Dr. Angerer, Dengg und Genossen, betreffend die Wiedereröffnung der staatlichen Försterschule zu Gußwerk (314 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Thanner, Wimmer, Altenbacher, Egger, J. Mayer und Genossen, betreffend Aufhebung des Mahlscheinzwanges und der Hausmühlensperre (315 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Wimmer, Mayer, Größbauer, Birchbauer und Genossen, betreffend entgeltliche

Überlassung der Reverspferde an die Landwirte, die anlässlich des Zusammenbruches solche übernommen haben (316 der Beilagen).

Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Stumpf, Dr. Mayr, Dr. Reut-Nicolussi und Genossen an den Staatssekretär des Äußern wegen der von ihm in der Sitzung der Reichskonferenz der Arbeiterräte vom 2. Juli l. J. gegen die tirolische Landesregierung gerichteten Angriffe (Anhang I, 116/D);
2. der Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Staatssekretär des Innern, betreffend die Enthüllungen des „Neuen Tag“ über die Untriebe der ungarischen Gesandtschaft in Wien (Anhang I, 117/D).

Zur Verteilung gelangen am 4. Juli 1919:

der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses 303 der Beilagen und der Bericht des land- und forstwirtschaftlichen Ausschusses 311 der Beilagen;

die Anträge 296 bis 302 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seih**, zweiter Präsident **Hauser**, dritter Präsident **Dr. Dinghofer**.

Schriftführer: **Schönsteiner**, **Dr. Angerer**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Dr. Bratusch** für Justiz, **Dr. Schumpeter** für Finanzen, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Hanusch** für soziale Verwaltung, **Dr. Bauer**, betraut mit der Leitung des Staatsamtes des Äußern, **Dr. Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, **Paul** für Verkehrswesen, **Eldersch** des Innern.

Unterstaatssekretäre: **Glockel** für Unterricht, **Miklas** für Kultus, **Dr. Wais** für Heerwesen, **Dr. Tandler** für Volksgesundheit.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 2. Juli ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt. Das Protokoll über die Sitzung vom 3. Juli liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Ich muß zunächst das hohe Haus um Entschuldigung bitten, daß ich die Sitzung, die für 1/2 12 Uhr anberaumt war, erst jetzt eröffne. Es war aber nicht anders möglich, weil der Finanz- und Budgetausschuß eine sehr wichtige und dringliche, heute noch zur Verhandlung gelangende Vorlage zu Ende beraten mußte.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat am 3. d. M. beschlossen, das Präsidium der Nationalversammlung zu ersuchen, es möge der Antrag der Abgeordneten **Dr. Seipel** und **Genossen**, betreffend die Durchführung einer Entschuldungsaktion für die Privatangestellten (*233 der Beilagen*), der diesem Ausschusse zugewiesen war, an den Finanz- und Budgetausschuß überwiesen werden.

In Stattgebung dieses Ersuchens werde ich diesen Antrag dem Finanz- und Budgetausschusse zuweisen.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung,

(*290 der Beilagen*), betreffend die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 (*303 der Beilagen*).

Der gedruckte Ausschußbericht liegt noch nicht 24 Stunden auf. Ich gestatte mir daher im Sinne des § 37 der Geschäftsordnung den Vorschlag zu machen, von der 24stündigen Frist abzusehen und den Bericht in Verhandlung zu nehmen. Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität diesen Vorschlag genehmigt.

Berichterstatter über diesen Gegenstand ist der Herr Abgeordnete **Dr. Michael Mayr**. Ich lade ihn ein, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Dr. Mayr:** Hohes Haus! Der Konstituierenden Nationalversammlung liegt der zweite Voranschlag eines Budgetprovisoriums der Deutschösterreichischen Republik vor. Der erste Voranschlag hat sich auf die Zeit vom November v. J. bis zum 30. Juni d. J., also auf mehr als ein Halbjahr erstreckt. Dieser Voranschlag gilt für die Zeitperiode vom 1. Juli bis 31. Dezember d. J. In rein formeller Beziehung gleicht dieser Voranschlag so ziemlich dem erstgenannten Voranschlag für die Budgetperiode des verflossenen Halbjahres, insbesondere sind die §§ 1 und 2 und der erste Absatz des § 3 fast gleichlautend mit dem früher genannten Gesetzesentwurfe. Nur im § 3 sind die Absätze 2 bis 5 neu, ergeben sich aber aus dem Inhalte des Absatzes 1 von selbst. Der § 4 ist ebenfalls neu und befaßt sich mit einer Gebahrungsnachweisung, mit dem Verlangen, anstatt eines Rechnungsabschlusses wenigstens eine Gebahrungsnachweisung für die Periode vom 1. November 1918 bis 30. Juni 1919 zu erstellen. So viel möchte ich in formeller Beziehung bemerken.

Bedauerlich ist, daß dieses Budgetprovisorium dem hohen Hause um einige Tage verspätet vorgelegt worden ist, daß also ein kurzer Ex lex-Zustand eintreten mußte. Die Begründung hierfür liegt darin, daß von seiten einzelner Landesregierungen und auch mit Rücksicht auf einzelne Posten des Budgets, welche nicht genau bestimmbar waren, wie zum Beispiel bei den Lebensmitteleingängen, die Zusammenstellung des Provisoriums nicht rechtzeitig erfolgen konnte.

Die Begrenzung des Provisoriums auf ein halbes Jahr begegnete im Ausschusse keinerlei

Schwierigkeiten, allerdings unter der Bedingung, daß dem hohen Hause baldigt ein endgültiger Staatsvoranschlag vorgelegt werde, um endlich einen klaren Einblick in unsere ganze finanzielle und wirtschaftliche Lage zu ermöglichen und um endlich die Budgetfragen mit dem ihnen zukommenden höchsten Ernste behandeln zu können. Die ungeklärten Verhältnisse sind es gewesen, welche es auch jetzt noch nicht möglich machen, einen wirklichen Staatsvoranschlag und den Entwurf eines Finanzgesetzes für das ganze Verwaltungsjahr 1919/20 vorzulegen. Man mußte sich deshalb auch diesmal noch mit einem Provisorium begnügen. Die ungeklärten Verhältnisse haben sich gegenüber der Zeit vor einem halben Jahre bei der Beratung des ersten Budgetprovisoriums nicht gebessert, vielleicht eher noch verschlechtert. Wir kennen ja nicht einmal genau die Grenzen unseres Staatsgebietes, auf welches sich das Budget erstrecken soll, solange der Friede nicht geschlossen ist. Ebenso sind wir in bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage vollständig im unklaren. Selbst das statistische Material konnte nicht entsprechend vorbereitet werden, es ist noch immer auf das alte Bisleithanien eingestellt. Und endlich sind uns auch die Menge und Größen der Steuerobjekte noch nicht zur Genuge bekannt. Alle diese Gründe rechtfertigen von selbst die Einbringung eines Provisoriums statt eines wirklichen Staatsvoranschlages.

Ich komme nun zu den wichtigsten Bestimmungen dieses Budgetprovisoriums, die im § 2 enthalten sind. Sie betreffen die Beschaffung der Mittel für alle durch normale Staatseinnahmen nicht gedeckten Staatsausgaben. Zu diesem Zwecke soll das hohe Haus eine Ermächtigung in dreifacher Hinsicht erteilen: erstens auf dem Kreditwege einen Betrag bis zu der enormen Summe von zwei Milliarden für die Zeit vom 1. Juli bis 31. September zu beschaffen, zweitens die in dieser Zeit fällig werdenden Beträge der deutschösterreichischen Staatsschuld zu prolongieren oder umzuwandeln und drittens zur Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse Bürgschaften zu übernehmen. Auf andere Einzelheiten gehe ich nicht ein. Der erwähnte Abgang in der ungeheuren Höhe von 2000 Millionen Kronen — zwei Milliarden! — für das erste Halbjahr der Verwaltungsperiode 1919/20, die wir jetzt beginnen, ist immerhin etwas niedriger, als man ursprünglich gemutmaßt hat. Es wurden ja für das ganze Verwaltungsjahr ungefähr sechs Milliarden Defizit veranschlagt (*Abgeordneter Kraft: Mit Böhmen!*), für das Halbjahr also drei Milliarden. Wenn zwei Milliarden beansprucht werden, ist das immerhin ein gewisser Fortschritt, aber ich betone gleichzeitig, daß auch diese Schätzung von zwei Milliarden nach dem gegenwärtigen Stande der Voranschlagsarbeiten nur annähernd erfolgte und ich betone weiters, daß

angesichts der geschilderten Lage und der großen Unsicherheit die Aufstellung eines Voranschlages von praktischem Wert fast eine Unmöglichkeit ist. Gewiß, meine Herren, ist nur die Tatsache, daß durch die vorhandene Überlastung unseres Staates die gesamte staatliche und private Wirtschaft schwer bedroht und daß die verworrene Finanzlage des Staates auch das Grundübel der vorhandenen Teuerung ist.

Wenn Sie noch eine Bemerkung gestatten, so wäre es die folgende: Die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und der Abbau der Preise bedingen vor allem eine gründliche Besserung der Währung und des Staatskredites. Beides kann aber nur durch einschneidende Einschränkung der Ausgaben und durch ihre Deckung durch definitive Einnahmen erreicht werden. (*Sehr richtig!*) Sollte in dieser Weise fortgewirtschaftet werden — und da zitiere ich die Worte des Herrn Staatssekretärs Dr. Schumpeter in der gestrigen Ausschusssitzung des Finanz- und Budgetausschusses —, so muß nicht bloß der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch, sondern auch die soziale Verelendung die unmittelbare Folge sein. Zur Abwendung dieses Unheils, das uns ernstlich bedroht, genügt aber nicht bloß die richtige Erkenntnis, sondern — ich möchte das besonders lebhaft betonen — auch der Mut des Handels. Die Anwendung der Notenpresse darf nicht länger als der Schlüsselstein unserer finanzpolitischen Weisheit betrachtet werden. (*Sehr richtig!*) Unser junger Kleinstaat darf sich nicht länger den Luxus der Finanzgebarung eines Großstaates gönnen.

Mit diesen wenigen Bemerkungen möchte ich meinen kurzen Bericht schließen und mir noch darauf hinweisen, daß der Gesetzentwurf, wie ihn die Regierung vorgelegt hat, ohne Änderung angenommen und daß nur eine kleine Ergänzung im § 2, Absatz 4, infolge eines Antrages des Abgeordneten Kraft vorgenommen wurde, welche lautet, daß der Staatssekretär für Finanzen über alle getroffenen Maßnahmen der Nationalversammlung periodisch, mindestens vierteljährig, in Sammelreferaten zu berichten hat, also nicht einfach „zu berichten hat“, sondern verpflichtet wird, „periodisch, mindestens vierteljährig“ zu berichten, weil das hohe Haus das Recht hat, über den Stand unserer Finanzlage periodisch rechtzeitig informiert zu werden. Damit schließe ich den Bericht. (*Beifall.*)

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter: Hohe Nationalversammlung! In etwa 14 Tagen wird die Gelegenheit sein, Ihnen das definitive Budget vorzulegen. Wenn dies bisher noch nicht geschehen ist, so liegt dies daran, daß es sich

als unmöglich erwies, die nötigen Daten von den Zentralstellen und den Landesregierungen zu bekommen. Das ist ja auch ganz begreiflich, denn wir haben neben den ungeheuren sachlichen Schwierigkeiten zunächst auch mit der formalen Schwierigkeit zu kämpfen, daß wir alle unsere statistischen Grundlagen ja eigentlich für das alte Zisleithanien besitzen und jetzt erst mit großer Mühe und großer Unsicherheit die für uns in Betracht kommenden Daten herauszufinden haben. Das macht die Budgetarbeit diesmal viel schwieriger.

Aber noch zwei andere Gründe machen sie viel schwieriger. Vor allem treten täglich ohne jede vorherige Mitteilung die größten Ansprüche an die Finanzverwaltung heran. Auch das ist begreiflich, aber es macht ein geordnetes Arbeiten immer schwerer. Ich möchte in diesem Zusammenhang das hohe Haus dringend bitten, die finanzielle Lage des Staates in ihrem ganzen furchtbaren Ernst zu würdigen und uns zu helfen, in den Ausgaben zu bremsen. Insbesondere die plötzlich an uns herantretenden, womöglich noch terminierten Anträge, bei denen die Antragsteller oft gar nicht wissen, welche ungeheure Arbeit es macht, sich über die finanziellen Konsequenzen klar zu werden, sind wirklich finanzpolitisch im gegenwärtigen Zeitpunkt absolut unmöglich. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß von Ihrem Verhalten die Zukunft dieses Staates abhängt! Die Zukunft dieses Staates hängt davon ab, daß wir die moralische Kraft haben, die nächsten Monate zu überwinden, das Harte und Schwierige zu tun, was von uns verlangt wird, damit wir unser Volk in eine glücklichere Zukunft hinüberbringen. Immer wieder kommt es vor, daß eine Partei in dankenswerter Weise mit Einsetzung ihres ganzen Einflusses und ihrer Popularität sich gegen eine Ausgabe ausspricht, oft gegen eine Ausgabe, deren Begründung, deren Berechtigung wir alle anerkennen, die wir aber nicht leisten können, und in einem solchen Fall kommt es immer wieder vor, daß eine andere Partei ihr in den Rücken fällt und den Antrag eventuell doch stellt. Das ist etwas, was eine korrekte Budgetierung unmöglich macht, was auch jetzt fortwährend den Abschluß der Budgetarbeiten erschwert.

Der zweite Grund aber, warum es mit dem Budget bisher nicht vorwärts ging, ist die Unsicherheit aller Daten. Im Grund genommen ist es eine Ungeheuerlichkeit, ein Budget vor dem Frieden vorzulegen. Da wir immer gehofft haben, daß die Friedensverhandlungen beschleunigt werden können, so haben wir auch immer gedacht, daß wir das, was da herauskommt, schon in das Budget würden verarbeiten können. Jetzt steht die Sache so, daß wir das Budget vorlegen wollen ohne Rücksicht auf den Abschluß der Friedensverhandlungen, aber in dem Bewußtsein, daß die ganze Sache wird umge-

arbeitet werden müssen, wenn wir im Besitz der Daten der Friedensverhandlungen sein werden. Deshalb wollen Sie gütigst entschuldigen, daß das Budget nicht zeitgerecht vorliegt. Wie gesagt, in ungefähr 14 Tagen hoffe ich es vorzulegen, jedoch, wie ich im Budgetausschuß sagte, mit der einen Einschränkung, daß, wenn zum Beispiel im Laufe der nächsten zehn Tage die Friedensverhandlungen fertig vorliegen — es ist ja nicht wahrscheinlich, aber möglich — wir dann noch um eine Woche bitten würden, um diese Daten hineinzubearbeiten. Daher werde ich in 14 Tagen zu sagen haben, was über den gegenwärtigen Punkt unserer staatsfinanziellen Entwicklung zu sagen ist. Jetzt handelt es sich nur darum, den Ex-lex-Zustand zu beseitigen und Ihnen ein formales Gesetz darzulegen. Die Zeit drängt und das Haus hat heute noch wichtige andere Gesetze zu erledigen, Gesetze, welche erledigt werden müssen, wenn unsere Delegation in St. Germain nicht in die größte Verlegenheit geraten soll, wenn die Verhandlungen über den Lebensmittelbezug nicht geradezu gefährdet werden sollen. Unter diesen Umständen wollen Sie mir erlauben, daß ich statt zu wiederholen, was ich ja ohnehin in 14 Tagen sagen muß, mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränke.

Das Budgetprovisorium enthält nur die üblichen Berechtigungen für die Regierung. Es hat nur einen Punkt, der ein Wort verlangt, das sind die 2000 Millionen, welche als Defizit vorgesehen sind. Und, meine verehrten Damen und Herren, mit jener Aufrichtigkeit, die ich immer und in jeder Lage und bis zuletzt mir zur Pflicht zu machen entschlossen bin, ist in der Begründung gesagt, daß es möglicherweise bei diesen 2000 Millionen nicht bleiben wird.

Das ist eine furchtbar ernste Tatsache, aber keine Tatsache, wegen der man verzweifeln müßte. Unter normalen Umständen wäre das letal; aber wir sind ja im Jahre des Zusammenbruches, wir beginnen uns erst eben daraus zu erheben; produktive Arbeit kann man aus Mangel an Rohstoffen und aus anderen Gründen kaum noch beginnen. Daß wir da ein solches Defizit aufweisen — wenn es nur bei dem einen bleibt — das ist nicht so ungeheuerlich. Die tschecho-slowakische Republik hat ein Defizit, das infolge der gegenwärtigen kriegerischen Operationen sicherlich noch sehr steigen wird. Selbst Frankreich, ein siegreicher Staat, hat ein Defizit, das, in unseren Kronen ausgedrückt, beinahe ein halbes Hundert von Milliarden ausmachen würde. Unter solchen Umständen können Sie es nicht verlangen, daß dieser Staat jetzt schon vollständig in Ordnung ist.

Einer Bemerkung bedarf jedoch die Frage der Bedeckung. Da ist in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, wir überließen uns ganz leicht-

sinnig und ohne jedes Gefühl der Verantwortung einer Banknotenvirtschaft, die uns zum Untergang führen muß. Diese Anschuldigung richtet sich in erster Linie gegen die Ausgaben, die wir bewilligen. Was diese Auslagen, gegen die ich täglich und stündlich ankämpfe, betrifft, so ist ja das eine wenigstens klar, daß wir in Wien, zwischen Budapest und München, durch eine fruchtbare, wie ich hoffe, nicht zwecklose soziale Friedenspolitik die Ruhe aufrechterhalten haben. Wir haben eine einheitliche Front in sehr weitem Maße aufrechterhalten, nicht nur eine Einheitsfront des Proletariats, sondern eine Einheitsfront, die in wesentlichen Fragen noch weiter geht. Das ist auch etwas und ich möchte alle jene, die sich über unsere Finanzwirtschaft so aufregen, alle kapitalistischen und sonstigen Interessenten fragen, was ihnen lieber ist: die Politik, die wir gemacht haben oder ein vollkommener Zusammenbruch, ein sozialer Zusammenbruch, der sich nicht wieder gut machen ließe.

Man sagt, man soll eben nicht ausgeben, sondern energisch sein; alles schreit nach dem Mann! (Heiterkeit.) Ich glaube, ich bin mit meinen Kollegen über diesen einen Punkt vollkommen in Übereinstimmung, daß das für uns nicht akzeptabel ist. Den Wünschen des Volkes mit Gewalt zu begegnen, selbst wenn wir die äußeren Machtmittel zur Verfügung hätten, würde uns gar nicht liegen. (Zustimmung.) Das ist eine so kurzfristige Politik, selbst vom Standpunkt der Interessen, die das Volk fordert, daß es der reine Wahnsinn wäre, die produktiven Ideen der Regierung auf blaue Bohnen zu beschränken (Zustimmung), daß es wirklich eine ernste Frage ist, ob man unsere Regierung dafür tadeln kann, wenn sie eine solche Politik nicht akzeptieren will.

Deshalb gebe ich mich keiner Täuschung hin, daß unsere Ausgaben rapid abgebaut werden müssen, wenn wir nicht in einen Abgrund kommen wollen, der bei uns niemals bloß ein finanzieller, der vielmehr immer wieder auch ein sozialer sein muß.

Sollten die Friedensbedingungen so sein, daß eine korrekte Finanzwirtschaft unmöglich wird, dann wird noch mehr unmöglich als bloß eine korrekte Finanzwirtschaft, dann wird die Politik in den gegenwärtigen Bahnen unmöglich, dann würden gewiß die Motive, die für ein Übergehen zu einem neuen Prinzip sozialen Wirtschaftslebens sprechen, von unüberwindlicher Gewalt sein. Einen Frieden, der uns finanziell auf die Knie zwingt, können wir in keiner Weise bestehen, weder finanziell noch sozial.

Die Friedensbedingungen, wie sie jetzt uns vorliegen, brauchen nur ratifiziert zu werden, um die Katastrophe bei uns unvermeidlich zu machen. Wir hoffen ja, daß sie gemildert werden; daß die

finanziellen Bedingungen erträglicher sein werden; wenn sie es aber nicht sind, dann gibt es hier kein Halten mehr und ich weiß nicht, ob man ein Übergehen zu anderen Prinzipien dann überhaupt noch mißbilligen kann.

Aber der Vorwurf gegen unsere Finanzwirtschaft richtet sich vielleicht nicht bloß gegen die Ausgaben, sondern gegen die Art der Bedeckung. Von Steuererhöhungen im gegenwärtigen Moment spricht niemand, daher brauche ich auch nicht davon zu sprechen, daß ohnedies passive Unternehmungen, die von Staatsunterstützungen leben, dem Staate momentan nichts bieten können, ist klar. Aber man sagt, wir sollten große Anleihen unterbringen. Das tun wir ohnehin. Wir drucken keine neuen Banknoten in dem Sinne, als wie man sich das vorstellt, sondern unser Kreditmechanismus ist der folgende: Der Staat lebt momentan von Kreditoperationen, von Kreditoperationen, die mit kurzfristigen Schatzscheinen, dreimonatlichen, die mit $2\frac{1}{2}$ Prozent verzinslich sind, gemacht werden. Diese Schatzscheine sind dazu da, um das flüssige Banknotennmaterial aufzusaugen und die wichtigste Quelle, aus der dieses Material stammt, sind die Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank, welche noch unter dem alten Regime emittiert worden sind und die jetzt eingelöst werden. Insofern diese Kassenscheine Deutschösterreichern gehören, insofern müssen sie selbstverständlich in deutschösterreichischen Banknoten eingelöst werden, gerade so wie die Coupons der Kriegsanleihe und diese Summen suchen wir aufzunehmen. Die Bank erfüllt nur eine schon bestehende Verpflichtung, indem sie das tut. Wir haben gar nicht das Recht, sie so ohneweiters zum Notendruck zu bewegen und es ist eine falsche Darstellung — im guten oder im bösen Glauben —, wenn die Nationalstaaten immer das Gerücht verbreiten, wir lassen für unsere Rechnung Banknoten drucken. Das heißt natürlich nicht, daß unsere Banknotenumenge konstant bleibt. Infolge der Einlösung dieser Kassenscheine muß sie natürlich steigen. Das ist nicht zu verhindern.

Das könnte auch nicht verhindert werden, wenn der Staat Kredit überhaupt nicht brauchen würde. Die Kassenscheine müßten eingelöst werden. Was wir tun ist nur, daß wir die Banknoten, die ohnehin emittiert werden, dem Staate zuführen. Ich muß allerdings gestehen, daß zum Funktionieren unseres Kredites ein gewisses Maß sozialer Ruhe notwendig ist und daß er aufhören wird — und Zeichen des Aufhörens zeigen sich schon jetzt — in dem Moment, wo niemand mehr dem Staate oder der politischen Situation vertraut.

Ich bin dankbar für jede Kritik. Ich glaube, den Anspruch kann ich erheben, jederman anzuhören, jedes Argument zu wägen. Ich bin dankbar, wenn ich Widerhall finde für eine korrekte Finanzpolitik,

wenn sich die Leute für unsere Finanzen mehr interessieren, als das die österreicherische Öffentlichkeit früher getan hat. Aber den Vorwurf, der jetzt erhoben wird, kann ich deshalb nicht akzeptieren, weil er einfach falsch ist. Unsere Banknotenmenge wird steigen, aber zunächst nicht wegen der Kreditbedürfnisse des Staates. Allerdings ist das Problem der Banknoteninflation an sich ein sehr ernstes. Das ist die Hauptursache unser hohen Preise. Die Preistreibererei kommt auch hinzu als Nebenerscheinung, die nur wirksam werden kann, weil jeder Mann alle Taschen mit Banknoten voll hat (*Widerspruch*) und infolgedessen, weil die Geldeinkommen so steigen. Das ist die Wirkung der Inflation. Es müssen die Preise steigen und wenn die Preise steigen und der Kaufwert der Krone sinkt, sinkt auch der Wechselkurs im Ausland, und wenn der Wechselkurs sinkt, werden wir zu immer ungünstigeren Bedingungen die Lebensmittel von außen beziehen. Deshalb und nicht aus Mangel an sozialem Gefühl wehre ich mich immer so verzweifelt gegen Gehaltserhöhungen, gegen Lohnerhöhungen usw. Dieser Gedanke ist so klar, daß ihn jeder akzeptieren muß, der sich über die Dinge seine Gedanken macht; denn diese Erhöhungen der Geldeinkommen infolge der Noteninflation bewirken, daß wir die Lebensmittel nur zu immer ungünstigeren Bedingungen bekommen. Das erzeugt ja diesen *circulus vitiosus*, aus dem wir zunächst nicht heraus können.

Warum nehme ich aber nicht eine große fundierte Anleihe auf? Meine Herren und Damen, weil es nicht geht. Diese Anleihe wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich unter der Voraussetzung, daß mit ihr Anreize verbunden wären, die zu gewähren noch keine Notwendigkeit vorliegt. Wir könnten ja gewiß eine Anleihe unter gewissen Bedingungen zum Erfolge bringen, aber diese Bedingungen wären natürlich hart. Eine Anleihe in den normalen Grenzen einer gewöhnlichen Anleihe, wie etwa eine Kriegsanleihe es war, könnte jetzt keinen Erfolg haben, weil alle Leute ihr Geld zurückhalten würden. Das war anders zur Zeit, als ich das Amt übernahm. Damals dachte ich an eine große Kreditoperation, aber inzwischen ist die Geschichte in Ungarn passiert und hat unseren Kredit im Inlande und im Auslande gefährdet. Ich weiß, diese Zustände gefährden die Lage unserer arbeitenden Massen, sie gefährden die Zukunft unserer Frauen und Kinder, gefährden den Ernährungszustand des ganzen Volkes, aber ihn zu beseitigen, haben wir zunächst kein Mittel. Wir sind am ernstesten Punkt unserer Finanzpolitik angekommen. Wenn der gegenwärtige Kreditmechanismus durch die nächsten Wochen und Monate funktioniert, wenn wir jetzt durchkommen, können wir dann, zusammen mit der Vermögensabgabe, größere Kreditoperationen im

Inlande und im Auslande jedenfalls durchführen. Momentan gibt uns aber auch das Ausland keinen Kredit, weil es unseren Zuständen mißtraut. Das ist es, was ich über die zwei Milliarden und ihre Bedeckung zu sagen habe.

Ich weise nochmals darauf hin, daß unsere Finanzwirtschaft nicht zu rechtfertigen wäre, wenn sie ein normales Etwas darstellte, daß im jetzigen Zeitpunkt aber nichts anderes übrig bleibt, als im Einvernehmen mit allen Leuten im einzelnen Fall, bei jeder Kursnotierung, bei jeder kleinen Anleiheoperation, bei jeder Maßregel der Kassagebarung sachgemäß und gewissenhaft das möglichste zu tun.

Noch ein Wort über die Möglichkeit der Vermögensabgabe. Sowie wir die Friedensbedingungen haben, werde ich mit der Vermögensabgabe ja vor das Haus kommen, jetzt ist das ganz unmöglich, erstens deshalb, weil wir ja nicht wissen, was unsere Verpflichtungen sein werden, was natürlich für den Satz der Vermögensabgabe wesentlich ist, und zweitens noch aus einem anderen Grunde. Die Vermögensabgabe hat nur Sinn, wie ich schon wiederholt gesagt habe, unter einer Voraussetzung und wird nur getragen werden von dem Bewußtsein des Volkes, wenn man sagen kann: *Zahlt! Es ist hart, aber wenn Ihr zahlt, so seid Ihr gerettet! Müht das alles nichts, ist die Vermögensabgabe nur eine Vorarbeit für eine Zahlung an den Feind, dann mache ich sie nicht, dann können wir das nicht verantworten, dann gibt es nichts, wie den Zusammenbruch. (Sehr richtig!)* Erst muß uns Vernunft gezeigt werden, erst muß uns gezeigt werden, daß man uns mindestens leben läßt, dann können wir mit der Maßregel kommen, die mit dem Geldwert zugleich auch die Zinsenlast, die Staatsschuldengebarung in Ordnung bringen soll.

Das sind die wenigen Punkte, die ich heute zu sagen habe. Ich kann Ihnen sagen, daß ich Wert darauf lege, daß Sie alle diese Punkte würdigen. Eine Finanzpolitik ist nur möglich, wenn sie getragen wird von dem Bewußtsein des ganzen Volkes. Auf Gewalt oder auf ein geheimes Arbeiten der Bureaus lege ich kein Gewicht, kann ich gar kein Gewicht legen. Ich wünsche, Sie zu überzeugen und bin, wie ich sagte, dankbar für jede Kritik. Arbeiten wir zusammen, damit wir jetzt vorwärtskommen, damit wir über das notwendigste hinauskommen, was die nächsten Wochen von uns verlangen. Sind wir darüber hinweg, dann ist mein alter und in der Öffentlichkeit so oft getadelter Optimismus doch wieder zu seinem Recht gekommen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kraft.

Abgeordneter **Kraft**: Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter und der Herr Staatssekretär für Finanzen haben beide eigentlich als Grundlage einer gesunden Finanzwirtschaft den Frieden dargestellt. Ich kann dem nur beipflichten, wenn ich auch die Ausführungen etwas ergänzen muß. Es ist selbstverständlich, daß ein klar aufgebautes Finanzprogramm erst dann möglich ist, wenn wir den Weg, der vor uns liegt, einigermaßen übersehen können. Ist dies nicht möglich, so kann man natürlich auch nicht klare Finanzmaßnahmen treffen. Es ist aber hier immerhin ein Unterschied, inwieweit man die Kürze des Weges, die man überblickt, ausnützt, um das Vertrauen der Bevölkerung und damit eine gute Finanzwirtschaft herzustellen.

Damit komme ich eigentlich auf den Leitfaden meiner Ausführungen: Das Vertrauen. Auch dieses Wort hat der Herr Staatssekretär für Finanzen gebraucht, aber er hat es nicht in diesem Sinne ausgeführt und wir haben vermißt, daß er uns gesagt hätte, mit welchen Maßnahmen er in Zukunft gedenkt, dieses Vertrauen herzustellen. Hergestellt aber kann es nur werden durch fruchtbare Wirtschaft und Arbeit. Alles appelliert an die Einschränkung der Ausgaben, der Herr Berichterstatter sowohl wie der Herr Staatssekretär für Finanzen. Das ist die negative Seite. Die positive ist die, den Beginn der Arbeit, die Volkswirtschaft selbst in die Hand zu nehmen. Da muß ich leider gestehen, daß wir bisher nichts, gar nichts dazu getan haben. Es wird uns allerdings gesagt, es fehlt an Kohle, Zement, Material. Andererseits ist unser Staat in die Zwangslage versetzt, Ausgaben für Zwecke zu machen, die vermieden werden könnten, wenn der Arbeitslosigkeit einigermaßen gesteuert würde. Sieht man aber bei uns irgendwo, daß mit Erdarbeiten oder mit Elektrizitätsanlagen begonnen wurde und daß tatsächlich fruchtbare Arbeit geleistet wird, von deren Notwendigkeit immer gesprochen wird? Ich sehe es nicht. Wir sehen andererseits in Wien eine kolossale Wohnungsnot. Sie schreitet fort und man begreift eigentlich nicht, warum denn alle sagen, Wien könne in dieser Größe nicht bestehen. Wir sehen keine Maßnahmen, um die Gebäude, die für derzeit unnötige Ministerien gebraucht werden, einigermaßen in Anspruch zu nehmen, im Gegenteil, der Gebrauch nimmt fortwährend zu. Wir haben außerhalb des Kriegsministeriums über 140 Wohnungen, die dazu verwendet werden.

Die Wirtschaft, die hier geführt wird, schreit geradezu nach Abhilfe. Es wurde uns gestern im Budgetausschusse der Vorwurf gemacht, daß wir nicht selbst Vorschläge machen, um der Not abzuhelfen und die Wirtschaft aufzubauen. Dem muß ich entgegenhalten: Uns fällt vor allem die Aufgabe der Kritik zu, die Aufgabe der Wirtschaft, des

Machens ist eigentlich Sache der Regierung. Wenn aber die Regierung es vorzieht, sehr viele Angelegenheiten überhaupt nicht gesetzmäßig erledigen zu lassen, wenn sie in gewisser Richtung überhaupt keine Vorlagen bringt, dann sind auch wir nicht in der Lage, entsprechende Vorschläge zu machen. Wo Vorlagen gemacht und eingebracht werden — wir haben auch genug Initiativvorschläge gebracht — dort werden sie von uns gewissenhaft behandelt, ja sogar zu gewissenhaft, so daß uns mitunter bei den Ausschusarbeiten Obstruktion oder mindestens Verzögerung vorgeworfen wird, was wir beileibe nicht erzielen wollen. Wir wollen wirklich arbeiten, wir wollen unsere Funktion einer wirksamen Kritik ausüben und uns in dieser Weise nützlich machen.

Nun komme ich wieder auf den Leitfaden zurück: Auf das Vertrauen. Solange wir unter der Idee leben, daß der Bolschewismus zum Schlusse doch jene, wie ich vor kurzem gelesen habe, historische Mission gegebenfalls zu erfüllen hätte, die Staatsschuld von der Tafel wegzuwischen und so reinen Tisch zu machen; solange wir unter einem solchen Eindruck stehen, wird natürlich das Vertrauen der Bevölkerung nicht kommen. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staatsschatz und die Staatsfinanzen brauchen wir aber deshalb, weil der Herr Staatssekretär heute oder morgen eine Anleihe aufnehmen will, nebst der Vermögensabgabe doch immerhin eine große innere oder äußere Auflage. Ein Anleihen wird aber so lange nicht gelingen, solange diese Gefahr nicht beseitigt ist. Ich lese heute im „Neuen Tag“ — ich nenne das Blatt — die Ausführungen des Polizeipräsidenten von Wien über den Kommunismus. Ich frage die Herren, welche hier sind und nicht dem Hauptausschusse angehören, ob einer von ihnen über diese Sache etwas erfahren hat und sie wäre doch gewiß wert gewesen, uns mitgeteilt zu werden. Ich ersuche daher den Herrn Staatssekretär des Innern, uns diesbezüglich Aufklärung zu geben, und zwar noch im Rahmen dieser Finanzdebatte, weil es eine gerade für das Finanzleben des Staates sehr wichtige Angelegenheit ist, deren Klarstellung wir verlangen müssen.

Ich freue mich, daß das sonnige Gemüt des Herrn Staatssekretärs für Finanzen unter den Schwierigkeiten der Lage nicht gelitten hat. (Heiterkeit.) Er ist Optimist und ich bin es auch. Sein Optimismus gründet sich darauf, daß die Staaten der Entente zum Schlusse jene wahnsinnigen Bedingungen, die sie uns auferlegen wollen, nicht auferlegen können und daß wir unter diesen Umständen heute offenbar bessere Friedensbedingungen bekommen könnten. Wir wissen es nicht, aber selbst wenn diese Bedingungen tatsächlich derartig ausfallen, wie sie in dem ersten Entwurf niedergelegt sind, so möchte ich doch nicht von vorneherein und heute schon die

Hinte ins Korn werfen, außer zu rein taktischen Zwecken. Man kann und muß es fortwährend sagen und behaupten, daß es unter diesen Bedingungen für unseren Staat nicht möglich ist weiterzuarbeiten, aber daß wir heute schon deshalb diese Arbeiten unterbrechen, daß wir unsere Budget- und Finanzarbeiten, die Aufnahme von Darlehen usw. verzögern sollen, halte ich nicht für nützlich. Deshalb habe ich es auch bekämpft, daß man das Budgetprovisorium und das ordentliche Budget so weit hinausgeschoben hat.

Ich bekämpfe es auch stets, daß man das, was auf gesetzgeberische Weise zustandekommen soll, nicht entsprechend rechtzeitig zur Vorlage bringt. Ich möchte hier wieder ein Beispiel anführen, welches so recht zeigt, daß wir uns aus einem bureaukratischen Staatsabsolutismus eigentlich nur in einen demokratischen Absolutismus begeben haben: Ich meine in das Bereich des Ermächtigungsgesetzes vom Juli 1917. Wir haben damals die Kaiserliche Verordnung vom Jahre 1914, welche die Regierung ermächtigt, kriegswirtschaftliche Maßnahmen durchzuführen und ihnen Gesetzeskraft zu verleihen, in ein Gesetz umgewandelt. Dieses Gesetz hat bestimmt, daß entsprechend rechtzeitige Vorlagen — es wurde das in einem Regierungsbericht gesagt — vorher zur Besprechung vorzulegen und nachher einem 27gliedrigen Ausschusse zuzuwenden sind.

Auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes, das wir übernommen haben, wurde in einem Zeitraum seit den letzten Wahlen eine ganze Reihe von mehr oder minder wichtigen Verfügungen getroffen. Es sind Verfügungen getroffen worden von wenig entscheidender Bedeutung, wie betreffend die Regelung des Fleischverkehrs, betreffend Dörrpflaumen usw., es wurden aber auch Verfügungen getroffen, welche tatsächlich das Eigentum und den Besitz in schärfster Weise angegriffen haben.

Beispielsweise wurde eine Verfügung am 27. Februar 1919, betreffend die Abstempelung der Banknoten getroffen, am 22. März, betreffend die Anmeldung von Vermögensschaften; weiters über die Anforderung von Wohnungen durch die Gemeinden, betreffend die Zuweisung von Arbeitslosen in Gewerbebetrieben. Sämtliche Verfügungen sind derartig einschneidend, daß man sich fragt, warum denn diese nicht im Gesetzeswege erledigt werden könnten. In das Wirtschaftsleben und in die ganze Volkswirtschaft so einschneidende Bestimmungen sind doch nicht einfache Verordnungen, wie zum Beispiel die Freigabe einiger chemischer Produkte oder der Verkehr von Riemen und ähnlichen Dingen, die man vielleicht heute erläßt, weil gerade die Zeit für die nötigen Ausschüßarbeiten nicht vorhanden ist. Wir haben aber tatsächlich Zeit genug gehabt, nicht nur diese Angelegenheiten zu erledigen, sondern auch andere, die viel minder wichtiger

Natur sind. Auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes wurden verschiedene Verfügungen getroffen, die als Vorbereitung zur Vermögensabgabe zu dienen hatten. Ich will hier nicht besonders hervorheben, daß diese Verfügungen sehr einschneidender Natur waren; sie haben nicht nur den Großkapitalisten getroffen, sondern auch den kleinsten, mitunter sogar jenen, der fast vermögenslos war, der aber immerhin lange Zeit gar nicht in die Lage gekommen ist, von seinem ersparten Gelde irgendwie Gebrauch zu machen.

Diese Verordnungen forderten die Kritik heraus und wir hatten daher alle das Gefühl, daß sie offenbar aus diesem Grunde gar nicht vorgelegt wurden. Wir forderten sie im Finanzausschusse. Es wurde uns zugesagt, daß in einer der nächsten Sitzungen der Nationalversammlung diese Verordnungen vorgelegt werden. Es ist aber nicht geschehen. Darauf beraumte der Obmann des Finanzausschusses eine Sitzung an zur Besprechung — es war nicht ganz geschäftsordnungsmäßig — dieser Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Nun kam sogar der Präsident, um die Besprechung über diese Angelegenheiten nicht zuzulassen, wieder aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen, es wurde aber versprochen, daß diese Verordnungen in der nächsten Sitzung auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden. Auch das ist nicht geschehen. Und so stehen wir heute wieder dort, wo wir früher gestanden sind, daß alle auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorgelegten Verfügungen zu recht bestehen und unangreifbar sind und noch immer fortgesetzt werden, trotzdem die Regierung alle Vierteljahre darüber zu berichten hätte.

Nehmen wir nun die Verordnungen selbst: Die Hauptverordnung vom 14. April war teils undurchführbar, teils unverständlich, teils unklar. Dann erschienen dazu die Merkblätter. Diese waren wieder durchaus nicht gleichartig mit den Durchführungsbestimmungen und haben natürlich einen unglaublichen Wirrwarr hervorgerufen, eine ungeheure Arbeit bei den Banken verursacht. Nacharbeit mußte geleistet werden, Fristerstreckungen mußten einige Male vorgenommen werden usw. Und so kam es, daß wir bis heute eigentlich noch nicht weiter gekommen sind.

Nun möchte ich noch auf die Safesperre zu sprechen kommen. Was war eigentlich damit? Sie wurde über Nacht verfügt und sie ist ganz gut gelungen, weit besser als die Banknotenabstempelung. Aber die betreffenden Beamten und Funktionäre bei der Safesperre wußten selbst nicht wo aus und ein. Während bei dem einen eine 30prozentige Sperre, angeblich zur Steuerleistung, vorgeschrieben wurde, wurde beim anderen eine 50prozentige Sperre für die Steuerleistung und Vermögensabgabe

gefordert. In der Provinz wurde es ganz anders gehandhabt als in der Hauptstadt. Bürger, die alle Steuerverbindlichkeiten erfüllt hatten, konnten ihre Barbeträge nicht herausbekommen. Und so ist es auch heute noch, so daß oft ganz kleine Beamte nicht in der Lage sind, aus ihrem ersparten Kapital jene Beträge zu entnehmen, die sie notwendig zum Leben brauchen.

Bezüglich der Sperrung der Effekten entstand ein noch größeres Durcheinander. Es wurden die ausländischen Effekten gesperrt, man wußte aber nicht welche, ob die aus den Nachfolgestaaten oder die aus den wirklichen ausländischen Staaten. Es wurde ganz unklar gelassen, ob der Sitz des Unternehmens maßgebend sei, nämlich ob der Sitz im Auslande maßgebend sei. Es wurde auch unklar gelassen, ob das Stadium der Verlegung maßgebend sei. Es wurden Effekten gesperrt, deren Ausgabestellen tatsächlich ihren Sitz in Wien haben, die aber bereits angekündigt haben, daß sie den Sitz ihres Unternehmens zu verlegen gedenken. Nun sind diese Sperren natürlich noch immer nicht aufgehoben, aber auch wir konnten uns nicht damit beschäftigen, es war uns nicht Gelegenheit geboten, in irgendeiner Weise dazu Stellung zu nehmen. Was die Sperre von Gold und Edelsteinen betrifft, so wissen Sie alle selbst, wie divergierend die Bestimmungen ausgefallen sind, wie widerspruchsvoll sie sind, und daß tatsächlich gewisse Begünstigungen bestehen und bestanden haben, die wirklich sehr anfechtbarer Natur gewesen sind. Der große Nachteil aller dieser Bestimmungen war der eines kolossalen Auseinanderziehens derselben, daher einer Verunruhigung der Bevölkerung, daß man nicht mehr darauf rechnen kann, daß die Bevölkerung heute oder morgen diese Beträge wieder mit derselben Gläubigkeit in die Sparkassen und in die Banken tragen wird wie früher. Und nun sollen wir unter solchen Umständen eine innere Anleihe aufnehmen. Ich glaube, daß dies vollständig ausgeschlossen ist, und das ist der wahre Grund, warum man eine innere Anleihe nicht aufbringt. Wir haben nur seinerzeit 500 Millionen aufgebracht und hätten zwei Milliarden gebraucht. Die innere Anleihe muß dann scheitern, wenn das Vertrauen in die — ich möchte sagen — innere Ordnung des Staates und das Vertrauen in seine Versprechungen vollständig geschwunden ist. Ich meine, hätten diese Bestimmungen den ordnungsmäßigen Weg genommen, insoweit dies möglich war — ich verstehe ganz gut, daß es nicht immer möglich war, daß gewisse Bestimmungen rasch kommen mußten, daß zum Beispiel die Safessperre über Nacht kommen mußte; aber es wäre ganz gut möglich gewesen, daß man gewisse Bestimmungen, insbesondere bezüglich der Depots, hier rechtzeitig zur Sprache, nämlich zur Vorlage, zur Kritik und Beschlussfassung gebracht hätte.

Und das bringt mich indirekt wieder zur Vermögensabgabe. Gewiß, ich halte es für ein Verdienst des Herrn Staatssekretärs für Finanzen, daß er bezüglich der Vermögensabgabe keinen Zweifel darüber läßt, daß er kein Bankrottminister sein will, daß er die Vermögensabgabe nur dann macht, wenn sie tatsächlich zur Sanierung der Finanzen möglich ist, und daß er die Vermögensabgabe ausschließlich zur Abstattung der Schulden benützen will. Das ist ja unsere große Sorge, der alle Kreise der Bevölkerung so tief berührt, daß sie unter Umständen den letzten Zehrpennig in Kriegsanleihe anlegte, daß sie im Vertrauen auf den Staat gezeichnet hat, daß sie förmlich hineingezwungen wurde, daß sie das nicht verlieren will. Wenn sie die Kriegsanleihe nicht verliert und wenn sie ihr Vermögen behält, so wird es immer noch für sie einen großen Verlust bedeuten, wenn sie die Kriegsanleihe vielleicht zu einem Kurse, in Kronen zurückbezahlt bekommt, die nur einen Teil des Betrages wert sind, den sie seinerzeit dafür eingezahlt haben. Es ist natürlich heute keine Gelegenheit und auch nicht die Zeit, über die Vermögensabgabe selbst zu sprechen, aber desto mehr Gelegenheit und notwendiger wird es sein, über das Defizit von zwei Milliarden und seine Wirkungen zu sprechen. Vorweg genommen hat der Herr Staatssekretär für Finanzen und auch der Herr Berichterstatter, daß er eigentlich nicht mit dem Betrage von zwei Milliarden rechnet, sondern daß der Betrag, dieser Betrag von zwei Milliarden Defizit weitaus größer sein wird, den man, so wie man von einem Investitionskredit spricht, als eine Art Investitionsdefizit bezeichnen kann, welches doch vorhanden sein mußte, um die Ruhe im Inneren aufrecht zu erhalten, um jene Ansprüche zu befriedigen, deren Erfüllung notwendig war, damit nicht durch Unruhen und Gewalttätigkeiten der Friede des Staates gestört werde.

Ich gebe zu: Der Umstand, daß man fortwährend nachgegeben hat, hat gewiß viel zur Aufrechterhaltung der Ruhe beigetragen. Aber zum Schluß wird dieses Nachgeben auch seine Grenzen finden müssen. Das Nachgeben auf dem Rücken jener, die bereits am Zusammenbrechen sind, muß schließlich aufhören, weil nach Beginn des Friedens an eine fruchtbare Arbeit gedacht werden muß. Es wird ja heute schon daran gedacht. Wir alle wissen und jeder sagt es, es ist eine Winsenwahrheit, die jeder verkündet, daß wir in zu großen Verhältnissen leben. Ich brauche darüber nicht weiter zu sprechen.

Nun fragt man aber: Wie soll man dem abhelfen? Die Verhältnisse, in denen wir uns befinden, sind eben so, daß wir als Übernehmer eines zu großen Apparates ungeheuer schwer heraus können. Wir haben, wie ich bereits gestern sagte,

den Apparat eines großen Warenhauses und betreiben kaum eine Greislerci. Wir haben wohl den Mut des Eingeständnisses, aber nicht die Tatkraft, abzubauen und die Tatkraft, die nötigen Restriktionen vorzunehmen. Wir sind wie eine reiche Familie, die aus ihrem Palais nicht ausziehen will. An dieser Kraft gebricht es der Regierung. Das kann nicht das Parlament machen, das muß die Regierung selbst, das müssen die Staatssekretäre im eigenen Wirkungskreis anschnneiden.

Ein Punkt, zu dem wir unseren Staatssekretär für Finanzen ermächtigen, sind die Garantien. Er wird ermächtigt, innerhalb des Kredites Garantien aufzunehmen für Lebensmittelbeträge, für verschiedene Betriebe, die von den Arbeitern und Angestellten aufgenommen werden, die das nötige Kapital nicht haben. Andererseits spricht er auch davon, daß diese Garantie teilweise für solche Industrien geleistet wird, die notleidend geworden sind und daher ein gewisses Betriebskapital brauchen. Damit bin ich ganz einverstanden. Aber es gibt noch gewisse Garantien, die sub rosa gebraucht werden, ohne daß wir darüber etwas näheres erfahren, die feinerzeit bewilligt wurden und von denen man bisher nichts gehört hat. Ich will über diesen Punkt nicht weiter sprechen, aber ich glaube, es wäre zum Beispiel notwendig, über gewisse Zentralen, die Garantien angesprochen haben, über ihren Betrieb und über ihr Defizit Aufklärung zu erhalten. Welche Zentralen ich meine, das habe ich bereits gestern im Budgetausschuß mitgeteilt. Zur Sache selbst hat der Herr Staatssekretär für Finanzen auf eine Anfrage des Kollegen Dr. Wutte, wohin eigentlich die Gelder kommen, die für die Lebensmittel einfließen, aber tatsächlich niemals verrechnet wurden, die doch offenbar dem Staatschatz zugute kommen, gemeint: Die stecken in den verschiedenen Zentralen und diese Millionen aus diesen herauszubekommen, sei eine der undankbarsten Beschäftigungen des Staatssekretärs. Das sind verschiedene Punkte, auf die die Kritik in einer Budgetdebatte hinzuweisen verpflichtet ist.

Über die Steuerpolitik selbst heute viel zu sprechen, wird vielleicht ziemlich aussichtslos erscheinen. Ich möchte mich auf ein Gebiet begeben, das gestern des Näheren ausgeführt wurde; das betrifft die Politik unserer Notenbank, die Währungs politik, und hängt natürlich innig mit der Inflation zusammen, die als eine der Wurzeln — nicht als die Wurzel — der Teuerung bezeichnet werden kann.

Durch den Rückfluß der Schatzscheine und Umwandlung in Schatzwechsel werden Noten frei werden und diese Noten werden durch die Abstempelung zu deutschösterreichischen Noten. Es ist nicht so, wie der Herr Staatssekretär meint, daß durch diesen Rückfluß ohne weiteres unser Notenumlauf sich vermehrt, sondern der Notenumlauf vermehrt sich mit

deshalb zu unseren Ungunsten, weil wir gezwungen sind, die Umwandlung dieser Noten, die als ungestempelte Noten zurückkommen, in deutschösterreichische vorzunehmen. Dadurch, daß wir diese Beträge aufzunehmen gezwungen sind, sind wir auch gezwungen, die entsprechende Abstempelung dieser Noten vorzunehmen. Nur durch diesen Vorgang erhöht sich die Menge unserer Banknoten. (*Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter: Deutschösterreichern können wir aber keinesfalls die Abstempelung verweigern!*) Es ist aber doch zu bedenken, daß die Banken nicht immer nur aus deutschösterreichischen Bürgern bestehen oder deutschösterreichischen Charakter haben und sich nicht immer auf deutschösterreichischem Boden befinden. Es wäre hier doch darüber zu sprechen, ob tatsächlich die ganzen Noten, die übernommen werden müssen, auch wenn wir sie nicht aufnehmen würden, uns zur Last fallen müßten. Wir haben tatsächlich eine Erhöhung der Banknoten dadurch, daß wir sie aufnehmen und abstempeln müssen, und so wird es kommen, daß wir vielleicht statt 5 oder 5½ Milliarden zum Schluß einen Notenumlauf von 12 Milliarden haben werden. Das wird teilweise auch in anderen Staaten sein, aber diese werden zum Teile günstiger daran sein, weil sie nicht so mit Kriegsanleihe belastet sind wie wir.

Nun, etwas leichtsinnig — und diesen Vorwurf muß ich schon machen — sind nicht wir und die Regierung allein, sondern die ganze Öffentlichkeit in bezug auf die Ausgaben. Es wird immer gesagt: gut, die Ausgaben sind vielleicht sehr hoch, wir haben soundso viele Milliarden Ausgaben, aber eigentlich ist das, wenn man den Kurs des Auslandes berücksichtigt, doch nur der fünfte Teil. Wir haben irgendeine, zum Beispiel eine Ausgabe von 10 Milliarden; diese 10 Milliarden sind in Wirklichkeit nur 1800 Millionen, das werden wir feinerzeit schon in die richtigen Schranken zurückführen, das heißt man glaubt, wenn ein Währungswechsel eintritt, sei es in Mark, Franken oder neue Kronen, daß man durch diese neue Währung, die vielleicht eine Zeitlang neben der alten Währung sich bewegen wird, einen neuen Kurs herstellen kann und dann sämtliche Auslagen in diesem neuen Kurs wird begleichen können. Durch diese Begleichung in dem neuen Kurs wird man selbstverständlich alles herabdrücken und die Ausgaben auf jenen Punkt bringen, der mit den Staatsfinanzen in Einklang zu bringen ist. Ich meine, das ist teilweise eine Illusion, denn ob die Devaluation nun infolge Währungswechsels eintritt oder eine Herabsetzung des Wertes infolge eines direkten Bankrottstreiches vorgenommen wird, es ist niemals möglich, eine ganz gleichmäßige Herabsetzung vorzunehmen, es ist niemals möglich, eine ganz gleichmäßige Herabsetzung der Ausgaben auf den Kurs eines solchen Wertes

vorzunehmen. Insofern diese Idee, die sehr häufig gebracht wird, in verschiedenen Köpfen spukt, muß ich schon glauben, daß man ihr sehr vorsichtig gegenüberstehen muß, weil sie sich tatsächlich nicht wird realisieren lassen können.

Und nun möchte ich auf den letzten Punkt des Budgetprovisoriums zu sprechen kommen, welcher lautet (*liest*):

„Der Staatsrechnungsabschluß für die Verwaltungsperiode vom 1. November 1918 bis 30. Juni 1919 ist in der Form einer Gebarungsnachweisung zu erstellen. Deren Gliederung hat sich dem Schema des Staatsvoranschlagsentwurfes für das erste Halbjahr 1919 unter Bedachtnahme auf die bis zum 30. Juni 1919 eingetretenen Änderungen im staatlichen Verwaltungsorganismus anzupassen.“ Hierzu möchte ich betonen, daß es mir wenigstens und sehr vielen anderen, die sich für die Staatsfinanzen interessieren, als großer Mangel erscheint, daß die Abrechnungen und Klarstellungen des Schuldverhältnisses nicht in dem Maße erscheinen und offensichtlich werden, wie es unter den früheren kaiserlichen Regierungen der Fall war. Seinerzeit hat die Staatsschulden-Kontrollkommission regelrechte Ausweise veröffentlicht, in welchen klar gestellt wurde, wie hoch der Betrag der Staatsschulden, der Rechnungsschulden sich jeweils beläuft. Dieser Mangel ist sehr empfindlich. Wir ersehen aus keiner Zeitperiode, in welcher finanziellen Verfassung der Staat sich eigentlich befindet, und ich möchte daher darauf dringen, daß die Regierung uns demnächst eine Vorlage bringt, daß auch diese periodischen Vorlagen in entsprechender Weise gemacht werden. Der große Apparat der Staatsschulden-Kontrollkommission läuft heute leer, der Apparat, welcher vorhanden ist, ist für die deutschösterreichische Regierung in keiner Weise ausgenützt und es wäre sehr leicht möglich, daß wir da einen bestehenden, wirklich ausgezeichnet funktionierenden Apparat, der verfassungs- und staatsrechtlich gewiß große Bedenken hat, aber wenigstens in seiner technischen Bervollkommnung ausgezeichnet ist, entsprechend heranziehen.

Nun hat unsere Partei zum Budget und zum Budgetprovisorium selbst in einer heutigen Sitzung Stellung genommen. Wir haben es als sehr bedauernd wert gefunden, daß das Budgetprovisorium so verspätet erschienen ist. Das Budgetprovisorium hätte ganz gut im Mai hergestellt werden können. Wie der Herr Staatssekretär für Finanzen selbst gestern gesagt hat, ist es eigentlich ein Schimmelgesetz, das in einigen Stunden fertig zu machen ist. Es hätte im Mai eingebracht werden können und wir wären nicht in die Notwendigkeit versetzt, im Galopp tempo diese ganze Prozedur der Budgetbewilligung vorzunehmen. Der Herr Staatssekretär hat uns aber heute in Aussicht gestellt, daß das

ordentliche Budget innerhalb zehn Tagen vorgelegt werden wird. Ich glaube daher, es wird notwendig sein, uns mit dem ordentlichen Budget eingehend zu beschäftigen. Wir können, auch wenn der Staat sich im Anfang sozusagen in statu nascendi befindet, es nicht zugeben, daß die Staatsfinanzen von Grund auf etwas salopp behandelt werden. Wir wollen daher, daß der ordentliche Staatsvoranschlag in allen Details gründlich und rechtzeitig beraten werde, und werden den Antrag stellen, das Budgetprovisorium nicht auf sechs Monate, sondern auf vier Monate zu bewilligen. Wir wollen dem Staate nicht vorenthalten, was dem Staate gebührt, wir wollen damit aber zum Ausdruck bringen, daß es in vier Monaten möglich sein wird, den Staatsvoranschlag zu verabschieden.

Wir dachten zuerst daran, drei Monate vorzuschlagen, nun haben wir aber selbst empfunden, daß die Zeit bis zum September zu kurz ist, zumal die Landwirte ja um diese Zeit meistens verhindert sind zu kommen und man im September vielleicht nicht die nötige Arbeit wird leisten können, um den Staatsvoranschlag mit jenem Ernste zu behandeln, der notwendig ist, um ein solches Gebäude finanzieller Natur auszuführen. Wir wollen daher das Budgetprovisorium auf vier Monate ausdehnen und damit Gelegenheit geben, den Staatsvoranschlag zumindest im Monat Oktober zu erledigen. Daß das möglich ist, wird mir jeder zugeben, der in Budgetsachen gearbeitet hat. Unter diesen Umständen ist von vornherein eine geordnete und geregelte Finanzwirtschaft möglich, und ich behalte mir vor, diesen Antrag schriftlich einzubringen. Selbstverständlich müssen die betreffenden Punkte des Gesetzentwurfes, welche von den zwei Milliarden handeln, und die im Gesetz angeführten Termine entsprechend den vier Monaten abgeändert werden. Da es nach unserem Antrag von Rechts wegen an Stelle von 2000 Millionen heißen sollte 1333 $\frac{1}{3}$ Millionen, so würden wir vorschlagen, die Summe von 1500 Millionen in den Voranschlag aufzunehmen.

Ich glaube, der Herr Staatssekretär für Finanzen wird, wenn er es ernst mit seiner Aufgabe meint und selbst den Glauben daran hat — er ist doch auch in dieser Hinsicht Optimist —, daß man mit dem Staatsvoranschlag in vier Monaten fertig werden kann, unserem Vorschlage zustimmen, der dann gewiß eine einhellige Annahme des Budgetprovisoriums durch das ganze Haus gewährleisten würde.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag und bitte, ihn in derselben Weise entgegenzunehmen, wie er gebracht ist, im Sinne und aus dem Rahmen einer Partei, die es mit dem Volkswohl lauschtig und ehelich meint, die aber von vornherein darauf bringen will, daß alles, was mit den Finanzen des

Staates in Zusammenhang ist, in geordneter, sicherer und klagloser Weise durchgeführt wird. Damit endige ich. *(Beifall.)*

Präsident **Hausfer** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wedra.

Abgeordneter **Wedra**: Ich werde der Unsitte, die immer bei der Budgetberatung eingetreten ist, dem alten Gebrauche folgend, dieselben Bahnen gehen.

Der verehrte Herr Vorredner hat über die finanzielle Frage in ausreichender Weise gesprochen, so daß ich mich mehr auf ein politisches Thema, vielleicht auf ein etwas schlüpfrigeres Thema begeben kann.

Meine Herren! Wir haben zur jetzigen Regierung, besonders zu den sozialdemokratischen Staatssekretären absolut kein Vertrauen, denn die Regierung hat bisher eine sehr schwankende Haltung an den Tag gelegt. Freilich wird dies damit begründet, daß in einem schwachen Staate keine starke Regierung möglich sei.

Meine Herren! Sie können gegen gewisse Kreise recht stark sein, aber gegen ihre eigenen Kreise, besonders gegen die Abwehr des Kommunismus, der Rätereublik, sind die Herren tatsächlich recht schwach. Es ist ja erfreulich, daß hie und da, wie wir gesehen haben, von gewissen Herren Staatssekretären ein frischer, fröhlicher Anlauf zu einer strengen Handlung genommen wird. Da kommen aber plötzlich einige Herren Arbeiterräte daher und die schönsten Verfügungen liegen im Staube, gefrieren zu Eis wie der glitzernde Eistropfen im eisigkalten Nordsturm. Diese Arbeiterräte sind heute die eigentliche Regierung. Es ist heute nicht besser geworden als es ehemals unter dem Gewaltministerium des Ministerpräsidenten Stürgkh, der mit dem § 14 regiert hat, gewesen ist. *(Heiterkeit.)* Jawohl, das haben wir erst beim letzten Kommunistenputsch am 15. Juni am besten gesehen. Der Staatssekretär Eldersch hatte recht — und wir hätten ihn beglückwünscht für diese Tat, wenn er sie ganz vollendet hätte —, als er die Kommunistenführer, die unsere demokratische Republik zerschlagen und uns in den Abgrund stoßen wollen, verhaftete. Recht war es so, Ordnung muß im Staate geschaffen werden.

Was ist aber geschehen? Es ist von einer zagenden Seite aus gesagt worden: „Wir müssen zuvor den Dr. Friedrich Adler fragen.“ Er wurde auch gefragt, schüttelte mit dem Kopfe und die Kommunistenführer sind befreit worden. Das ist die Wahrheit, das kann nicht geleugnet werden. Bei den Arbeiterräten liegt heute fast alle Entscheidung in den wichtigen Staatsfragen.

Dr. Friedrich Adler ist Vorsitzender der Reichsorganisation der Arbeiterräte, er ist heute der eigentliche Herr Deutschösterreichs. So empfindet es das ganze deutsche Volk in Österreich. *(Heiterkeit.)* Er tritt öffentlich gegen die Kommunisten auf, aber durch seine Reden — wir haben sie auch hier schon vernommen — zieht sich wie ein roter Faden *(Heiterkeit)*, etwas mehr als rot; alle seine Reden haben das eine Ziel: den Kommunismus, die Proletarietdiktatur. Auf diesen Wegen werden wir ihn nie und nimmer folgen. *(Ruf: Sie sind entlarvt!)* Warum denn nicht? Wir bekennen uns ganz offen zum demokratischen Staat und werden für ihn mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, eintreten, und ich versichere, daß auch uns Mittel zu Gebote stehen; wenn wir sie nicht haben sollten, werden wir sie uns von wo anders beschaffen *(Heiterkeit)*, gewiß, wir werden sie bekommen. Wir werden uns dieser Rätediktatur nie beugen!

Dr. Adler hält nach seinen Ausführungen auf der Rätekonferenz jetzt augenblicklich die Aufrichtung der Proletarietdiktatur für gefährlich, verderbbringend und darum jetzt für unmöglich. Aber er weist die Idee der Rätediktatur nicht zurück, er wartet nur die passende Zeit ab, er wartet — das sind seine Worte — die historische Zeit ab. Den Satz haben auch wir verstanden, Herr Dr. Adler! Er widerstrebt einem blutigen Umsturz, wir danken ihm dafür. Aber das wissen wir auch, er wird schaffen, langsam aber sicher, daß einmal die Rätediktatur erstehe. Und diese Arbeit vollzieht sich unter dem Schweigen der sozialdemokratischen Staatssekretäre in der Regierung und vollzieht sich unter dem Schweigen der gesamten Nationalversammlung. Es muß endlich einmal die Wahrheit auch auf diesem Gebiete gesagt werden. Nicht nur draußen in Versammlungen, sondern auch hier in der Nationalversammlung müssen wir, die Bauern und Bürger, klipp und klar sagen, daß wir Feinde einer Klassendiktatur sind, sei es in dieser oder jener Art. Diesen Herren scheint es wenig Kummer zu machen — auch uns braucht es nicht zu kümmern —, daß durch die Errichtung einer Rätediktatur die Organisationen der Sozialdemokraten, die bisher große Erfolge erzielt haben, nie und nimmer zum alten Glanze kommen werden. Das werden Sie wohl selbst empfinden. Es scheint Ihnen aber auch sehr wenig Sorge zu machen, daß Sie durch das Entstehen einer Rätediktatur sich in den allerschärfsten Gegensatz zum demokratischen Staatswesen setzen, zu der richtigen und wirklichen Volksherrschaft. Sie werden doch nicht vermeinen, daß nur das Proletariat der gesamte Inhalt und das gesamte Wesen des Volkes ist, auch wir Bürger und Bauern zählen Gott sei Dank noch zum Volke.

Daß die Kommunisten die Sozialdemokraten auf das fürchterlichste beschimpfen, sie in der giftigsten

Weise schmähen, kann uns ja gleichgültig sein, aber daß sie in zügelloser Heftigkeit auf die von uns und von Ihnen, geehrte Zuhörer, beschworene Staatsverfassung loschlagen, auf jene Staatsverfassung, die das deutschösterreichische Volk sich gegeben hat, das, meine Herren, kann uns Volksvertretern nie und nimmer gleichgültig lassen. Damit betreiben diese Kreise ein Staatsverbrechen und wir zeihen die Regierung, wenigstens einen Teil der Regierung, der Mitschuld an diesem Staatsverbrechen, weil diese Herren zu all diesen Vorgängen, die sich vor ihren Augen abspielen, stillschweigen, ja sie sogar, gelinde gesagt, unterstützen.

Es ist ja möglich, ich denke mir die Sache so, die Herren Staatssekretäre werden nicht unter die Räder des kommunistischen Wagens kommen wollen, sie werden die Absicht haben, wie jeder Spekulant, im richtigen Augenblick und zur richtigen Zeit sich auf den Rutschbock zu schwingen, die Peitsche in die Hand zu nehmen und auf die beiden Ochsen, die vorgepannt sind, auf Bauer und Bürger, loszuschlagen. (*Zwischenrufe.*) Es mag ja sein, daß hie und da einmal von unserer Seite etwas Ungeheures geschehen ist, aber für so einfältig, ich will nicht sagen dumm, dürfen Sie uns doch nicht halten, daß wir an diesem Wagen ziehen werden. (*Ruf: Wer weiß?*) Nie und nimmermehr!

In der Reichskonferenz der Arbeiterräte hat auch Staatssekretär Dr. Otto Bauer gesprochen. Er hat das gute Recht dazu, denn er ist Abgeordneter und Arbeiterrat. Dort möge er nach seinem Gutdünken und nach seinem eigenen Geschmacksprechen, das ist seine Sache. Aber uns Volksvertretern kann es nicht gleichgültig sein, daß der Staatssekretär für das Äußere dort seiner Freude Ausdruck gegeben hat, daß das Proletariat noch immer kampffähig geblieben ist und jene geschichtliche Phase abwartet, die sich ihm bietet, um im günstigen Augenblick loszuschlagen zu können. (*Lachen und Zwischenrufe.*) Aber das sind doch seine Worte nach der „Arbeiter-Zeitung“! Das heißt nichts anderes, als daß die Regierungssozialisten im geeigneten Augenblick gerne bereit sind, den Übergang in das Lager des Kommunismus vorzubereiten oder zu finden.

Das Verhalten unseres Staatssekretärs Ederesch am 15. Juni braucht wohl nicht erst weiter besprochen zu werden, es ist Ihnen aus jüngster Zeit noch in guter Erinnerung. Diese Herren Staatssekretäre vergessen, daß sie doch auch Staatssekretäre sind und dem demokratischen Staate so wie wir die Treue gelobt haben. Gegen eine derartige undemokratische, ja sogar staatschädigende Haltung unseres Staatssekretärs müssen wir als Volksvertreter im demokratischen Staate mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Fahren Sie, meine Herren Staatssekretäre, in dieser Schwäche gegen die eine Richtung

fort, dann kann, böse Sitten gute Beispiele verbend, vielleicht bei Gelegenheit auch in einer anderen Richtung eine Tat geschehen, die Sie auch mit der gleichen Schwäche oder mit dem gleichen Wohlwollen oder mit dem gleichen Rechte werden behandeln müssen, weil wir Ihnen dann zur gegebenen Zeit sagen werden: Was dem einen recht ist, muß auch dem anderen billig sein. (*Sehr richtig!*) Was hätten Sie dazu gesagt, wenn einer von unseren Staatssekretären, zum Beispiel der Vizekanzler Fink oder die Staatssekretäre Stöckler, Waiß oder Miklas, am letzten Donnerstag in ähnlicher Weise in monarchistischem Sinne gesprochen hätten, wie Sie auf dem letzten Arbeiterrätekongreß im Sinne der Rätediktatur gesprochen haben? (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Ich weiß, da würden Sie wüten und toben, mit Recht würden Sie diesen Herren vorwerfen, daß sie Hochverräter und Staatsverbrecher sind. Und deshalb, meine Herren, der Appell an Sie: Seien Sie auch vorsichtig! Öl ins Feuer gießen ist keine Kunst.

Ich weiß, die Wellen schlagen jetzt hoch, es ist eine ungeheure Mißstimmung in der Bevölkerung, das ist alles richtig, aber Sie dürfen auch uns, sehr geehrte Zuhörer, die Mitarbeit im Staate nicht allzu schwer machen. Mit welchem Recht, möchte ich fragen, auf welcher gesetzlichen Grundlage fußend, hat denn die Arbeiterkonferenz das letztmal über die Räterepublik abgestimmt? (*Heiterkeit. — Zwischenrufe.*) Gewiß, meine Herren, Kollegen, mit welchem Recht? In dem Augenblick, wo in einer ähnlichen Versammlung, wie ich schon vorhin erwähnt habe, etwa beim Bauernbund ein Antrag auf Errichtung der Monarchie, gestellt worden wäre, hätten Sie, davon bin ich fest überzeugt, den Antragsteller in Fesseln gelegt und mit Recht! (*Ruf: Nach Steinhof geschickt!*) Sehen Sie, nach Steinhof geschickt, Sie haben mir das Wort aus dem Munde genommen und deshalb dürfen Sie gar nicht entsetzt sein, wenn heute in der Bevölkerung, im Bürger- und Bauernstand ein lebhaftes Sehnen nach der anderen Richtung sich festsetzt und einstellt; denn je ärger die kommunistischen Umtriebe unter der Duldung der Staatsregierung in dem Staate Deutschösterreich sind, desto ärger werden die Gegenätze draußen am Lande und in den Ländern zu Ihnen werden. Das wollen Sie wohl erwägen, und ich befürchte sehr, daß nicht der Bürger- und Bauernstand dabei zum Handfuß kommen wird, sondern es könnten gerade Sie, meine Herren, es könnten die Proletarier, die Arbeiter als erste unter die Räder dieser gegenfälligen Bewegung kommen.

Die Regierung — diesen Vorwurf muß ich gegen sie erheben — hat nichts getan, um die staats- und volksfremden Elemente, welche die Träger dieses Umsturzgedankens sind, die unserem Staate

das Verderben bringen wollen, von Wien und von Deutschösterreich fernzuhalten. Wien ist heute zur Freistadt dieser Führer der Räterepublik, dieser Führer des Kommunismus geworden, ja die Schwächen der Regierung muntern sogar die Kommunisten von Fall zu Fall auf. Der Putsch vom 15. Juni ist, meiner Überzeugung nach, nicht der letzte Putsch, es werden noch eine Reihe derartiger Wirbel, wie der Wiener sagt, in Szene gesetzt werden, weil diese Herren nichts zu fürchten haben, denn was kann ihnen geschehen? (*Abgeordneter Schönsteiner: 20 Tote sind auch etwas!*) Das waren aber nicht Kommunisten, nicht die Führer, das waren unschuldige Opfer. (*Sehr richtig!*) Durch diese ständigen Putsch, durch diese ständige Unruhe in der Bevölkerung kommen wir nicht zur Arbeit, nicht zur Ruhe, niemand von uns kann sich zu ernster Tat, zu ernster Arbeit aufschwingen und wir brauchen doch alle die Ruhe so dringend. Uns fehlt die strenge Grenzkontrolle, sie hat uns gefehlt und fehlt uns auch heute noch; ich bin überzeugt, es wären uns recht bittere Tage erspart geblieben, wenn die strenge Grenzkontrolle eingeführt worden wäre, ähnlich wie sie an der Schweizer Grenze von seiten der Schweizer Regierung eingeführt ist.

Es fehlt unserer Regierung, wenigstens einem Teil unserer Regierung, der feste einheitliche Wille, damit wir endlich zur Ruhe, damit wir endlich zur Arbeit kommen. Weil ich bei dem Worte „Arbeit“ bin, will ich gleich beifügen, daß wir von der großdeutschen Vereinigung alle Bestrebungen, um die arbeitslosen Arbeiter so halbwegs recht und schlecht über Wasser zu halten, alle Bestrebungen zur Besserstellung ihrer Lage voll und ganz fördern und unterstützen wollen. Aber die Arbeitslosenunterstützung darf nie und nimmer einer Prämie auf das Faulenzertum gleichkommen. (*Zustimmung.*) Darum wollen wir auch die Festlegung der Arbeitspflicht. Draußen auf dem Lande ereignen sich die sonderbarsten Fälle. Es kommen Leute von Wien heraus, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen, gehen draußen zu dem Bauer in Arbeit und verdienen sich derart ein zweites Einkommen. Ebenso nehmen wir von unserer Seite dagegen Stellung, daß die Arbeitslosenunterstützung volksfremden Elementen zuteil werde.

Es geht nicht an, daß Arbeitslose aus fremden Ländern bei uns die volle Unterstützung bekommen, während diese Länder sich weigern, in ähnlichem Sinne auch uns entgegenzukommen. (*Zwischenrufe.*) Ich verweise nur darauf, daß das Wiener Neustädter Spital von Ungarn mehrere hunderttausend Kronen an Krankengeldern zu bekommen hat, sie aber nicht bekommen kann, weil die Ungarn die Auszahlung einfach verweigern. Und wir kommen diesen Herren gewiß mit der allergrößten Menschlichkeit entgegen. Die Regierung hat

nichts getan, um die staats- und volksfremden Elemente, die Träger dieses Umsturzbegriffens fernzuhalten, und darum ist es kein Wunder, wenn draußen in den Ländern ein großer Unmut gegen die Reichshauptstadt Wien und gegen die Schwäche der Regierung herrscht und wenn heute draußen in den Ländern allgemein von der Lostrennung von Wien gesprochen wird.

Wir haben uns die Verhältnisse im Staate Deutschösterreich betreffs der Freiheit ganz anders vorgestellt, das kann ich Ihnen heute sagen. Wir sind gründlich enttäuscht worden. (*Sehr richtig!*) Ehedem hatten wir eine Herrschaft der Hochfeudalen und der Großkapitalisten und heute haben wir eine Gewalt Herrschaft einer kleinen Gruppe von hysterischen Kommunisten, von hysterischen Terroristen. (*Zwischenrufe.*) Es hat sich zwar die Firma geändert, aber das System ist das ganz gleiche geblieben. Die neue Gewalt Herrschaft, die in den Arbeiterräten konzentriert ist und in einer zweiten Organisation, die ich nicht nennen will, erfreut sich eines gewissen Schutzes seitens der Regierung. Ich habe schon einmal gesagt, ich glaube, daß die Regierenden und die Führer der Sozialdemokratie der Gedanke befehlt, den Anschluß an den kommenden Zug, der auf nichtdemokratischen Bahnen fährt, nicht zu veräumen.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht, meine Damen und Herren, wird in Deutschösterreich ein schändliches Spiel getrieben. Wir haben das allerfreieste Wahlrecht, das wir uns nur denken können. Kein Staat der Welt hat ein so freiestes Wahlrecht, wie wir es haben. Daraus konnten die Sozialdemokraten — und sie haben es auch getan — die allergrößten Erfolge ziehen. Die Wahlen haben ein richtiges Bild gegeben. Nun würde man meinen, man bescheide sich damit und werde auf der Grundlage des demokratischen Staates und auf der Grundlage dieses freiesten Wahlrechtes zu einem Verfassungsleben kommen, das alle Kreise des Volkes und diese drei Stände vollauf befriedigt.

Die Sozialdemokraten haben aber an dieser Wahl keine Freude, sie haben aber auch an dieser Zusammensetzung der Nationalversammlung keine Freude. Warum? Weil sie keine Räteregierung haben. Es ist heute noch eine sozialdemokratisch-bürgerlich-bäuerliche Regierung und daran haben sie keine Freude. Deshalb wurde eine neue Organisation in die Welt gesetzt, das ist die Organisation der Arbeiterräte. Jeder kann Arbeiterrat werden, der Sozialdemokrat ist. (*Ruf: Nur der Wedra nicht!*) Ich könnte es sicherlich werden, wenn ich Sozialdemokrat wäre. (*Ruf: Sie werden Bauernrat!*) Mir steht jedenfalls näher, Bauernrat oder Bürgerrat zu werden, als Arbeiterrat. Lassen Sie mir die geringe Freude. (*Heiterkeit.*) Wir fordern das gleiche Recht. Nachdem die Arbeiterräte eingesetzt

worden sind und ihr Terror sich in der Politik geltend macht, fordern wir auch, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter, die nichtsozialdemokratischen Angestellten und alle nichtsozialdemokratischen Stände den gleichen Einfluß und das gleiche Recht bekommen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Das werden wir auch durchzusetzen imstande sein.

Meine Herren und Damen! Bei der letzten Reichskonferenz hat der Vorsitzende der Reichskonferenz auch über Ernährungsfragen gesprochen. Ich bitte nicht mißzuverstehen, was ich jetzt verlesen werde. Ich muß im vorhinein sagen, daß ich betreffs der Bekämpfung des Schleichhandels auf dem gleichen Standpunkt stehe wie Sie. Er sagte *(liest)*: „Gegen den Schleichhandel, dieses größte Übel der Ernährungswirtschaft, gegen diese furchtbare Pest, muß die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen und müssen die Arbeiterräte mit allen gesetzlichen und auch ungesetzlichen Mitteln eingreifen.“

Meine Herren! Ich wehre mich gegen die ungesetzlichen Mittel. Wir haben es hier mit einer Organisation zu tun, die nicht einmal im Geseze ihre Grundlage bisher gefunden hat. Etwas anderes wäre es, wenn wir hier in der Nationalversammlung einen Beschluß gefaßt hätten, wenn die Volksvertreter ein Gesez geschaffen hätten, auf Grund dessen die einzelnen Arbeiterorganisationen berufen sind Arbeitervertreter zu wählen, denen eine gewisse gesetzliche Funktion übertragen würde. Dann hätten sie ein Recht, dann wäre eine gesetzliche Grundlage vorhanden. *(Ruf: Selbsthilfe!)* Wenn Sie heute zur Selbsthilfe mit ungesetzlichen Mitteln und auf ungesetzlichem Wege greifen, dann kommen Sie zur Anarchie. *(Abgeordneter Gröger: Aber gerade Sie reden in den Versammlungen vom Aufhängen der Wucherer und Schleichhändler!)* Wir dürfen nie und nimmer zu ungesetzlichen Mitteln greifen, auch Sie von der Arbeiterschaft nicht. Denn, wenn Sie zu ungesetzlichen Mitteln greifen, dann werden auch wir Bürger und Bauern, mit demselben Recht zu ungesetzlichen Mitteln greifen — das schwöre ich Ihnen — und seien Sie versichert, wir sind stark genug, wenn Ihnen auch im Zentrum der Stadt Waffen zu Gebote stehen. Darum, Ruhe auf diesem Gebiete, seien Sie vorsichtig! *(Zwischenrufe.)* Nein, Sie sollen nicht nach unserer Pfeife tanzen. Wir beanspruchen nur das gleiche Recht wie Sie, nicht mehr und nicht weniger. Arbeiten wir zusammen! Es darf nicht eine Klasse über die andere herrschen, sonst kommen wir zur Diktatur und nach der Diktatur, das wissen Sie ganz genau, die Geschichte lehrt es uns, kommen wir leider zur Monarchie und das wollen Sie nicht und das wollen auch wir nicht.

Die Arbeiterräte maßen sich Rechte an, die wir unter allen Umständen zurückweisen müssen, weil sie nicht auf gesetzlichen Grundlagen fußen. Ich

habe den Fall Janetschek vorgelesen, ich könnte noch einige andere Fälle vorbringen, Fälle, die sich erst in der letzten Zeit zugetragen haben. Im Jahre 1914 wurden den Zivilpersonen die Waffen abgenommen. Diese Waffen sind im Arsenal. Die Landesorganisation der Büchsenmacher hat, weil sie ja auch ein Geschäft machen will, angefragt, daß der Staatssekretär Dr. Deutsch ihnen diese Waffen herausgebe, verkaufe, auf daß diese Waffen ausschließlich zu Jagdzwecken an Zivilpersonen abgegeben werden können. Sie waren früher in den Händen von Zivilpersonen und sollten meiner Überzeugung nach wieder in die Hände der Zivilpersonen kommen. Staatssekretär Deutsch hat dies bewilligt und, hören Sie, der Fabrikarbeitserrat im Arsenal hat dagegen entschieden Stellung genommen, er gibt diese Waffen nicht heraus. *(Hört!)* Meine Herren, das ist wieder die starke Regierung! Daraus erkennen Sie, daß bedeutend stärker als unsere Herren Staatssekretäre die Macht und der Einfluß der Arbeiterfabrikaräte usw. sind. Die sozialdemokratischen Arbeiterräte haben heute das entscheidende Wort.

Die Sozialdemokraten spielen — diesen Vorwurf müssen wir ihnen machen — mit uns ein Doppelspiel. Sie wollen uns glauben machen, daß sie Gegner der kommunistischen Bewegung seien, daß sie den Kommunismus verhindern wollen, und richten sich alle, wir sehen es ja an ihren Worten, auf den Kommunismus und auf die Rätediktatur ein. *(Abgeordneter Witternigg: Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!)* Ich bin auch kein Freund des Kapitalismus. Im Stürzen des Kapitalismus sollen Sie mein Partner sein. Heute läuft es aber nur darauf hinaus, ob Friedrich Adler oder Friedländer Präsident des kommunistischen Deutschösterreich sein soll. Das sind die zwei Angelpunkte, um die sich die ganze Sache dreht. Wird das entschieden, dann bekommen wir totsicher die Rätereublik. Und wenn ich und mit mir die ganze Bürgerschaft und Bauernschaft die Wahl hat zwischen Adler, Friedländer oder einer hochstehenden Person der Vergangenheit, dann sage ich Ihnen klipp und klar, daß unsere Bevölkerung die richtige Wahl treffen wird. *(Zustimmung.)* Davon können Sie überzeugt sein. Hierzu kann die Nationalversammlung nicht schweigen. Ich habe hier ein offenes Wort gesprochen, ich bin der erste, der über diese Fragen hier spricht. Ich habe den Mut aufgebracht, obwohl ich ganz sicher weiß, daß ich mit diesen Worten heute um mein Leben spiele. *(Lachen. — Abgeordneter Weber: Wollen Sie denn ins Wasser springen?)* Ja, wenn es gefroren ist! *(Heiterkeit.)* Dazu kann die Nationalversammlung nicht schweigen. Es muß einmal darüber gesprochen werden. Es geht nicht an, daß die Verfassung von einer Klasse umgangen, gebogen, daß sie gebrochen wird, daß offener Hoch-

verrat, sogar mit Zustimmung eines Teiles der Regierung in der demokratischen Republik getrieben wird. Dagegen nehmen wir Stellung.

Und nun komme ich zu einem recht schlüpfrigen Thema: (*Abgeordneter Hafner: Gott erhalte Wedra!*) Daß er noch größer und dicker werde! (*Lebhafte Heiterkeit.*) . . . Das ist die antisemitische Frage. Wollen Sie mich in aller Ruhe darüber anhören. Ich bin deutschnational, doch war ich nie Antisemit in dem Sinne, daß ich den Antisemitismus in der sogenannten „Hepp-Hepp“-Form getrieben hätte, wie sie Dr. Ferzabek bei jeder seiner Reden hier vorgebracht hat. Nein, ich stand immer auf dem Standpunkt, daß die antisemitische Frage nur auf dem Boden des wirtschaftlichen Lebens geregelt werden könne. Sie haben noch nie in einer Versammlung aus meinem Munde das Wort „Jude“ gehört, zum erstenmal hören Sie es heute von mir. Ich war immer der Ansicht, daß man unsere Konnationalen mit genau denselben kulturellen und wirtschaftlichen Qualitäten ausstatten solle, auf daß auf wirtschaftlicher Grundlage der Kampf mit dem überlegenen Judentum mit Erfolg ausgefochten werde.

Die letzten Monate haben nun zwar nicht mich, aber die breiten Massen des Volkes eines Schlechteren belehrt. Sie glauben gar nicht — ich sage es offen und frei heraus — welch böse Bewegung sich heute allgemein in der Bevölkerung abspielt, welch giftige Worte man in dieser Richtung seitens der Bevölkerung hört. Es wäre eine Schande des 20. Jahrhunderts, wenn wir durch ruhiges Zusehen neuerlich Judenverfolgungen hervorrufen würden. Die Nationalversammlung ist dazu da, daß sie dagegen Stellung nehme, daß sie aber in erster Linie Stellung nehme gegen die kommunistische Bewegung, die bei der ländlichen Bevölkerung die antisemitischen Theorien in der bösesten Weise aufblähen läßt. Darum fordere ich Sie auf, seien Sie sich, so wie ich, des Ernstes der Zeit bewußt, sagen Sie rücksichtslos die kommunistischen Führer ab, ob sie nun dieser Klasse, diesem Glauben oder jenem Stande angehören, und dann werden Sie jenen Theorien den Boden abgraben, die jetzt bei der Bevölkerung so verderblich spuken, Unheil und Verderben verbreiten. Dieser Theorie das Wort zu reden, ist nicht meine Absicht. Zeigen wir deshalb den entschlossenen Willen, den die reichsdeutsche Regierung bekundet hat, die mit aller Entschiedenheit gegen die kommunistische Bewegung und gegen die kommunistischen Führer vorgegangen ist! Retten wir die demokratischen Grundlagen unseres Freistaates, verteidigen wir unsere freiheitliche Verfassung, geben wir nicht einer Klasse allein gewisse Vorrechte, sondern gleiches Maß allen Klassen und Ständen an Rechten und auch an Pflichten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Hausler**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Adler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Hohes Haus! Unser Klub ist der Ansicht, daß wir eine genaue Debatte, ein spezielles Eingehen in die Fragen des Budgets erst bei der Einbringung des definitiven Budgets vornehmen werden. Wir hatten deshalb ursprünglich beschlossen, in die gegenwärtige Debatte überhaupt nicht einzugreifen und wir können von diesem Beschlusse auch durch die Rede des Herrn Vorredners nicht abgebracht werden.

Wir sind der Meinung, daß es sich erübrigt, auf die Argumentationen des politischen Kopfes der „Großdeutschen Vereinigung“ hier des Näheren zu reflektieren und wir danken dem Herrn Redner nur dafür, daß er zur Erkenntnis gekommen ist, daß die Sozialisten in der Verwirklichung des Sozialismus ein Ziel zu erkennen vermögen. Uns hat es merkwürdig berührt, daß der Herr Abgeordnete Wedra geglaubt hat, dadurch eine Entthüllung über uns hier vorbringen zu können. (*Heiterkeit.*)

Und nur noch ein Wort, meine Herren. Wenn hier so viel vom Hochverrat der Kommunisten und andeutungsweise auch der Sozialdemokraten gesprochen wird, so wollen wir denn doch klar machen, daß dieses Problem des Hochverrates bei den bürgerlichen Parteien in den einzelnen Ländern einer großen Diskussion fähig wäre, und weiter klar machen, daß die Herren, die sich heute Großdeutsche nennen, in Wahrheit Vertreter eines Deutschland verkleinernden Standpunktes in den einzelnen Ländern sind. (*Zustimmung.*)

Es erübrigt sich für uns, jetzt darüber eine Debatte zu führen, aber diejenigen, die gegen Deutschösterreich in den einzelnen Ländern Politik machen und eine Politik machen, auf die man, wenn man von Paragraphen reden wollte, auch den Hochverratsparagraphen anwenden könnte, das sind auch Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung.

Im übrigen, meine Herren, habe ich nur zu erklären, daß wir uns in keine Auseinandersetzungen mit dem Herrn Vorredner einlassen können, daß seine Ausführungen — Sie gestatten mir, daß ich es offen ausspreche — unter dem Niveau unserer Beachtung sind. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Hausler**: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär **Eldersich**; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär des Innern **Eldersich**: Hohes Haus! Ich bitte, zu gestatten, daß ich auf die Anfrage

des Herrn Abgeordneten Kraß und auf die meiner Meinung nach durchaus unzutreffende Kritik des Herrn Kollegen Wedra und im Zusammenhange damit auch auf die vorgestern eingebrachte Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Waber und Genossen antworte.

Vor allem, meine Herren, möchte ich gegen die Insinuation des Herrn Kollegen Wedra, welche dahin geht, daß die sozialdemokratischen Staatssekretäre, vor allem aber meine Person, mit dem Gedanken der Etablierung der Räteregierung spekulieren und gegen die Kommunisten daher viel zu wenig energisch auftreten, um nicht die Überfuhr zu veräumen, auf das allerentschiedenste protestieren.

Meine Herren! Was meine Person anlangt, so dürfte es bekannt sein, daß ich mich nach diesem Posten, auf den ich gestellt wurde, nicht gesehnt habe und daß ich sehr erfreut sein werde, wenn der Tag gekommen sein wird, an dem man erkennen wird, daß es nicht mehr notwendig ist, daß ich diesen Posten noch bekleide. Ich muß aber auch für meine Kollegen in Anspruch nehmen, daß sie ehrlichen Willens sind, das gegenwärtige System der Demokratie aufrecht zu erhalten und dafür tätig zu sein. *(Zwischenruf.)* Ich weise es zurück, daß der Arbeiterrat in Form von Beschlüssen oder durch seine Funktionäre auf die Entscheidungen der Regierung oder einzelner Regierungsfunktionäre Einfluß genommen hat.

Daß ich in meiner Eigenschaft als Staatssekretär, der dafür zu sorgen hat, daß die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird, mich mit jenen Faktoren ins Einvernehmen setze, die allein — ich betone das ausdrücklich —, die allein die Autorität haben, die Kommunisten in die Schranken zu weisen, daß ich mich mit diesen Faktoren berate, müssen Sie für selbstverständlich finden. Das wird auch in Zukunft geschehen.

Ich kann nicht mit der Autorität des Herrn Kollegen Wedra, auch nicht mit der Autorität einer anderen bürgerlichen Partei kommen, sondern muß die Autorität der Mehrheit der Arbeiterklasse gegen die momentan praktischen Bestrebungen der Kommunisten wirken lassen. Wollen Sie eine andere Methode, wollen Sie die Methode der absoluten Gewalt gegen jede Bewegung, auch gegen eine Ideenpropaganda, dann, meine Herren, können wir an einer solchen Regierung nicht teilnehmen, die sich diese Art der Unterdrückung einer Bewegung vornimmt.

Es ist auch — wenn ich damit auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Waber zu sprechen kommen will — ausgeschlossen, anzunehmen, daß ich in meiner Eigenschaft als Staatssekretär dem Arbeiterrat Rede und Antwort gestanden bin. Ich bin Gast im Arbeiterrat — ich habe es noch nicht so

weit gebracht, wirklicher Arbeiterrat zu werden — und habe dort als Sozialdemokrat, als Parteigenosse, als Teilnehmer des Arbeiterrates gesprochen. Das ist mein gutes Recht, sowie der Herr Kollege Stöckler beim Bauerntag sprach *(Zustimmung)*, wie ein anderer Kollege, der in der Regierung sitzt, auch im Rate seiner Parteigenossen seine Stimme erhebt und vielleicht auch über gewisse Vorkommnisse Aufschluß gibt. Ich habe das getan und möchte erklären, daß der Ausdruck „Aufträge“ entweder ein Hörfehler, ein Schreibfehler oder ein Druckfehler ist.

Ich habe von Anträgen gesprochen, und Anträge des Arbeiterrates entgegenzunehmen, namentlich jene Anträge, die sich auf die Verhinderung der Etablierung der Räteregierung beziehen, werden Sie mir, glaube ich, nicht übel nehmen; Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich von diesem ablehnenden Antrage des Arbeiterrates Kenntnis nehme, wonach die Mehrheit des Arbeiterrates im gegenwärtigen Zeitpunkt gegen die Etablierung der Räteregierung ist. Ich muß es also ablehnen, wenn Sie von mir verlangen, daß gegen eine Ideenpropaganda mit Gewalt eingeschritten wird. Es wurde von meinem Vorredner bereits darauf aufmerksam gemacht, daß auch in den Ländern gewisse Erscheinungen sind, die, wenn man das streng nehmen will, auch eine Änderung der Verfassung, unseres Gebietsumfanges, die Losreißung eines Landes vom Staate verlangen. In einer solchen Zeit, wo alles fließt, wo auch die Bürgerlichen an der gegenwärtigen Ordnung zerren, natürlich in einer anderen Richtung, kann man doch nicht mit Gewalt gegen die Propaganda der Idee der Errichtung einer Räteregierung auftreten. Es ließen sich also Rekriminationen auch nach der anderen Seite richten. Aber wir verfolgen keine dieser Ideenpropaganden. Was wir pflichtgemäß tun müssen, ist, wenn mit Gewalt versucht wird, eine solche Idee in die Praxis umzusetzen, dieser Gewalt leider ebenfalls Gewalt entgegenzusetzen. Und das ist auch am 15. Juni geschehen.

Wir haben aus mannigfachen Anzeichen erkennen müssen, daß die Kommunisten beabsichtigen, am 15. Juni im Wege eines Putsches die Räteregierung aufzurichten. Es wurde von den Kommunisten nachträglich erklärt, daß die Sitzung, die sie für Samstag abends den 14. Juni einberufen haben, gleichsam dazu bestimmt war, abzublauen, den Putsch nicht zu machen, und die Demonstration am 15. Juni in Ordnung und Ruhe verlaufen zu lassen. Es läßt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen, ob diese Absicht tatsächlich bestanden hat, da ja die Sitzung nicht zu Ende geführt werden konnte, sondern gleich zu Beginn derselben die Verhaftung sämtlicher Anwesenden erfolgte. Ich

kann also nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Kommunisten am 15. Juni beabsichtigten, mit Gewalt die Ausrufung der Räteregierung zustande zu bringen. Es ist möglich, daß sie, nachdem der Abbau der Volkswehr widerrufen war und sich verschiedene Anzeichen dafür bemerkbar machten, daß gewisse Bevölkerungskreise zur Ruhe kommen, von ihrem Vorhaben Abstand nehmen wollten. Allerdings haben sie nicht dafür gesorgt, daß offiziell und mit der gehörigen Deutlichkeit diese ihre frühere Absicht, mit Gewalt einzugreifen, widerrufen wurde; denn eine beiläufige Bemerkung, die am Samstag im „Abend“ gestanden ist, konnte uns nicht dazu veranlassen, bezüglich des Sonntags beruhigt zu sein. Ich muß zugeben, daß nicht die Absicht bestand, 122 Personen zu verhaften, sondern daß nur die Absicht vorhanden war, ein kleines Komitee, das Direktorium, zu verhaften; es waren also vielmehr Leute anwesend. Wir hatten von vornherein nur vorgenommen, die Anwesenden zu perlustrieren und sie im Laufe des nächsten Tages wieder in Freiheit zu setzen, weil ein bestimmtes Beweismaterial gegen diese Personen nicht aufzubringen war. Nebenbei mag die Absicht des Herrn Polizeipräsidenten mitgespielt haben, sich des ominösen Bettelheim zu bemächtigen, der sich angeblich unter den Sitzungsteilnehmern befunden haben soll.

Wenn noch rekriminiert wird, daß man mit dem Soldatenrate und dem Arbeiterrate darüber gesprochen hat, in welcher Weise man den Kommunisten am 15. Juni entgegenzutreten soll, wenn sie beabsichtigten, mit Gewalt einzugreifen, so halte ich es für selbstverständlich, mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft zu beraten, die für eventuelle Erklärungen namens der Arbeiterschaft in Betracht kommen, welche einen viel größeren Wert haben als alle Zwangsmaßnahmen, als alle Gewaltmittel. (Zustimmung.) Es hat sich erwiesen, daß die Mitarbeit, die Mitberatung des Arbeiterrates und Soldatenrates in dieser Angelegenheit von durchaus guten Folgen begleitet war. Der Arbeiterrat hat namens der sozialdemokratischen organisierten Arbeiterschaft vor einem solchen Putsch gewarnt, die Verantwortung hierfür den Kommunisten auferlegt und alle Parteigenossen und Arbeiter aufgefordert, sich derartigen Veranstaltungen fern zu halten. Ebenso mußte mit dem Soldatenrate gesprochen werden, weil ja die Volkswehr zu aktivem Eingreifen im Notfall bereit gestanden ist.

Ich habe mich nun dafür entschieden, die Versammlung nicht zu verbieten, weil ein Versammlungsverbot doch bei einem großen Teile der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterbevölkerung, als eine Gewaltmaßnahme gegen die freie Meinungsäußerung aufgefaßt wird. Man war der

Meinung, man solle es darauf ankommen lassen, ob sich die Kommunisten unterfangen werden, mit Gewalt die Etablierung der Räteregierung, beziehungsweise die Durchführung eines Putsches zu versuchen. Ich habe dann am nächsten Tage die Freilassung der Verhafteten angeordnet, weil dem Zwecke, dem die Verhaftung gedient hat, eigentlich bereits genügt worden ist. Die Anwesenden sind perlustriert worden, man hat ihre Personenidentität sichergestellt und es sind also Weiterungen, die durch die Verhaftung hätten entstehen können, uns erspart geblieben. Gegen das Direktorium ist bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Strafanzeige erstattet worden und es sind also, meine Herren, die weiteren Maßnahmen im Zuge. Ich glaube, damit die Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Waber und Genossen zur Gänze beantwortet zu haben.

Wenn in dieser Anfrage noch betont wird, daß die schwächliche Haltung der Regierung gegenüber den Kommunisten unser Ansehen im Auslande herabsetze und Ernährungschwierigkeiten herbeiführe, beziehungsweise sogar eine Verteuerung der aus dem Auslande eingeführten Lebensmittel, so zwingen mich gewichtige Staatsinteressen, darauf nicht einzugehen, aber jeder, der halbwegs mit den tatsächlichen Verhältnissen vertraut ist, muß doch, meine Herren, zu dem gegenteiligen Urteile kommen. Wir können uns wirklich nicht darüber beklagen, daß die Kriegsgegner des alten Österreich nicht manches für unsere Ernährung tun würden, wozu sie doch streng genommen nicht verpflichtet wären. Es ist also absolut nicht zu merken, daß die Beihilfe, die uns geleistet wird, Schaden darunter leidet, daß es in Wien eine Anzahl, und zwar keine sehr beträchtliche Anzahl Kommunisten gibt. Ich möchte die Herren nur bitten zu erwägen, in welchen Verhältnissen wir uns befinden — und gerade Wien ist der gefährlichste Boden, welcher eine große Anziehungskraft auf alle jene Elemente ausübt, die geschädigt worden sind, deren Existenz durch die Kriegsfolgen zerstört worden ist. Wir haben in Wien 125.000 Arbeitslose, wir haben Heimkehrer, wir haben ganze Bevölkerungskreise, die natürlich sehr leicht von dem kommunistischen Gedanken entflammt werden können, weil sich ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in einem desolaten Zustande befinden, weil sie überhaupt in einer verzweifeltsten Stimmung sind.

Bei solchen Verhältnissen mit brutaler Gewalt einzugreifen, müßte ich abraten und müßte, wenn das gewünscht würde, die Durchführung dieser Aufgabe einem anderen überlassen. Wir begreifen, daß die Herren, die die Stützen der Ara Stürggh gewesen sind, mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zufrieden sein können. (Beifall und Heiterkeit.) Das begreife ich, aber begreifen Sie doch auch,

meine Herren, daß wir jetzt mit anderen Methoden arbeiten müssen, als sie in der Ura Stürgkh die gewohnten gewesen sind und zum Hausrat einer jeden österreichischen Regierung gehört haben. Wir müssen uns also in einer anderen Weise zu helfen suchen, bis wieder jene Beruhigung in weite Kreise der Bevölkerung eingekehrt ist, die es uns ermöglicht, daß sich normale Verhältnisse bei uns etablieren. *(Abgeordneter Wedra: Dann aber auch gleiches Recht für die andern!)*

Ich bitte Herr Kollega Wedra, wenn jemand sich danach sehnt, wieder die monarchische Verfassung in Deutschösterreich etabliert zu sehen, so wird er nicht nach den §§ 58 und 65 verfolgt werden, sondern er wird höchstwahrscheinlich in einer anderen Weise behandelt werden. Ich glaube nicht, daß die Staatsgewalt gegen ihn mobilisieren wird, und Herr Kollega Wedra würde auch davon überzeugt sein können, daß niemand bei uns gehetzt wird. *(Heiterkeit.)*

Ich betone, daß manche Reden, die gehalten werden, manche Anträge, die gestellt werden, auch in anderen öffentlichen Körperschaften, Anlaß geben, darüber den Kopf zu schütteln und zu meinen, das sei doch die rechte Liebe nicht zu der demokratischen Verfassung, die wir gegenwärtig haben; wir sehen manche Bestrebungen, die danach gehen, abzuspalttern und ein anderes System zu etablieren, aber wir sind durchaus nicht nervös, und solange diese Propaganda sich nicht der Gewalt bedient, um ihre Ideen zu verwirklichen, solange, glaube ich, hat die Staatsgewalt keine Ursache, einzugreifen. Wir müssen uns also an eine freiere Diskussion aller möglichen Ideen und aller möglichen Bestrebungen gewöhnen. Wir erhoffen von dem gesunden Sinne der Bevölkerung, daß sie den richtigen Weg finden und sich nicht auf Abwege führen lassen wird.

Der Herr Kollega Wedra hat auch die Grenzsperrre erwähnt, die ja meinem Ressort untersteht. Ich muß sagen, daß wir alle verfügbaren Kräfte aufgeboten haben, um die Grenzen gegen Ungarn abzusperren. Wenn es doch hie und da einem Ungarn möglich ist, nach Österreich zu kommen, so kann das nur geschehen, indem er die Grenze unbemerkt passiert oder vielleicht doch irgendeinen Angestellten der Grenzsperrre findet, der sich gegen eine Gratifikation — so etwas kann auch vorkommen — bereit erklärt, den Mann hereinzulassen. Aber ich meine, das kann doch nur in ganz beschränktem Umfange der Fall sein. Die Grenze ist also nahezu hermetisch abgesperrt und wir hören auch aus bürgerlichen Bevölkerungskreisen alle möglichen Klagen darüber, daß die Grenzsperrre so streng gehandhabt wird. Zudem wissen die Herren, daß wir vor 14 Tagen bereits die Ausweisung aller Ungarn verfügt haben, die nach dem 1. März nach Deutschösterreich gekommen

sind. Dieses Verbot wird strenge gehandhabt. Zsófia erteilt die deutschösterreichische Botschaft in Budapest nur in den allersehrsten Fällen. Mehr, meine Herren, können wir also nicht tun, als alle unsere verfügbare Gendarmerie und Volkswehr, die wir haben, an der Grenze zu stationieren und sie den Grenzsperrdienst versehen zu lassen. Es sind nach dieser Richtung also wohl keine berechtigten Klagen zu erheben. Allerdings ist es vorgekommen, daß die Publikation der Polizeidirektion in Wien, nach welcher alle Ungarn abzuschaffen sind, von den einzelnen Bezirkshauptmannschaften nicht gehandhabt wurde. Die Bezirkshauptleute haben gewartet, bis sie den speziellen Auftrag hierzu bekommen. Dieser Auftrag ist bereits in der Vorwoche erlassen und Sie haben ja in den Tagesblättern wiederholt Berichte darüber gelesen, daß in Baden und anderen Orten Niederösterreichs die Ausweisung der Ungarn erfolgt ist.

Wenn der Herr Kollega Wedra noch davon gesprochen hat, daß bei den Beratungen des Arbeiterrates bezüglich der Bekämpfung des Schleichhandels davon gesprochen wurde, daß nicht nur die gesetzlichen, sondern auch ungesetzliche Mittel in Anwendung kommen werden — das wäre ja auch eine Sache, mit der sich dann mein Amt befassen müßte —, so muß ich darauf erwidern, daß vielleicht der Ausdruck „ungesetzliche Mittel“ falsch angewendet wird. Das Wort ist nur irrtümlich gebraucht und soll eben die Selbsthilfe bedeuten; das heißt, wenn irgendeine Behörde nicht dazu zu bringen ist — meinen die Arbeiterräte —, dem Gesetze Genüge zu leisten und alles Notwendige gegen die Schleichhändler zu unternehmen, so werden die Arbeiterräte dafür sorgen, daß zur Selbsthilfe gegriffen wird. *(Abgeordneter Wedra: Das kann aber zu einem Unfug führen! — Zwischenrufe.)* Ja, meine Herren, aber ich bitte sehr, ich muß da die Behörden in Schutz nehmen. Es ist vielfach nicht möglich, daß die Behörde dem Gesetze Genüge leistet, weil sie nicht die entsprechenden Organe dazu hat, weil es ihr einfach technisch nicht möglich ist, den Schleichhandel in der ausgiebigen Weise zu bekämpfen, wie es im Interesse der Bevölkerung notwendig wäre, und so sehen wir ja fortwährend, daß sich Arbeiterräte und der freiwillige Hilfsdienst, an dem ja auch bürgerliche Elemente teilnehmen, den Behörden zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Preistreibererei im Lebensmittelhandel zur Verfügung stellen. *(Ruf: Dagegen ist ja nichts zu sagen, aber eine doppelte Regierung darf es nicht geben!)* Bitte, die Sache ist ungeheuer schwer, aber man muß andererseits begreifen, daß die Bevölkerung über diese Vorfälle erbost ist und daß sie in jeder möglichen Weise versucht, den Preistreibern und den Schleichhändlern bei ihrem schändlichen Gewerbe Abbruch zu tun. Es ist also damit durchaus nicht

gemeint, daß in ungesetzlicher Weise vorgegangen wird; ich selbst habe es bereits notwendig gehabt, amtliche Organe aufmerksam zu machen, daß ungesetzlich vorgegangen wird, denn, meine Herren — und da möchte ich an die Herren, die bäuerliche Interessen vertreten, die Bitte richten, in den ihnen nahestehenden Kreisen Abhilfe zu treffen — so geht es nicht, daß man den Städten irgendwo in einem Orte erlaubt einzukaufen und am Ende des Ortes ein Gendarm oder eine örtliche Gewalt, die auch nicht legitimiert ist, steht und den Städten die Lebensmittel, die sie eingekauft haben, wieder abnimmt. *(Sehr richtig!)* Ich mußte natürlich der Gendarmerie den Auftrag geben, in solcher Weise absolut nicht mitzuwirken. Man soll jene Schleichhändler verfolgen, die Lebensmittel in übermäßigen Mengen aufkaufen, jene, die vielleicht an Bahnhöfen von einzelnen Hamsterern die Lebensmittelmengen aufkaufen, um zu größeren Vorräten zu kommen, aber es geht nicht an, daß man die Sache so macht, daß man die städtische Bevölkerung ins Dorf hineinflößt, zwei, drei Liter Milch und ein Stückchen Butter kaufen läßt, und am Ende des Dorfes stehen — Herr Kollege Wedra, das ist in Niederösterreich sehr oft der Fall — gesehlich nicht legitimierte Personen, die den Wirkungskreis haben, diese Lebensmittel abzunehmen. . . . *(Ruf: Volkswehr!)* einfach Volkswehr oder von den Ortsgewaltigen bestimmte Organe, die die Lebensmittel wegnehmen, in ein Wirtshaus gehen und sie untereinander verteilen. Auf diese Weise wird die städtische Bevölkerung geprellt.

Lassen Sie in der Gemeinde plakatieren, es darf niemand Lebensmittel einkaufen, sonst werden sie ihm weggenommen, lassen sie plakatieren, es darf niemand Lebensmittel verkaufen, sonst wird er bestraft werden, aber lassen sie nicht die Bevölkerung in den Ort kommen, ihr Geld oder ihre Wertsachen im Tauschwege anbringen und ihr dann diese teuer erworbenen Lebensmittel wegnehmen. Wenn also, Herr Abgeordneter Wedra, von ungesetzlichen Mitteln in der Bekämpfung des Schleichhandels die Rede ist, so gibt es auch ungesetzliche Mittel, welche gewisse Kreise der bäuerlichen Bevölkerung anwenden, um wieder die arme städtische Bevölkerung zu übervorteilen.

Ich bitte Sie noch, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich zugeben muß, daß der Bericht, der heute im „Neuen Tag“ erschienen ist, authentisch ist. Es ist ein Bericht der Polizeidirektion, der subjektiv richtig sein mag — inwieweit er objektiv richtig ist, kann in den Einzelheiten erst durch die nähere Untersuchung festgestellt werden. Es sind uns viele Details bekannt. Dieser Bericht ist natürlich durch irgendeine Indiskretion — an welcher Stelle, ist noch nicht festgestellt — zur Kenntnis des „Neuen Tag“ gelangt und publiziert worden.

Was die polizeiliche Aktion anbelangt, so möchte ich bemerken, daß jene Person, bei welcher die Kanalskizze gefunden wurde, verhaftet ist und daß auch der angebliche Detektivchef der ungarischen Gesandtschaft, Battik, verhaftet ist, von dem angeblich behauptet wird, daß er der Bettelheim sein soll. Das ist noch nicht festgestellt. So weit mein Ressort in Frage kommt, kann ich bestätigen, daß dieser Bericht erstattet wurde, über seine Einzelheiten aber kann ich mich noch nicht äußern, weil diese noch Gegenstand näherer Untersuchung sein werden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat):* Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Forstner gemeldet.

Abgeordneter **Forstner:** Ich beantrage den Schluß der Debatte.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Forstner beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause.)* Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte gemeldet sind, und zwar kontra: die Abgeordneten Dr. Waber und Dr. Witte; pro: die Abgeordneten Stricker, Dr. Adler, Leuthner, Dr. Eisler, Forstner, Richter, Skaret, Bauer Moos.

Ich bitte die Kontra- und Proredner, sich auf Generalredner zu einigen. *(Nach einer Pause.)* Zum Generalredner kontra wurde gewählt der Herr Abgeordnete Dr. Waber, zum Generalredner pro der Herr Abgeordnete Dr. Adler.

Da der letzte Redner ein Proredner war, kommt der Kontraredner Herr Abgeordneter Dr. Waber zum Wort.

Abgeordneter Dr. **Waber:** Hohes Haus! Ich muß zunächst meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß unmittelbar nach der Rede des Staatssekretärs für Inneres Schluß der Debatte beantragt wird. Gerade nach der Rede des Staatssekretärs sollte die Debatte noch weiter fortlaufen und nicht unmittelbar abgeschnitten werden. Die Rede des Staatssekretärs gibt ja Anlaß zu mannigfachen Bemerkungen.

Vor allem anderen muß ich ihm darin in jeder Richtung zustimmen, daß eine Unterbindung einer Ideenpropaganda durchaus nachteilig ist. Sie wird auch von niemandem in diesem Hause und insbesondere von keinem Mitglied der Großdeutschen Vereinigung gewünscht. Auch die kommunistische Ideenpropaganda ist selbstverständlich völlig frei. Wir wollen sie nicht unterbunden sehen. Ich stimme

dem Herrn Staatssekretär auch in der Richtung zu, daß die Austragung der Meinungsunterschiede innerhalb der Arbeiterräte und innerhalb der sozialdemokratischen Partei durchaus zweckmäßig ist, daß eine solche Austragung von Ideengegegnungen viel besser wirkt als die Anwendung von vorbeugender Gewalt. Wenn ich ihm aber in dieser Richtung folge, so muß ich doch andererseits erklären, was wir auch in unserer Anfrage gesagt haben, daß es sich hier nicht um die Ideenpropaganda handelt, nicht um die Versammlungsfreiheit, nicht um die freie Meinungsäußerung, die wir nach jeder Richtung geschützt sehen wollen, sondern, was auch der Herr Staatssekretär erwähnt hat, um die Anwendung brutaler Gewalt, um die Aufreizung zu Aufmärschen, zu Gewalttätigkeiten und um die Verhütung von Folgen, wie sie tatsächlich zu verzeichnen sind, um die Vernichtung von Menschenleben. Schon am Gründonnerstag sind bei dem Sturm auf das Parlament sieben Wachleute zum Opfer gefallen und jetzt, am 15. Juni, hatten wir 18 Todesopfer zu beklagen. Das geht über den Rahmen des Erlaubten und Zulässigen weit hinaus, um so mehr, als auf beiden Seiten Arbeiter fallen. Wir wollen solche traurige Vorkommnisse, wir wollen Todesopfer unbedingt durch das Eingreifen der Staatsgewalt verhütet sehen.

Wir sind der Meinung, daß es nur der Anwendung geringer Energie seitens der Staatsverwaltung bedurft hätte, um diese Todesopfer zu verhindern. Die Staatsverwaltung hätte gar nichts anderes tun müssen, als daß sie am 15. Juni, gewißigt durch die Vorkommnisse vom Gründonnerstag, die Versammlung in der inneren Stadt verboten hätte. Das ist kein Eingreifen gegen die freie Meinungsäußerung. Wenn die Herren Kommunisten an diesem Tage hätten Versammlungen abhalten wollen, so hätten sie sie in den anderen 20 Bezirken Wiens abhalten können, sie haben die Versammlung nicht gerade in der inneren Stadt abhalten müssen, wo sie den Ansturm gegen Staatsgebäude versuchen konnten und wollten.

Wir haben es der Untersuchung der Arbeiterräte zu verdanken, daß festgestellt ist, daß die Staatsbehörde der Ansicht war, daß dieses Versammlungsverbot erfolgen soll. Dem Eingreifen des Arbeiterrates war es erst zuzuschreiben, daß dieses Versammlungsverbot nicht durchgeführt worden ist. Und das ist der Anlaß, aus dem wir auch dem Arbeiterrat und seinem Führer Dr. Adler einen großen Vorwurf machen: Dieses Eingreifen in die vorbeugenden Maßnahmen der Staatsverwaltung, die in keiner Richtung die freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit effektiv behindert hätte. Sie hätte nur indirekt einen anderen Ort für die Versammlung bestimmt, die Versammlung hätte nicht in der inneren Stadt stattgefunden. Damit

wäre das traurige Schauspiel eines solchen Straßenkampfes, eines 18 Menschenleben fordernden Straßenkampfes einfach unterblieben. Wir müssen also in dieser Richtung ganz klar und deutlich aussprechen und es soll auch in der Öffentlichkeit kein Zweifel darüber bestehen: Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung auch für die Kommunisten. Wir halten es für durchaus zweckmäßig, wenn auch solche Ideen in der Öffentlichkeit besprochen werden. Wir haben Ausschreitungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf der einen Seite, wir haben Ausschreitungen der sozialen Wirtschaftsauffassung auf der anderen Seite. Wenn über das eine gesprochen wird, kann auch in anderer Richtung hin sich der Gedankengang entwickeln. Wir müssen aber feststellen, daß unter den Kommunisten zwei oder drei Gruppen bestehen; die einen, das sind wirkliche Ideologen, Leute, welche sich vorstellen, auf ihre Weise die Welt zu verbessern, das sind Schwärmer. Es gibt aber auch eine andere Gruppe und diese setzt sich zusammen aus Schwindlern und Verbrechern und diesen Schwindlern und Verbrechern, die es ja nicht so sehr auf die öffentliche Meinungsäußerung und die Verbreitung der Ideen als auf Gewalttaten abgesehen haben, muß durch ein energisches Einschreiten der Staatsregierung entgegen getreten werden. Solchen Leuten steht nicht die Ringstraße zur Verfügung. Wir wissen sehr wohl, wie schwach die kommunistische Partei ist und wenn draußen die Welt wüßte, wie schwach sie ist, würde sie auch die Verhältnisse in Wien nicht so einschätzen, wie wir dies aus der Anfrage eines englischen Offiziers an den Herrn Staatssekretär gesehen haben. Draußen in der Welt, in Paris, stellt man sich diese bolschewistische Propaganda in Wien weit stärker vor, als sie tatsächlich ist. Wir können gewiß darauf hinweisen — und die sozialdemokratische Partei tut es sehr oft —, daß wir hier in Österreich weitaus besser abgeschnitten haben, als in Deutschland. Ja, meine Herren, wir haben große Fehler. Wir in Deutschösterreich haben aber auch Vorzüge. Ein Fehler ist, daß die Intelligenz und die Energie und die Tatkraft bei uns nicht auf der Höhe stehen, wie in Deutschland. Aber der Vorzug, den wir haben, ist wieder eine sehr weitgehende Gutmütigkeit, die Erduldung schlechter und trauriger Verhältnisse und diese Erduldung lebt sich aus in der Weise, daß wir eben die traurigen Zeiten geduldiger ertragen als es in Deutschland der Fall ist. Es wird bei uns viel weniger revoltiert, als es in Deutschland der Fall ist, wir versumpfen eher, das ist der Nachteil, der sich bei uns ergibt.

Draußen ist eine Krise, bei uns aber ist die Gefahr, daß sich ein schleichendes Fieber zeigt, eine Unlust zur Arbeit und daß wir in der Unlust zur Arbeit viel länger verharren als es in Deutschland der Fall sein wird, wo sich die Arbeitsfreunde

viel rascher wieder einstellen wird, und in dieser Richtung müssen wir aufklärend wirken. Wir können Ideen freigeben, müssen aber Gewalttaten von 3000 Leuten in Wien unter allen Umständen verhindern. Wenn die Kommunisten Ideale haben, dann sollen sie sich zuerst eine Anhängerenschaft in Wien von 100.000 oder 200.000 Leuten schaffen und dann sollen sie um die Durchführung ihrer Ideale im Staate kämpfen. So aber wissen wir, daß die kommunistische Idee in dem gesunden Geiste der Bevölkerung überhaupt keinen Anklang findet, daß diese Idee für uns keine Gefahr bedeutet, daß man in Wien und in ganz Österreich weiß, daß der Kommunismus nur das Leichentuch wäre, welches sich über unseren ganzen Staat erstrecken und unsere Wirtschaftsordnung vernichten, nicht aber im sozialen Geiste wiederaufbauen würde. Die Freude, sich wieder emporzuarbeiten, wird auch bei uns wieder kommen und ich wünsche es vom Herzen, daß es recht bald der Fall sein möge. Von der Regierung aber müssen wir verlangen, daß sie gegen die gewalttätigen Elemente eingreift.

Ich habe mit einiger Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Staatsregierung die gerichtliche Untersuchung gegen das Direktorium der Kommunisten veranlaßt hat. Nicht nur gegen das Direktorium muß die Untersuchung geführt werden, auch über das Direktorium hinaus gegen alle diejenigen, welche diese Morde am 15. Juni und schon früher am Gründonnerstag verschuldet haben. (*Beifall und Händeklatschen.*) Das muß geschehen. Es muß den Gesezten Achtung verschafft werden.

Ich glaube, daß wir damit unsere Meinung in dieser Frage ganz klar ausgesprochen haben. Wir können nicht dulden, daß Leute mit den Namen Bettelheim versuchen, wirklich ein Bettelheim aus unserer ganzen Wienerstadt und aus der ganzen Monarchie zu machen, in der Weise, daß sie sich zuerst bereichern und dann, wenn sie sich bereichert haben, ins Ausland fliehen und davonlaufen und draußen dann die Kapitalisten spielen.

Die Zeiten sind sehr ernst und wenn der Herr Staatssekretär gemeint hat, daß unser Kredit im Auslande dadurch nicht gelitten hat, so unterschätzt er die Verhältnisse. Er unterschätzt es, daß man im Auslande sich andere Gedanken über die tatsächlichen Verhältnisse bei uns macht, daß man sie nicht so auffaßt, wie sie tatsächlich sind und unsere Widerstandskraft viel geringer einschätzt. Der Herr Staatssekretär sieht aus den Anfragen ausländischer Funktionäre, daß wir zeigen müssen, daß hier eine starke Regierung einsetzt, welche von Haus aus solche Vorkommnisse unmöglich macht. Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit der Überzeugung Ausdruck geben, daß es verfehlt ist, zu glauben, daß die Entente den Bolschewismus hier in Wien oder in Deutschland als eine

Gefahr für sich ansieht. Ich habe die Überzeugung, daß die Entente daran interessiert ist, daß es sowohl in Deutschland wie bei uns drunter und drüber geht, daß es ihr ganz recht ist, wenn bei uns kommunistische Bestrebungen vorhanden sind, wenn wir uns untereinander zerfleischen. Ich hoffe aber, daß der gesunde Geist der Bevölkerung sich dessen bewußt sein und an den Wiederaufbau schreiten wird.

Wenn eine Verhaftung am Samstag erfolgt ist, dann war es verfehlt, am Sonntag alle diese Verhafteten wieder freizulassen. Entweder war es nicht notwendig, am Samstag Verhaftungen vorzunehmen oder es hätte eine viel energischeren Untersuchung durchgeführt werden müssen. Es ist uns sehr wohl bekannt, daß auch hinsichtlich dieser Verhaftungen der Arbeiterrat unmittelbar eingegriffen hat und das soll nicht geschehen.

Ich will auch in dieser Richtung meiner Überzeugung Ausdruck geben. Ich schätze die parteinmäßige sozialdemokratische Institution der Arbeiterräte, ich gebe ohne weiteres zu, daß die Debatte, die dieser Tage hier in diesem Hause geführt wurde, auf einer Höhe gestanden ist, die alle Anerkennung verdient. Aber wie die Verhältnisse sind, ist der Arbeiterrat eben doch nur eine parteinmäßige Institution, die getrennt werden muß von der Regierungsinstitution. Die Regierung muß über dem Arbeiterrat stehen und bei Verhütung solcher Vorkommnisse darf sie sich nicht auf den Parteistandpunkt stellen, darf der Staatssekretär nicht mit dem Obmann der Arbeiterräte in Verhandlungen treten, sondern muß selbständig auf Grund des Sachverhaltes die Entscheidung treffen. Ich bitte, Herr Staatssekretär, es ist nun einmal eine Tatsache. Wir sehen es aus den Berichten des Arbeiterrates. Die maßgebenden Funktionen hatten bereits die Verfügung getroffen, daß die Verhaftung der Rädelsführer erfolgen und die Versammlung am Sonntag verboten werden soll. Aus den Berichten des Arbeiterrates geht hervor, daß auf Grund des Protestes des Arbeiterrates das Versammlungsverbot aufgehoben worden ist. (*Staatssekretär des Innern Eldersch: Das ist unrichtig, ich habe mich noch nicht entschieden gehabt!*) Jedenfalls war die ganze behördliche Aktion nach dieser Richtung hin eingeleitet. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung haben die Verhaftungen ohne Verbot der Versammlung gar keinen Sinn und Zweck gehabt. Entweder eine vollständige Vorbeugungsmaßnahme, die Versammlung verbieten und verhaften oder beides freigeben. So wird es den Kommunisten leicht, zu erklären, daß die Aufregung unter den Massen durch die Verhaftung und nicht auf Grund des vorbereiteten Putsches sich ergeben hat.

Eine Nebenregierung darf sich im Staate nicht breit machen, das ist durchaus ungefund und

ich sage ganz offen, daß es uns lieber ist, wenn Herr Dr. Adler, der eine starke Stellung in seiner Partei hat, die verantwortliche Funktion als Staatssekretär und die Verantwortung für alle Staatsgeschäfte übernimmt, als wenn er im Hintergrunde als Obmann des Kreisarbeiterrates steht und die Staatsfunktionäre wie Puppen und Marionetten schiebt, handeln läßt oder hemmt.

Wir wünschen, daß immer der Mann des Volksvertrauens auch die leitende Stellung im Staate hat, dadurch können wir auch all diesen revolutionären Bestrebungen besser entgegen treten, als wenn wir Nebenregierungen walten und schalten lassen. Das muß offen und ehrlich von unserer Seite ausgesprochen werden.

Es wird weiter gesagt, es gibt auch Mißstände und Übelstände in unserer Verwaltung, unsere Beamten sind vielfach nicht vollständig zuverlässig, irgendeine Ortsgewalt etabliert sich, irgendein Gendarm greift ein. Ich gebe ohneweiters zu, daß infolge der Verhältnisse unsere Staatsverwaltung nicht immer auf der Höhe steht, daß sie zum mindesten einer verständnisvollen Unterstützung durch die Bevölkerung und durch unsere Gemeindevertretungen bedarf. Nun, meine Herren, die Entwicklung ergibt ja, daß in vielen Gemeindevertretungen ohnehin nunmehr Sozialdemokraten die leitenden Stellen haben. Es ergibt sich aber auch noch eine andere Möglichkeit, statt daß, wie hier Zwischenrufe gelautet haben, mit Gewalt eingegriffen wird, wenn die Verhältnisse der Empfindung der Bevölkerung nicht entsprechen. Das müssen wir natürlich ablehnen und ernstlich wider raten, denn es kann in jeder Richtung auf legalem Wege vorgesorgt werden.

Der legale Weg ist möglich. Man kann ja geeignete Arbeiterräte mit Staatsfunktionen betrauen, ihnen eine Oberaufsicht und Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln anvertrauen und sie mit staatlicher Autorität ausstatten. Wenn Sie das von der Regierung aus durch eine entsprechende Organisation bewirken, dann vermeiden Sie Reibungen, vermeiden Sie Übergriffe, durch welche das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung erschüttert wird und Sie kommen auf diese Weise auch zum Ziele.

Es gibt also für alles, für alle Bedürfnisse der Bevölkerung, für alle Bedürfnisse des Staates einen legalen Weg, ebenso wie es der richtige Vorgang im Parlament ist, daß eine Minorität in dem Momente, wo sie so stark geworden ist, daß sie die ausschlaggebende Macht im Staate hat und bei den Wahlen als Majorität erscheint oder wenigstens eine gewaltige Stimmenanzahl auf sich vereinigt, die volle Verantwortung für die ganze Verwaltung übernimmt. Wenn dann die Bevölkerung sieht, daß diese Männer in der Ausübung ihrer Funktionen

zu schwach gewesen sind, kommt ja auch wiederum das Gericht der Wahlen, kommt auch wieder der Moment, in dem sich eine andere Zusammensetzung ergibt. Es läßt sich also auf durchaus legalem Wege im demokratischen Staate alles durchsetzen, und wir sind in einem demokratischen Staate und auf dem Boden der Demokratie können und müssen wir unsere Grundsätze zur Verwirklichung bringen. Es geht aber nicht an, daß wir auf künstliche Weise, auf Parteiorganisationen das Hauptgewicht legen und daß wir die Rechte dieses Hauses hintansetzen. Eine solche Verschiebung sehe ich jetzt schon in der Teilnahme der Staatssekretäre am Arbeiterrat, nicht in der Teilnahme an sich, sondern darin, daß die Staatsfunktionäre die weit bedeutenderen Reden und Auskünfte in dem Reichsarbeiterrat geben und hier im Hause überhaupt nicht sprechen, hier überhaupt nicht berichten, darin, daß die Verhandlungen in den Ausschüssen durch spätes Ansagen der Sitzungen unterbunden werden, daß die Autorität dieses Hauses vernichtet wird, daß der Arbeitseifer hier erstickt wird, daß die Minorität gar nicht mehr zur Geltung kommt, nicht einmal mit beratender Stimme, indem so wichtige Gesetze, wie sie uns heute beschäftigen, in den Ausschüssen durchgepeitscht werden und der Staatssekretär für Finanzen über das Budget zufolge Beschlusses des Budgetausschusses überhaupt keinen Bericht erstattet. Dieser Vorgang ist doch unerhört, meine Herren. Es wird ein Budgetprovisorium, in dem ein Kredit von zwei Milliarden angesprochen wird, dem Budgetausschuß vorgelegt; die Opposition spricht den Wunsch aus, der Staatssekretär möge Bericht erstatten, dieser erklärt, der Bericht werde 45 Minuten dauern und der Budgetausschuß lehnt es daraufhin ab, diesen Bericht erstatten zu lassen, um nur Zeit zu gewinnen. Das geht nicht, das ist eine Bagatellisierung des Ausschusses, eine Bagatellisierung dieses Hauses und des Budgetrechtes des Parlaments und eine solche Bagatellisierung muß auch den Staatskredit auf das allerschwerste gefährden. Wie soll das Ausland zu uns Vertrauen gewinnen, wenn wir in dieser Weise hier unser Budgetrecht wahren oder eigentlich gar nicht wahren? Wie soll das Ausland zu uns Vertrauen gewinnen, wenn in einer so wichtigen Debatte die maßgebende Regierungspartei den Beschluß faßt, in die Debatte überhaupt nicht einzugreifen? Ja, meine Herren, so geht es nicht. Sie dürfen nicht übersehen, daß eine ernste Erörterung und Behandlung des Budgets im Parlamente eine sehr wesentliche Voraussetzung des Staatskredits ist. Das Ausland hat nur Vertrauen zu einem Staate, in dem das Budgetrecht gewahrt wird, in dem in jeder Beziehung für Ordnung gesorgt wird. Sie erwecken im Auslande durch die saloppe Behandlung solcher Regierungsvorlagen, wie sie heute hier erledigt werden, den Eindruck

ärgster Mißwirtschaft. Die Verhandlungen über Vorlagen, die über die Verpfändung unseres ganzen Staatsforstbesitzes, unserer Goldmünzen und der im Privatbesitz befindlichen Wertpapiere wird im Budgetausschuß einfach auf die Zeit zwischen 9 und $\frac{1}{2}$ 12 Uhr beschränkt, die Regierungsvertreter sprechen bis $\frac{3}{4}$ 11 Uhr und für die ganze Debatte bleiben knapp drei Viertel Stunden. Das muß den schlechtesten Eindruck machen. Ein Staat, in dem so gewirtschaftet wird, in dem so die Parlamentsrechte unterbunden werden, muß im Auslande jeden Kredit verlieren. Sie, meine Herren von der Regierungsseite — das geht die beiden Seiten an — nehmen diese wichtigen Fragen nicht ernst und wir als die Opposition hier im Hause haben die Folgen dieser Handlungsweise einmal ganz klar auszusprechen. Wiederholt, zuletzt von meinem Freunde Rittinger, ist gegen diese Art der Geschäftsbehandlung wichtiger Vorlagen Einsprache erhoben worden. Sie wollen nicht hören. Nehmen Sie es zur Kenntnis, daß wir entschlossen sind, uns in Zukunft mit aller Energie gegen diese Bagatellisierung des Hauses zu wehren, daß wir uns diese falsche Geschäftseinteilung, dieses Abmessen der Zeit auf Stunden und Minuten nicht mehr gefallen lassen, nicht, weil es uns Freude macht, sondern weil es eine Pflicht ist, alles zu tun, damit der Staatskredit aufrechterhalten werde, daß das Ansehen nicht nur dieses Hauses, sondern auch dieses Staates nach jeder Richtung hin gewahrt werde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Ich glaube, daß ich Ihnen damit unsere Meinung gesagt habe. Ich kann mich im übrigen dann auch dem anschließen, was der Herr Abgeordnete Dr. Adler gesagt hat: Wir werden darüber weitersprechen. Unsere Pflicht haben wir in dieser Beziehung mit unserer Mahnung erfüllt. Aber eines muß ich dazu noch sagen: Die ordnungsgemäße Besprechung der Finanzlage des Staates ist nicht nur von außenpolitischem Interesse, nicht nur vom Standpunkte der Hebung des Staatskredits im Auslande und im Inlande, sie ist auch von innerpolitischem Interesse. Unsere Länder sind über das finanzielle Verhältnis der einzelnen Länder zueinander nicht genügend unterrichtet. Die einzelnen Länder glauben immer, daß sie gegenüber Niederösterreich, gegenüber Wien außerordentlich benachteiligt sind. Das ist nicht der Fall. Wien ist noch heute ein Steuerträger aller vornehmster Klasse in diesem Staate und von größter Bedeutung. Noch immer ist Wien so stark, daß auch die Länder von der wirtschaftlichen Bedeutung Wiens ihre Vorteile haben. Wir haben mit unserer Anfrage im Budgetausschuß wenigstens das erreicht, daß sich der Herr Staatssekretär für Finanzen mit einigen wenigen Worten darüber ausgesprochen hat. Viel notwendiger als die Länderkonferenz ist die Auf-

klärung der Vertreter der einzelnen Länder über diese wichtigen Fragen. Die einzelnen Länder müssen sich dessen bewußt sein, wie das innere Verhältnis ist, welche innere Konstruktion sich ergibt hinsichtlich der Tragung der ganzen Steuerlast. In dieser Frage ist eine entsprechende finanzpolitische Aufklärung unbedingt notwendig. Ich bitte Sie insofern, diese Frage nicht zu unterschätzen, ich bitte Sie, die wichtigen Budgetfragen in Zukunft nicht mehr in dieser saloppen Weise zu behandeln, wie es bisher geschehen ist, sondern dem Ausschusse und dem Hause entsprechend Zeit zu geben, ich bitte Sie, zu vermeiden, daß so wichtige Vorlagen, wie es die Verpfändung des Staatsforstbesitzes ist, ohne einen schriftlichen Bericht an das Haus im Wege der Dringlichkeit erledigt werden.

Bei entsprechender Zeiteinteilung muß uns die Zeit gegeben werden, über alle diese Fragen in eingehender und sachlicher Weise zu sprechen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Der Herr Generalredner kontra hat auch einige Bemerkungen über die Geschäftseinteilung und die Geschäftsführung des Hauses gemacht. Um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, wie dabei vorgegangen wird, gestatte ich mir zu bemerken, daß der Präsident des Hauses bei der Geschäftseinteilung stets im Einvernehmen mit dem Hauptausschuße handelt *(Sehr richtig!)*, in dem alle Parteien vertreten sind, und daß daher die Vertreter aller Richtungen Gelegenheit haben, ihre Bedenken gegen die Geschäftsführung an der geeigneten Stelle, im Hauptausschuße, vorzubringen. Ich habe niemals einem gerechtfertigten Wunsche, der in dieser Hinsicht ausgesprochen wurde, die Erfüllung versagt. *(Abgeordneter Dr. Waber: Dieser Wunsch ist ausgesprochen worden!)*

Zum Worte gelangt der Generalredner pro, Herr Abgeordneter Dr. Adler.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich verzichte auf das Wort.

Präsident: Herr Dr. Adler verzichtet auf das Wort. Ich erteile somit dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Mayr:** Hohes Haus! Ich kann es mir ersparen, auf die verschiedenen Ausführungen in der langwierigen Debatte näher einzugehen, weil sie größtenteils das Budgetprovisorium selbst nicht betroffen haben. Nur auf ein paar Bemerkungen möchte ich etwas reagieren. Es ist, wie ich glaube, von Regierungsseite auch geäußert worden, daß die Poststrennungsbestrebungen gewisser Staatsgebiete auch in die Kategorie des

Hochverrates gerechnet werden könnten, und es ist von einer anderen Seite gesagt worden, daß die bürgerlichen Parteien in den Ländern auch beteiligt seien. Dagegen möchte ich doch Verwahrung einlegen, und zwar nur mit dem Hinweis darauf, daß die Bestrebungen der einzelnen Länder auf Selbstständigkeit oder auf einem entsprechenden verfassungsmäßigen Ausgleich zwischen der Zentralregierung und der Länderregierung meines Wissens durchaus auf gesetzlichem Wege, auf gesetzlicher Basis sich vollziehen und in keiner Weise irgendwie an Gewaltanwendung gedacht wird. Ferner liegt ja außerdem die Tatsache vor, daß die Länder das Recht der freien Selbstbestimmung in Anspruch nehmen können kraft der Vorgänge, die zu unserer gegenwärtigen politischen Lage geführt haben. (*Abgeordneter Dr. Adler: Lesen Sie § 58 des Strafgesetzes!*) Ebenso sicher ist aber, daß wir das volle freie Selbstbestimmungsrecht durch den Zusammenbruch der früheren Monarchie, des früheren Staates erlangt haben. (*Abgeordneter Dr. Adler: Aber das Strafgesetz existiert noch!*) Auch darüber ist ja schon eine ziemliche Literatur entstanden. Mindestens aber — und das betone ich — wird irgendwelche Absonderungspolitik nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern immer nur in gesetzlicher Bahnen gepflogen, wenigstens meines Wissens.

Ich möchte ferner auf eine Äußerung des Herrn Dr. Waber hinweisen, welcher dem Ausschusse den Vorwurf gemacht hat, daß er es abgelehnt hätte, den Herrn Staatssekretär für Finanzen anzuhören und einen Beschluß in der Beziehung gefaßt hätte.

Richtig ist es, daß der Ausschuß beschlossen hat, die weiteren Aufklärungen des Herrn Vertreters des Finanzamtes nicht unmittelbar anzuhören, sondern sie für wenige Tage zu verschieben, wo nach den Erklärungen des Vertreters des Finanzamtes ohnedies das ordentliche Budget vorgelegt werden kann.

Ich möchte dabei auch noch darauf hinweisen, daß meines Wissens auch in den meisten anderen Staaten, wenn es sich um ein Budgetprovisorium handelt, dasselbe wirklich nicht sehr eingehend behandelt, sondern sehr kurz abgetan wird, sogar in fünf Minuten. Ich kann da auch auf die Gepflogenheit in der früheren Monarchie hinweisen. Wir werden ja Gelegenheit haben, müssen Gelegenheit haben und werden sie mit Begierde ergreifen, ernstlich das Budget in Angriff zu nehmen, sobald uns einmal eine Grundlage, ein wirkliches Budget vorliegt. Ich kann also den Vorwurf, daß es sich um eine Bagatellisierung der ganzen Finanzvorlage, des Budgetprovisoriums handelt, mir zurückweisen.

Zur Sache selbst habe ich mich nur zu dem Antrage, der von Herrn Abgeordneten Kraft gestellt wurde, auf Bewilligung eines bloß vier-

monatigen Budgetprovisoriums zu äußern. Es verschlägt wirklich nicht sehr viel, ob wir diese zwei Monate, dieses eine Drittel, um das es sich handelt, jetzt noch dazu nehmen oder weglassen. Im Gegenteil, es ist besser, bei einer alten Gepflogenheit zu bleiben und lieber die Hälfte des Budgets zu verhandeln. Die unsicheren Grundlagen, die uns heute zwingen, nur ein Provisorium zu beschließen, werden nicht so schnell verschwinden, die werden gewiß auch noch Ende Oktober oder im November fort dauern, so daß wir wahrscheinlich dazu kommen müßten, ein neues Provisorium zu beschließen.

Im übrigen werden wir in der allernächsten Zeit, wenn uns das Budget vorgelegt werden wird, reichlich Gelegenheit haben — ich hoffe und wünsche es, daß wir diese Gelegenheit auch ausnutzen —, uns mit der ganzen Finanzlage unseres Staates gründlich zu befassen. Das wird so lange dauern, daß das halbe Jahr reichlich dazu gebraucht werden wird. Ich habe sonst keine Bemerkungen zu machen.

Präsident: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung. Bei § 1 hat der Herr Abgeordnete Kraft den Antrag gestellt, es sei statt der Worte „31. Dezember“ einzusetzen „31. Oktober“, das heißt also eine Einschränkung auf vier Monate. Ich werde diesen Antrag Kraft zuerst zur Abstimmung bringen und werde so abstimmen lassen, daß ich zuerst unter vorläufiger Hinweglassung der Worte „31. Dezember“ über den § 1, Absatz 1, abstimmen lasse.

Ich bitte daher jene Mitglieder, welche dem § 1, Absatz 1, unter vorläufiger Hinweglassung der Worte „31. Dezember“ zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte nunmehr jene Mitglieder, welche statt der Worte „31. Dezember“ gemäß dem Antrage Kraft die Worte „31. Oktober“ eingesetzt wissen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das ist die Minderheit, ist abgelehnt.

Ich bitte jene Mitglieder, welche für die Worte „31. Dezember“ sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Die übrigen Anträge des Herrn Abgeordneten Kraft sind nur Konsequenzen dieses ersten, und es erübrigt sich daher eine besondere Abstimmung. Es sind also der Absatz 2 des § 1 und die §§ 2, 3, 4 und 5 unbeanstandet geblieben.

Ich bitte jene Mitglieder, welche diesen Bestimmungen des Gesetzes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Mayr**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen. Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Mitglieder, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen. Damit ist das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 (*gleichlautend mit 303 der Beilagen*) endgültig beschlossen.

Wir kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzexport und Verpfändung von Forstbesitz (*293 der Beilagen*).

Ein gedruckter Bericht liegt nicht vor. Doch kann ein mündlicher Bericht des Ausschusses erstattet werden.

Ich schlage daher im Grunde des § 37 der Geschäftsordnung vor, von der Drucklegung des Ausschussberichtes sowie von der 24stündigen Frist zur Auflegung des gedruckten Berichtes abzusehen, und ersuche diejenigen Mitglieder, die meinem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zum Beschlusse erhoben.

Ich ersuche den Berichterstatter, Abgeordneten Dr. **Eisler**, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Eisler**: Hohes Haus! Das vorliegende Gesetz ist durch die Notwendigkeit veranlaßt, jene Lebensmittel und Rohstoffbezüge, deren der deutschösterreichische Staat bedarf, um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und die ihm von den Ententestaaten zur Verfügung gestellt wurden und noch zur Verfügung gestellt werden sollen, zu bezahlen. Es ist allgemein bekannt, daß infolge des Daniederliegens unserer Produktion uns zur Bezahlung der Importe aus den Ententestaaten eigentlich nur ein wirklich wertvolles Zahlungsmittel zur Verfügung steht, nämlich das Holz. Es geht schon aus dem Motivenberichte hervor — und dieser ist durch die Mitteilungen der Herren Vertreter der Staatsregierung im Ausschusse in sehr wertvoller

Weise ergänzt worden —, daß die Sorge für die Bezahlung der von der Entente gelieferten Lebensmittel — Rohstoffe haben wir leider noch nicht erhalten — von Anfang an, von dem Augenblicke an, in welchem die Möglichkeit bestand, solche Lebensmittel zu erhalten, also seit dem Beginne des heurigen Jahres, nicht nur unsere Regierung beschäftigt, sondern begreiflicherweise auch die Gläubigerstaaten im hohen Maße interessiert hat, daß diese Frage den Gegenstand ununterbrochener Verhandlungen gebildet hat, deren einzelne Phasen schon in gesetzgeberischen Akten dieser hohen Nationalversammlung zum Ausdruck gekommen sind.

Das vorliegende Gesetz ist nur, ich möchte sagen, ein Zwischenakt; es ist eine provisorische Maßregel, veranlaßt durch den augenblicklichen Stand der Verhandlungen zwischen unserer Friedensdelegation in Saint-Germain und den Ententestaaten über die vorläufige Sicherung der Lebensmittelbezüge. Soweit wir informiert sind, ist ein endgültiges Finanzabkommen, eine Vereinbarung darüber, in welcher Weise die gelieferten und noch zu liefernden Lebensmittel endgültig bezahlt werden sollen, nicht getroffen worden. Das, was wir heute beschließen sollen, ist lediglich eine augenblickliche Sicherstellung, und zwar für einen Kredit, der die Lebensmittelversorgung zunächst bis zum 15. August sicherzustellen haben wird. Wir kennen weder die genaue Höhe dieses Kredits, noch kennen wir genau die Art und Menge der Lebensmittel, um die es sich handelt, am allerwenigsten wissen wir von den Rohstoffen, deren Aufbringung gleichfalls durch dieses Gesetz ermöglicht werden soll. Wir wissen nur, daß es zur Erhaltung unserer Versorgung notwendig ist, der Entente diese Sicherstellungen, die ihr in diesem Gesetze geboten werden, tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Das Gesetz selbst hat bei der Ausschussberatung wesentliche Abänderungen nicht erfahren. Vor allem bestand über die erste meritorische Bestimmung des Gesetzes, die dahin geht, daß die ausländischen Zahlungsmittel, die durch den Holzexport gewonnen werden, zur Gänze dem Staatsamt für Finanzen zur Verfügung zu stellen sind, keine Meinungsverschiedenheit, um so mehr, als das ja auch dem jetzt geltenden Rechtszustande entspricht. Es ist auch jetzt jedermann, der über ausländische Zahlungsmittel verfügt, verpflichtet, sie jener Institution zu überlassen, die der Staat zu diesem Zweck ins Leben gerufen hat, das ist augenblicklich die Devisenzentrale.

Die organisatorische Erfassung des Holzexportes zur einheitlichen Gewinnung von ausländischen Zahlungsmitteln ist auch nicht neu, denn sie erfolgt ja, seitdem die Notwendigkeit besteht, Importe mit den durch Holzexporte gewonnenen ausländischen Zahlungsmitteln zum Teile wenigstens

mit Vermittlung des Warenverkehrsbureaus zu bestreiten.

Es ist durch diese sehr wertvolle Einrichtung, deren Wirken ja vielfach nicht nur Anerkennung, sondern auch Nachahmung gefunden hat, indem die Nationalstaaten und auch andere Staaten sich nach dem Muster dieser deutschösterreichischen Einrichtung ähnliche gegeben haben, bereits eine Reihe von Wegen eingerichtet worden, auf denen der Holzexport dem Bestreben des Staates dienstbar gemacht wird, ausländische Zahlungsmittel zu erwerben, um sie zum Ankauf von Lebensmitteln im Auslande, beziehungsweise zur Bezahlung der von der Entente gelieferten Lebensmittel zu verwenden. Dieser Zustand soll aufrecht bleiben.

Es ist im Ausschusse der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß dabei auch ein Einvernehmen mit den Ländern erwünscht sei, und zwar sollte damit einer Reihe von Bestrebungen Rechnung getragen werden, die die Länder gewissermaßen darüber zu beruhigen hatten, daß das, was der Staat durch die Verwendung der ausländischen Zahlungsmittel erwirbt, den Ländern in entsprechender Weise zugeführt werde. Es ist auch ein solcher Antrag gestellt und vom Ausschusse mit kleiner Mehrheit angenommen worden, der dahin geht, daß im § 2 zwischen die Worte „mit ausländischen Zahlungsmitteln“ und „zur Verfügung“ die Worte eingeschaltet werden „im Einverständnis mit den zuständigen Landesregierungen“. Soweit ich höre, haben sich gegen diese Einschaltung aus sehr naheliegenden Gründen Bedenken geäußert; wir wissen, daß das Gesetz zum internationalen Gebrauche bestimmt ist und daß uns leider auch sonst auf die Formulierung und den Inhalt des Gesetzes eigentlich sehr wenig Einfluß zusteht, daß wir es so machen müssen, daß es in erster Linie dem Gläubiger, dessen Befriedigung es anstrebt, genügt. Wir können es also nicht ohne weiteres mit Klauseln umgeben, von denen wir befürchten müssen, daß sie Mißtrauen oder eine sonstige Reaktion beim Gläubiger erwecken und es ist infolgedessen aller Grund anzunehmen, daß auf der Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz vom Antragsteller selbst aus diesen Gründen nicht beharrt wird, wobei gewiß nicht zum Ausdruck kommt, daß damit jeder Weg abgeschnitten wird, um jenes Einvernehmen mit den Ländern, das in einem solchen Falle notwendig ist, herzustellen.

Damit wäre die erste Form der Sicherstellung, nämlich die Erfassung aller durch den Holzexport gewonnenen ausländischen Zahlungsmittel und die Verwendung zur Bezahlung der Lebensmittel- und Rohstoffimporte erledigt.

Nun behandelt das Gesetz eine zweite Sicherheit, die den Ententestaaten gegeben wird, und das ist die Verpfändung der staatlichen und jener in Privateigentum stehenden Forste, die ein Mindest-

ausmaß von 500 Hektar umfassen. Wir haben im Ausschusse aus den Mitteilungen der Herren Vertreter der Staatsregierung ein Bild über den Umfang und die Leistungsfähigkeit jener Forste, die in Betracht kommen, erhalten und jeder kann daraus seine Schlüsse ziehen. Ich selbst möchte der Meinung Ausdruck geben, daß man vielfach die Möglichkeiten, die in dem Holzexport liegen, überschätzt und unterschätzt; unterschätzt vielleicht in dem Sinne, wenn man sagt, daß wir gar nichts haben, um die Importe zu bezahlen, überschätzt aber, wenn man von Holz schlechthin spricht, ohne daran zu denken, daß der tatsächliche Export des Holzes eine ungeheure Menge von Arbeit notwendig macht, und zwar nicht nur von rein manueller Arbeit der Aufbringung und Beförderung, sondern auch einer Menge organisatorischer, kaufmännischer Arbeit. Diese Arbeit zu leisten ist eine der größten Aufgaben der nächsten Zeit und diese Arbeit kann nur im Einvernehmen zwischen allen Ländern geleistet werden. Die Herstellung dieses Einvernehmens ist nicht nur — ich glaube das ohne Widerspruch sagen zu können — ein Interesse des Staates, sondern ein Interesse aller Länder, die ja alle gleichmäßig daran interessiert sind, daß die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln, in weiterer Folge auch die Versorgung unserer Industrie mit den nötigen Rohstoffen nicht vollständig unterbunden werde.

Das Gesetz trifft natürlich noch nicht jene Einrichtungen, die der Erfassung, der tatsächlichen Inbewegung des zu exportierenden Holzes zu dienen haben. Das ist zum Teil bereits durch eine frühere Vollzugsanweisung, die im Gesetze zitiert ist, geschehen; das ist Aufgabe der Landesholzstellen. Aber das Gesetz ist eine neuerliche Mahnung, jene Einrichtungen so rasch als möglich zu schaffen, die diese Aufgabe zu erfüllen haben.

Die Form, in der die Sicherstellung gegeben wird, ist so gedacht, daß auf der einzelnen Liegenschaft eine Kautionshypothek mit jenem Betrage begründet wird, der der Leistungspflicht entspricht, die dem einzelnen Grundstück zugemutet werden soll. Es soll also jeder einzelne Forstbesitzer, der für eine Leistung zum Holzexport in Betracht kommt, in bezug auf die Leistungsmöglichkeit eingeschätzt werden, und das Ergebnis dieser Einschätzung soll nun in Form einer Kautionshypothek mit einem Zwangspfandrechte auf der Liegenschaft intabuliert werden. Ich möchte auch hier, damit alle unruhigen Gemüter beruhigt werden, sagen, daß ja selbstverständlich — und da ist mit allem Nachdruck auf den letzten Absatz des § 5 zu verweisen — alles das, was im Gesetze nicht im einzelnen ausgeführt ist, aus der Vollzugsanweisung zu entnehmen sein wird. Es werden dort namentlich auch eine Reihe von Sicherungen vorgesehen sein,

die dem Ausschusse selbst notwendig erschienen, zum Beispiel gewisse Gläubigerficherungen dort, wo Gläubigerpfandrechte dieser Kautionshypothek weichen müssen. Solche erworbene Rechte werden durch die Vollzugsanweisung zu schützen sein.

Was die Kompetenz anbelangt, so ist selbstverständlich hier den Landesholzstellen, die dazu ins Leben gerufen worden sind, und jenen Exekutiven, die die Erfahrungen der Landesholzstellen verwaltungsrechtlich auszuwerten haben, den Landesregierungen, die entscheidende Rolle eingeräumt, sie sind es, welche zu bestimmen haben, welche Mengen von Holz den einzelnen Forstwirtschaften, die im Einvernehmen mit den Landesräten vom Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft zur Lieferung bestimmt wurden, aufzuerlegen sind.

Ich habe als Berichterstatter diesen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen, sondern nur das eine zu sagen, daß wir alle — und diese Überzeugung ist auch in der Ausschußberatung wiederholt zum Ausdruck gekommen — in diesem Gesetze nichts anderes erblicken können, als ein Zeichen der furchtbaren Not, in der sich der Staat, das Volk in diesem Staate befindet. Es ist gar kein Zweifel, daß solche Gesetze, die die Verpfändung unseres Eigentums, das ja zum Teil auch unsere Zukunft darstellt, zum Gegenstande haben, zum Ausdruck bringen, daß wir anders nicht mehr weiter können. Man kann darum auch in diesen Gesetzen zugleich eine Mahnung sehen, zu arbeiten, eine Mahnung, wenigstens dazu beizutragen, daß so rasch als möglich Verhältnisse eintreten, in denen solche Gesetze ihre Bedeutung verlieren und die Schaffung solcher Gesetze unnötig wird.

Ich bitte das hohe Haus, dem Gesetzentwurfe, der sonst nur darin geändert wurde, daß im § 8 außer der Betrauung der Staatssekretäre für Finanzen, für Land- und Forstwirtschaft und Justiz auch die des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten mit dem Vollzuge des Gesetzes aufzunehmen sein wird, die Zustimmung zu erteilen (*Beifall.*)

Präsident: Ich eröffne die Debatte, und zwar werden wir die General- und Spezialdebatte unter Einem abführen; wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist dies nicht der Fall.

Zum Worte gelangt der erste Kontraredner Abgeordneter Dr. Wutte.

Abgeordneter Dr. **Wutte:** Hohes Haus! In der Budgetdebatte haben wir gehört, daß die Staatsregierung mit einem Defizit von zwei Milliarden Kronen für das zweite Halbjahr 1919 rechnet. Der Staatssekretär für Finanzen ist er-

mächtigt worden, im Wege von Kreditoperationen diese zwei Milliarden zu beschaffen. Es taucht sofort die Frage auf: Wie werden diese Kreditoperationen ausfallen, die dazu führen sollen, dem Staatshaushalte zwei Milliarden zuzuführen? Es liegt uns nun ein Gesetz vor, welches nicht nur den Staatsbesitz, sondern auch gleichsam den Privatbesitz verpfändet. Es dürfte vielleicht das erstemal sein, daß ein Staat, um eine Anleihe zu bekommen, und zwar eine nicht sehr große Anleihe, selbst den Privatbesitz verpfändet. (*Berichterstatter Dr. Eisler: Es handelt sich um zwei Milliarden!*) Es handelt sich nicht um zwei Milliarden, sondern es sind 48 Millionen Dollars. (*Berichterstatter Dr. Eisler: Das müssen wir in Kronen umrechnen!*) Bei Schleichhändlerkursen sind das 1 1/2 Milliarden. Nun fragt es sich, wenn wir schon für diese Post sind, welche dazu dient, um Lebensmittel zu bezahlen, die aber nicht erst bezogen werden, sondern schon bezogen worden sind; was soll dann geschehen, um die zwei Milliarden, die wir zur Deckung des Defizits brauchen, aufzubringen? Das Gesetz über die Belastung der staatlichen Wälder, über die Verpfändung des privaten Waldbesitzes zeigt, daß wir im Auslande keinerlei Kredit haben, daß wir schlechter daran sind als die Balkanstaaten vor dem Kriege. Warum sind wir schlechter daran?

Das ist heute bereits hinlänglich ausgeführt worden. Ein Staat, der nicht imstande ist, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, kann auch keinen Kredit finden, ein solcher Staat ist kreditunwürdig. (*Zwischenrufe.*) Es wird daher das Bestreben der Staatsregierung sein müssen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und jene Basis im Staate zu schaffen, die allein die Grundlage für das Kreditwesen sein kann, das ist die Hebung der wirtschaftlichen Lage.

Gerade beim Holz wäre es möglich gewesen, mit dem Aufbau der Wirtschaft zu beginnen, denn das Holz ist bei uns reichlich vorhanden, geübte Arbeitskräfte besitzt das Land gleichfalls. So hätte, wenn der Staat die nötige Förderung den Holzschlägerungen und dem Holzhandel hätte angebeihen lassen, hier der Wiederaufbau der Volkswirtschaft schon im Herbst des vorigen Jahres beginnen können. Was sehen wir aber? Es ist nichts geschehen, gar nichts, und jetzt hofft man, im Wege einer Verpfändung des Privatbesitzes, im Wege einer Kautionshypothek auf den Privatwäldern die Volkswirtschaft zu beleben. Das ist ein höchst sonderbarer Weg, daß man auf diese Weise glaubt, den Besitzer eines Waldes zu zwingen, die nötigen Schlägerungen vorzunehmen. Zur Schlägerung gehört ja nicht nur der Wille, sondern gehören auch die Arbeiter, gehört das Material, gehört die Verpflegung für die Arbeiter, und alles das ist in Frage gestellt. Es darf hier nicht übersehen werden, daß während des

Krieges diejenigen Wälder, die zunächst den Eisenbahnen und den Straßen liegen, abgeholzt worden sind. Die Militärverwaltung hat hinlänglich dafür gesorgt, daß die für die Bringung gut gelegenen Wälder ausgerottet wurden. Nunmehr müssen wir die Holzschlägerungen forcieren und müssen auf Wälder greifen, die fernab von den Verkehrslinien liegen.

Wenn man das Gesetz liest, ist man der Meinung, daß der Umsatz in Holz zur Deckung dieser Anleihe ein sehr rascher sein wird. Ich bin der Meinung, daß diese Anleihe auf lange, lange Jahre hinaus aufgenommen wird und daß diese Hypotheken nicht sehr rasch verschwinden werden. Denn um diese Wälder aufzuschließen, sind ja große Bringungsbauten notwendig. Diese Bringungsbauten erfordern aber wieder eine Unmenge Rohmaterial, insbesondere Schienen. Wenn wir uns aber die Erzeugung der Schienen in Deutschösterreich ansehen, dann werden wir finden, daß keine zu haben sind. Warum sind sie nicht zu haben? Weil die „Alpine“ zum Großteil mit ihrem Werke steht. Wenn die Holzproduktion richtig in die Hand genommen wird, dann kann ein Großteil der Arbeitslosen untergebracht werden, wenn auch nicht bei der Holzfällung, bei der Holzausarbeitung und -verarbeitung, so immerhin bei den Bauten, die erforderlich sind, um das Holz in den Verkehr zu bringen.

Es wäre naheliegend gewesen, daß man nicht wartet, bis die Entente uns das letzte Pfand nimmt, sondern daß man rechtzeitig dafür Sorge trägt, entsprechend Valuta zur Beschaffung der Lebensmittel zu bekommen. Wäre richtig gewirtschaftet worden, so hätte man im Frühling dieses Jahres eine Organisation geschaffen, und zwar eine kaufmännische Organisation, die in der Lage gewesen wäre, dem Ausland gegenüber als Verkäufer aufzutreten und die im Ausland als zahlungsfähig und kreditwürdig anerkannt worden wäre. Allerdings hätte die kaufmännische Organisation, die das Obligo eingegangen wäre, in bianco große Holzmassen zu verkaufen, auch eine gewisse Sicherstellung vom Staate gefordert. Diese Sicherstellung hätte aber ganz anders ausgesehen, als dieses Gesetz sie vorsieht.

Die Sicherstellung hätte darin bestanden, daß Ruhe und Ordnung in diesem Staate ist und daß nicht durch separatistische Handlungen der Länder das betreffende Konsortium zur Ware nicht gelangen kann. Diese Pläne sind zunichte geworden. Man hat zugewartet, bis es zu spät ist, und heute soll nunmehr der gesamte Waldbesitz, der staatliche Waldbesitz und der größere, nicht der große, sondern der größere und große Waldbesitz auf Gnade und Ungnade der Entente verpfändet werden. Wenn wir die Wälder und, wie wir aus dem zweiten Gesetze

dann noch sehen werden, die ausländischen Wertpapiere und die Goldmünzen verpfänden, so sehe ich in diesem Staate nicht mehr vieles, was dann zu verpfänden ist. Mit diesem Kredit, der durch das Holz, das Gold und die Effekten sichergestellt werden soll, kommen wir nur bis zum 15. August aus.

Aus der Überschrift des Gesetzes ist zu entnehmen, daß mit dieser Sicherstellung auch Kredite beschafft werden sollen, um Rohstoffe hereinzubringen. Das ist wohl nur scheinbar, denn wenn die Lebensmittel schon so viel ausmachen, so bleibt ja kein Geld mehr für die Beschaffung der Rohstoffe übrig. Man denkt in Deutschösterreich immer nur an das Essen und wieder an das Essen, aber man will nicht daran denken, daß es auch zu arbeiten gibt. Die mangelnde Arbeitsfreude, welche herrscht, wird auf das kapitalistische Konto geschrieben. Es ist ganz merkwürdig, warum gerade bei uns diese Tendenz ist, warum nicht auch in Deutschland. Man hört täglich immer mehr, daß in Deutschland freudig zur Arbeit gegriffen wird, daß dort nicht acht Stunden, sondern in der Schwerindustrie bis 11 Stunden freiwillig gearbeitet wird, weil dort die Arbeiter die nötige Intelligenz besitzen und erkennen, daß nur durch Arbeit die gesamte Volkswirtschaft in die Höhe kommen kann. (*Abgeordneter Schiegl: Wo sind denn die Kohlen, die wir für unsere Industrie brauchen?*) Ich bitte, ich werde darauf sofort antworten. Wir haben in Wien sehr viele Arbeitslose. Wenn wir auch das Militär verurteilen, so ist beim Militär doch das liebe Muß vorhanden. Es ist nicht immer gut ausgefallen, aber ich selbst habe während des Krieges gesehen, daß Leute, die nie in einem bestimmten Berufe tätig waren, in ganz kurzer Zeit sich in den Beruf hineingefunden haben. So auch bei den Bergwerken. Ich habe selbst genug Arbeiter gehabt, die als vollständig Unkundige in die Branche eingetreten sind und nach nicht einem Jahre ganz tüchtige Kohlenarbeiter waren. Nun haben wir die Arbeitslosen fast schon ein Jahr und wenn man rechtzeitig daran ginge, Leute in neue Berufe überzuführen, sie dorthin zu bringen, wo sie die Volkswirtschaft braucht — das ist bei der Urproduktion — dann würden wir heute nicht derart schlecht stehen und wäre auch die Kohlenproduktion auf einer ganz anderen Höhe als sie heute ist. (*Abgeordneter Leuthner: Dann muß man es auch bei den Beamten machen, die überflüssig sind und bei den Offizieren!*) Wir reden jetzt vom Holz und nicht von den Beamten. (*Ruf: Der Offizier kann auch Kohlenarbeiter werden!*) Warum nicht? Es sind heute Studenten und Offiziere Kohlenarbeiter. (*Heiterkeit und Zwischenruf des Abgeordneten Alois Bauer.*) Sie lachen, weil Sie zu lange weg sind von der Arbeit. (*Abgeordneter Alois Bauer: Ich stehe noch in der Arbeit!*) Aber ich hätte nach Ihren Reden erwartet, daß

Sie nicht mehr bei der Arbeit sind, weil ich selbst einen Realschüler als Kohlenarbeiter habe, weil die Leute wissen, daß sie als Beamte nichts gezahlt bekommen, aber vielleicht als Arbeiter. *(Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. **Dinghofer** *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Ich bitte die Herren, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. **Wutte**: Wir wissen ja, daß das Gesetz, wie es vorliegt, angenommen werden muß, nachdem die Mittel, die uns auf Grund der Verpfändung gegeben worden sind, bereits aufgebraucht sind. Was weiter geschieht, darüber hat sich die Regierung nicht ausgesprochen, aber ich vermute, daß wir langsam alles verbrauchen und der Entente ausliefern, so daß wir im Inland eigentlich den Kommunismus wenig mehr zu fürchten brauchen. Das Kapital, das hier vorhanden ist, wird die Entente besitzen und bei den Staatsbürgern wird eine gewisse Gleichheit herrschen, es wird nämlich keiner etwas haben. Die Leute werden gezwungen werden, um sich einen Erwerb zu suchen, ins Ausland zu gehen, wir werden einen regen Exportartikel bekommen, nämlich die Auswanderung. Die Auswanderung wird das einzige Mittel sein, um wieder das gesamte Wirtschaftsleben ins Gleichgewicht zu bringen, gelingt es nicht die Massen zu überzeugen, daß es erst dann Aufgabe einer Regierung ist, eine weitgehende Sozialpolitik zu treiben, wenn die Volkswirtschaft auf der Höhe steht. Solange die Volkswirtschaft nicht gedeiht und blüht, kann auch keine gesunde Sozialpolitik darauf ruhen. Denn Sozialpolitik braucht Geld und wieder Geld und nur wenn die Volkswirtschaft auf entsprechender Höhe ist, kann sie die notwendigen Mittel schaffen. Wir müssen alles daran setzen, um in der Urproduktion eine entsprechende Höhe zu erreichen. Ich möchte die Regierung ersuchen, daß sie von den fortwährenden Beratungen — bei uns wird ja nur in Beratungen regiert — endlich einmal absieht und die Herren Staatssekretäre endlich einmal zur Arbeit schreiten und jeder in seinem Fach das Nötige tue, um die Volkswirtschaft zu beleben. *(Beifall.)*

Präsident Dr. **Dinghofer**: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter.

Staatssekretär für Finanzen Dr. **Schumpeter**: Hohe Nationalversammlung! Obgleich der Herr Abgeordnete Wutte uns soeben den Rat erteilt hat, statt zu beraten lieber zu arbeiten, will ich doch, ehe ich diesen Rat befolge und mich zur Arbeit setze, an Sie noch einige Worte richten. *(Heiterkeit.)*

Diese Worte sollen sich aus Zeitersparnis gleichzeitig auf beide Gesetze beziehen, die heute vorliegen.

Der geehrte Herr Vorredner hat richtig gesagt, daß wir hier eine gebundene Marschroute haben. Wir haben Ihnen diese Gesetze in der Tat vorgelegt, weil sie von außen von uns gefordert wurden. Es ging diesem Stadium eine lange Verhandlung voraus. Wie Sie wissen, haben in St. Germain nicht bloß Friedens-, sondern auch Lebensmittel-Finanzierungsverhandlungen stattgefunden und diese haben sich nicht nur mit der Frage beschäftigt, wie unsere Kredite künftig zu finanzieren sind, sondern auch welche Sicherheit für die schon gewährten Kredite zu geben wären. Es wurde von uns eine ganze Reihe von Sicherstellungen gefordert, worauf unsere Delegation im Einvernehmen mit der Regierung geantwortet hat. Dann war das Resultat ziemlich langer Verhandlungen endlich das, was in diesen Gesetzen vorgelegt wird. Es sind das nicht alle unsere Ressourcen, wir müssen uns einen großen Teil der Ressourcen natürlich für das vorbehalten, was nach dem Frieden kommt, für jenen Wiederaufbau, an den wir zunächst noch gar nicht schreiten können, ehe wir nicht wissen, wie wir finanziell stehen.

Im übrigen habe ich zu diesen Gesetzen sehr wenig zu bemerken. In dem Gesetz über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzausfuhr und Verpfändung von Forstbesitz ist der Text, der Ihnen vorliegt, im Abseitigen Einvernehmen zustande gekommen. Ein Abänderungsantrag, der gestellt wurde, ist, glaube ich, zurückgezogen worden, so daß ich darüber kein Wort zu verlieren habe.

Es hat ferner auf Grund eines Referates des Herrn Nationalrates Allina — gestatten Sie, daß ich das auch gleich sage — der Finanzausschuß auch das Gesetz bezüglich der Gold- und Wertpapieransforderungen mit einigen Veränderungen angenommen, so daß Sie etwas bekommen, was nach der communis opinio aller, die sich daran beteiligt haben, notwendig und sachgemäß ist. Glauben Sie nicht, daß auf diese Weise unsere Wälder oder auch nur der Holzexport in unerträglicher Weise kontrolliert und beschränkt wird, denn das, was wir hier mit diesen Dingen nun gesetzlich tun, das müßten wir ohnehin tun, das müßte der Staat tun, das müßte aber auch der Private tun, selbst wenn er sich selbst überlassen wäre. Etwas anderes als ausführen und für den Erlös Lebensmittel und Rohstoffe kaufen, könnte auch der private Unternehmer nicht, und etwas anderes, als das Gold und die ausländischen Wertpapiere gegen Lebensmittel abstoßen, würde auch in privater Hand nicht geschehen. Das wäre ja auch das Lukrativste mit Rücksicht auf unseren ungeheuren Bedarf an Lebensmitteln, so daß wir hier nur in konzentrierter, vom Staate geregelter, dem Wohle der Gesamtheit

dienender Weise das tun, was unsere Volkswirtschaft unter allen Umständen tun müßte.

Ich meine, daß die Gesetze, so wie sie sind, verhältnismäßig milde sind. Es wird in dem einen Gesetze das Gold, das gemünzte und das ungemünzte, angefordert, es werden alte ausländische Wertpapiere angefordert und sonst nichts, es werden nur die Erträge aus dem Holzexport in dem anderen Gesetze in Anspruch genommen. Unangenehm ist vielleicht für den Landwirt die Hypothek, aber auch diese Bestimmung ist noch wesentlich abgeschwächt worden gegenüber dem früheren Entwurfe. Ich glaube nicht, daß unsere Volkswirtschaft unter dieser Darbietung von Kreditunterlagen zu leiden haben wird, im Gegenteil, es ist ein Schritt dem Wiederaufbau zu.

Freilich schießt das Verlangen der Entente insofern ein wenig über das Ziel hinaus, als, je mehr von uns für die Finanzierung von Lebensmitteln gefordert wird, um so weniger für andere Zwecke übrig bleibt, hinsichtlich deren wir ja auch auf die Entente angewiesen sind. Trotzdem aber, obgleich diese beiden Gesetze die beiden Dinge mit Beschlag belegen, die zunächst in Betracht kommen, die unsere verkäuflichsten und flüssigsten Werte sind, meine ich doch, daß das hohe Haus sie annehmen kann. Das hohe Haus verzeihe ferner, daß ihm diese Gesetze so plötzlich und in einer Weise vorgelegt wurden, die man Durchpeitschen zu nennen liebt. Es ist nicht unsere Schuld, dieses Vorgehen ist veranlaßt durch ein Telegramm aus Saint-Germain, das uns diese Verpflichtung auferlegt.

Ich bitte weiters alle Herren, die Abänderungsanträge stellen wollen, diese gütigst zurückzustellen, denn unsere Delegation kann ja mit diesen Gesetzen nichts anfangen, wenn sie, wesentlich abgeschwächt oder mit Klauseln versehen, nach Saint-Germain kommen. Diese Gesetze bilden eine Unterlage, die unsere Unterhändler brauchen, und ich meine, wir müssen sie ihnen wohl gewähren. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte hat sich weiter der Herr Abgeordnete Wimmer gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wimmer: Hohes Haus! Ich erlaube mir, zu diesem Gesetze folgende Entschliebung in Antrag zu bringen *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, bei Waldungen, auf denen Holz-, Streu- oder sonstige Nutzungsrechte lasten, bei allfälligen Lieferungsaufrägen seitens des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft auf den Eigentümer unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen, damit die Erfüllung dieser Nutzungsrechte weiterhin möglich ist.“

Hohes Haus! Bei uns in den Alpenländern und im Gebirge kommt es sehr häufig vor, daß die Kleinbauern bei den großen Waldungen, wie es bei uns heißt, eingeforstet sind. Nach § 5 des Gesetzes kann nun der Waldbesitzer verpflichtet werden, das Holz zur Verfügung zu stellen und der arme Bauer würde auf diese Art die paar Meter Holz, das Streu oder Laub, das er für seine Kuh zu Streuzwecken braucht und das er bisher aus der Waldung bezogen hat, verlieren. Somit ist dem Besitzer die Handhabe geboten, diesen Kleinbauern hinauszubringen; denn was hat dieser Bauer noch von seinem Servitut, wenn der Wald geschlagen wird? Oder aber er benutzt die Gelegenheit und gibt ihm die Servitut auf einem Holz, das fünf bis sechs Stunden weit auf einem hohen Berg ist, wo er sich also jedes Scheit, das er herunterbringt, in Schweitze seines Angesichts verdienen muß. *(Staatssekretär Dr. Schumpeter: Das Servitutsrecht bleibt ja aufrecht!)* Ich möchte also in dieser Entschliebung bitten, daß für diese Kleinbauern Sorge getragen wird, daß ihnen ihre Rechte durch den großen Waldbesitzer nicht verkürzt werden.

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Mayr; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Mayr: Hohes Haus! Ich werde Ihre Geduld nur einen Augenblick in Anspruch nehmen. Ich habe mir erlaubt, zum § 2 einen Ergänzungsantrag zu stellen, dahingehend, daß die ausländischen Zahlungsmittel, die an das Staatsamt für Finanzen abzuliefern sind, nur im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung abgeliefert werden können. Veranlaßt zur Stellung dieses Antrages wurde ich dadurch, daß einer der Redner im Ausschuß seiner Genehmigung darüber Ausdruck gegeben hat, daß nimmehr durch eine solche Bestimmung — so habe ich es wenigstens verstanden — die Selbständigkeit der Länder eingeschränkt wird, daß solche Erzeße der Selbständigkeit von nun an vermieden werden können, wenn insbesondere die Verfügung über die Devisen für die Länder vollständig aufhört. Die Länder würden sich ja nicht selbst aushungern lassen.

Hohes Haus! Ich glaube nicht, daß derartige Ausführungen das Vertrauen der Länder, die nun einmal da sind, die Rechtssubjekte sind und nach meiner festen Überzeugung die politische Grundlage für den Bestand dieses Reiches bilden, festigen werden. Das Mißtrauen in den Ländern ist sehr groß und es wird leider viel zu wenig, fast möchte ich sagen, nichts getan, um dieses Mißtrauen auch entsprechend zu bannen.

Hier bei diesem Gesetze handelt es sich um einen der größten Vermögensbestandteile unserer

Länder, um unsere Waldungen. Es sind ja freilich in erster Linie Staatswaldungen und dann größere Waldkomplexe über 500 Hektar. Darunter fallen aber auch Gemeindewaldungen in ziemlicher Zahl, bei uns wenigstens in Tirol ist die Zahl solcher Komplexe mit 168 eine sehr hohe. Gerade in bezug auf diesen Vermögensbestandteil sind unsere Länder besonders empfindlich, wenn der Erlös, wie es heißt, nach Wien gesendet werden muß. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, den Ergänzungsantrag zu stellen.

Nach den Erklärungen, die wir soeben seitens der Staatsregierung gehört haben, würde aber wahrscheinlich auch eine solche gewiß nicht sehr meritorische Änderung eine große Schwierigkeit bedeuten, weil wir ja gegenüber der Entente in einer Zwangslage sind und in unserer Not Rücksicht nehmen müssen, weil wir eine Verpflichtung gegenüber der Entente haben. Aus diesem Grunde ziehe ich diesen gestellten Antrag zurück. *(Beifall.)* Persönlich glaube ich allerdings nicht, daß er irgendwelche Schwierigkeiten gemacht hätte, ich will aber zu keinerlei Schwierigkeiten Anlaß geben. Ich glaube auch, daß die Länder auch dann, wenn dieser Antrag nicht im Gesetze steht, besonders genau nachrechnen werden, was mit den Geldern aus dem Erlöse der Forste geschieht.

Ich möchte Ihnen nur noch das eine zurufen: Sehr geehrte Herren, machen Sie bald eine entsprechende Verfassung, zu welcher die konstituierende Nationalversammlung ja in erster Linie verpflichtet ist, damit endlich dieses gegenseitige Mißtrauen zwischen Staat und Ländern, zwischen Wien und den Ländern aufhört. Das ist die einzige Möglichkeit dazu. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, ich erkläre die Debatte für geschlossen.

Ich möchte nur noch bemerken, daß die Entschliebung, welche vom Herrn Abgeordneten Wimmer vorgelegt wurde, genügend unterstützt ist. *(Ruf: Es ist ja keine beantragt worden! — Gegenruf: Sie ist zurückgezogen worden!)* Ich möchte den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß der Herr Abgeordnete Wimmer in seiner Rede die Entschliebung verlesen und auch begründet hat, sie insolgedessen ganz gewiß vorgekommen ist. Im übrigen höre ich soeben, daß diese Entschliebung von dem Herrn Abgeordneten Wimmer zurückgezogen wurde und ich bitte das hohe Haus, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. Eisler: Hohes Haus! Durch die Zurückziehung des Antrages zu § 2 ist

jede Änderung des Gesetzesartikels bis auf die Ergänzung des § 8, die ich angeführt habe, gegenstandslos geworden. Ich will mir nur ganz wenige Worte gestatten, mit denen ich auf die in der Debatte gefallenem Bemerkungen reflektieren will. Es ist namentlich vom Herrn Dr. Wutte, der hauptsächlich die Vorlage einer ausführlichen Behandlung unterzogen hat, auf das angebliche Versagen der bisherigen Aufbringung jenes Kompensationsgutes, das im Holz gelegen ist, hingewiesen worden.

Vielleicht ist dabei übertrieben worden, aber auf jeden Fall kann der Herr Dr. Wutte überzeugen, daß er uns ganz auf seiner Seite findet, daß das Holz möglichst ausgiebig als Kompensationswert für die Hereinbringung von Lebensmitteln verwendet werde und daß die Schuld, die dadurch begründet wird, von der auch wir überzeugt sind, daß sie nicht allzu rasch aus den Grundbüchern verschwinden kann, weil derartige Holz-mengen nicht allzu rasch in Bewegung zu setzen sind, wenigstens so rasch als möglich abgestattet werde. Dagegen kann ich den Ausführungen des Herrn Dr. Wutte nicht zustimmen, die sich auf die allgemeine Beurteilung jener Ursachen beziehen, die dazu geführt haben, daß wir uns heute mit dieser Vorlage beschäftigen müssen. Ich glaube nicht, daß es von dem Willen irgend jemandes in diesem Staate, solange das jetzige System in diesem Staate aufrecht ist, abhängig ist, ob man von der Entente Lebensmittel beziehen will oder nicht und wie man den Gegenwert dafür leisten will oder nicht. Es ist selbstverständlich richtig, daß der größte Teil der Kredite bereits verzehrt ist, aber wir können nicht darüber klagen, daß uns diese Kredite bisher ohne vorherige ausreichende Sicherstellung gewährt wurden, im Gegenteil, wir müssen nur bitten, daß es in Zukunft so bleibe und daß man auch in Zukunft uns nicht unerträglich harte Bedingungen auferlege; aber es ist nicht ein Verbrechen von uns, daß wir diese Kredite verzehrt haben, denn wir hätten sie unter gar keinen Umständen zahlen können und die Meinung, daß man in Deutschösterreich nur ans Essen und nicht ans Arbeiten denkt, klingt in dieser Form ja sehr einfach, aber es ist das doch eine Redensart, die hier in diesem hohen Hause kaum viele überzeugte Hörer finden wird; ich meine im Gegenteil, daß man gerade bei der Beratung eines solchen Gesetzes — und das ist eine sehr ernste Bemerkung und wir haben allen Grund, uns das vor Augen zu halten — weder nach der einen noch nach der anderen Richtung übertreiben soll, denn wenn immer wieder das Wort „Vertrauen“ angewendet und immer wieder darauf hingewiesen wird, daß wird endlich — wir können ja leider nicht anders — im Auslande Vertrauen genießen müssen, um in einen geordneten Verkehr mit dem

Auslande zu kommen, so können wir nicht durch Übertreibungen dieses Vertrauen herabsetzen. (*Sehr richtig!*)

Wenn man nun hier hört, es herrsche in unserem Staate nicht Ruhe und Ordnung, so ist dieses Vertrauen durch derartige Äußerungen mehr gefährdet als durch das, was geschehen ist. Wir sehen, daß in diesem Staate im Verhältnis zu allen Staaten, die zu den Leidtragenden des Krieges, zu den Besiegten, gehören, am meisten Ruhe und Ordnung herrscht. Es könnte sich jeder andere der besiegten Staaten gratulieren, wenn er wenigstens so viel Ruhe und Ordnung hätte, als wir sie bisher aufrechterhalten haben. (*Zustimmung.*)

Es ist das — das wird gewiß nicht geleugnet werden — ein Verdienst jener Politik, die in diesem Staate bisher gemacht wurde und gegen die sich Herr Dr. Wutte — nach meiner Meinung ganz unbegründet, wenigstens von diesem Standpunkte aus unbegründet — gewendet hat. Und noch mehr verdient wohl auch von diesem Standpunkte aus die Darstellung Zurückweisung, als wenn es in diesem Staate eine so große Zahl von Menschen gäbe, die sich geistlich jeder Arbeit entziehen, die nur auf Staatskosten leben und die solche Summen in Anspruch nehmen, daß deshalb der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommen und nicht Kredit finden kann. Das ist nicht nur eine Übertreibung in bezug auf die Opfer, die der Staat für die Arbeitslosen zu bringen hat, sondern es ist auch eine absolut unrichtige Behauptung. Es kann jeder, der die Verhältnisse kennt, bestätigen, daß die große Mehrzahl der Arbeitslosen gerne arbeiten würde und tatsächlich nur infolge der furchtbaren Not, in die uns der Krieg gebracht hat, nicht arbeiten kann. Aber vielleicht darf bei diesem Anlasse — und auch das ist notwendig zu sagen, um die Wahrheit über diesen Staat zum Ausdruck zu bringen — doch einmal festgestellt werden: Die Arbeitslosigkeit jener Art, wie sie der Herr Dr. Wutte charakterisiert hat und die darin besteht, daß manche nach der Arbeitsgelegenheit, die sich bietet, nicht greifen, diese Arbeitslosigkeit ist auch vorhanden. Wir wissen, daß sie vorhanden ist, aber sie ist nicht etwa durch Umstände verschuldet, die in unserer Hand liegen, und es ist nicht gut angängig, mit einem Blick auf die linke Seite des Hauses immer wieder derartige Dinge zu erörtern, sondern sie ist verschuldet durch die furchtbare Art, in der durch den Krieg der Volksgeist, die ganze Denkungsweise und die Art der Menschey beeinflusst wurde. (*Zustimmung.*) Diejenigen, die heute nicht arbeiten wollen, sind einfach Opfer des Krieges, sie sind Opfer einer Krankheit, die der Krieg hervorgerufen hat, jener Verrohung, jener Verlotterung, der leider eine nicht geringe Zahl von Menschen unterworfen wurden. Wir bemühen uns, diese Leute zu erziehen, sie

wieder aus diesem Zustand herauszuführen und die furchtbaren Folgen des Krieges, die sich bei ihnen zeigen, gut zu machen. (*Abgeordneter Thanner: Da braucht man nur eine Medizin, wenn sie krank sind!*) Sie brauchen eine Medizin, aber die Medizin, die Sie ihnen geben wollen und die wir vorher anpreisen gehört haben, das ist eine Medizin, die nicht hilft, das ist nämlich die Medizin der Gewalt oder, wie sie der Herr Staatssekretär der Finanzen genannt hat, die blauen Bohnen. Das ist nicht die Medizin, mit der man solche Leute kurirt. Wenn fünf Jahre lang an den Menschen gesündigt wurde, so muß man sie in einer anderen Weise kurieren, mit der Methode, die dieser Staat anwendet. Und diese Methode sollten Sie lieber preisen, denn sie hat uns bisher vor dem Allerschlimmsten bewahrt. Blicken Sie über die Grenzen dieses Staates hinaus. Selbst in jenem Lande, in dem angeblich so viel mehr gearbeitet wird als bei uns, in Deutschland, sieht es so aus, daß Herr Dr. Wutte wahrlich allen Grund hat, zu wünschen, daß es bei uns nicht so kommen möge. (*Zustimmung.*)

Aber noch eines bitte ich mir zu gestatten. Wenn Sie uns schon immer wieder die Arbeitslosigkeit zum Vorwurf machen, so bitte ich doch zu bedenken, daß der Wille des Einen zur Arbeit nicht gestärkt wird, wenn er auf der anderen Seite eine sehr stattliche Kategorie von Menschen sieht, die auch nicht arbeiten wollen. Es ist schon bei sehr vielen Gelegenheiten hervorgehoben worden, daß ein großer Teil jener Erregung, jener Ausbrüche, die jetzt immer wieder in Erscheinung treten oder aufzutreten drohen, hervorgerufen wird durch das unglaubliche Verhalten eines großen Teiles unseres Bürgertums, das in einer Zeit, in der der Staat gezwungen ist, derartige Gesetze vorzulegen, sein Votum herzugeben um die Menschen vor dem Verhungern zu schützen, sich nicht schämen, zu prassen und in der schamlosesten Weise zu leben und die anderen aufzureizen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wir, hohes Haus, bemühen uns — und jeder von uns kann das sagen und braucht nicht zu fürchten, daß er widerlegt wird — die Arbeiter mit allen Kräften dahin zu erziehen, der Schwierigkeit der jetzigen Lage Rechnung zu tragen. Sie, meine Herren, haben mehr Einfluß auf die Schichten, von denen ich jetzt spreche. (*Abgeordneter Stocker: Das sind Juden, polnische und ungarische Juden, auf die haben wir keinen Einfluß!*) Das ist die Ausrede, die Ihnen in einem solchen Falle immer einfällt. Das sind jene Juden und Christen, die zur Industrie, zum Handel, kurz zu jenen Kategorien die Beziehungen haben, die Ihnen sehr leicht zugänglich sind. Ich bin überzeugt, daß Sie sehr viele Wege finden, um mit diesen Herr-

schaften zu sprechen und Ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Es wäre sehr dankenswert, wenn Sie die Klagen über die Arbeitslosigkeit, die Sie fortwährend mit einem Blick auf uns vorbringen, lieber dort vorbringen wollten, wo sie hingehören, bei jener Kategorie von Schmarozern, bei jener Kategorie von Hazardspielern und Schiebern usw., die nicht nur Wien, sondern auch andere Gebiete dieses Staates bevölkern und die immer den Zündstoff dafür liefern, daß nicht Ruhe werden kann, weil es begreiflich ist, daß derjenige, der verhungert, der am Ende ist, es nicht mit ansehen will und mit ansehen kann, wie ihn der Andere durch ein solches Treiben noch immer mehr reizt und in Empörung bringt. (Abgeordneter Kunschak: Jetzt reden wir wieder einmal von dem Gesetz!) Es ist hier auch neben dem Gesetz gesprochen worden und es scheint mir, daß in dem Momente, in welchem die Frage des Vertrauens zum Staate dahin gestellt wird, daß in dem Staate eine Wirtschaft geführt wird, die die Arbeitslosen begünstigt und die Arbeitslust untergräbt, es recht und angemessen ist, auch über diese Dinge etwas zu sagen. Ich weiß auch nicht, warum die Herren das so ungern hören. Diese Bemerkungen, hohes Haus, vorzubringen, haben mich die Ausführungen des Herr Dr. Wutte veranlaßt.

Ich kann nur wiederholen, daß zum Gesetze selbst nichts vorgebracht wurde. Dem Herrn Abgeordneten Wimmer, der eine Resolution zum Schutze der kleinen Besitzer beantragt hat, möchte ich mitteilen, daß auf die Interessen der kleinen Besitzer ohnedies Rücksicht genommen ist. Es ist ja bei der Berechnung jener Holz mengen, die sich die Staatsregierung als erreichbar vorstellt, alles in Abrechnung gebracht worden, was auf Servitutsrechte und auf alle jene Bezugsrechte, von denen der Herr Abgeordnete Wimmer hier gesprochen hat, entfällt.

Ebenso glaube ich noch hervorheben zu sollen, daß die Begründung von Kautionshypotheken auf Forstgrundstücken für die Sicherstellung von Lieferungsverträgen bei Bonität des Käufers — und um eine solche handelt es sich hier ja — zu den üblichen Rechtseinrichtungen gehört und nichts Ungewöhnliches ist, so daß der Forstbesitzer, den diese Belastung trifft, eigentlich nur in einen Zustand versetzt wird, in dem sich ein Forstbesitzer, der Holz zu liefern hat, in der Regel befindet. Das, was an dem Gesetze hart ist, trifft ja mehr die Gesamtheit, den Staat. Der einzelne ist nicht in einem solchen Maße belastet oder beschwert, daß er deswegen irgendwie zu besonderen Klagen Anlaß hätte. Ich glaube daher, daß das hohe Haus dem Gesetze seine Zustimmung erteilen kann.

Präsident Dr. Dinghofer: Ich bitte, die Plätze einzunehmen, wir kommen zur Abstimmung. (Nach einer Pause:) § 1 ist unbeanstandet.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem § 1 ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Hinsichtlich des § 2 mache ich aufmerksam, daß sich die Regierungsvorlage mit der Fassung des Ausschusses insofern nicht deckt, als nach der Anschauung des Ausschusses nach den Worten „mit ausländischen Zahlungsmitteln“ in der vorletzten Zeile die Worte eingeschaltet werden sollen „im Einverständnisse mit den zuständigen Landesregierungen.“

Es wird gewünscht, daß in dieser Hinsicht getrennt abgestimmt wird und ich werde daher zunächst über den § 2 in der Form der Regierungsvorlage abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem § 2 in dieser Fassung zustimmen, sich zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche der Anschauung sind, daß nach den Worten „mit ausländischen Zahlungsmitteln“ die Worte einzufügen sind „im Einverständnisse mit den zuständigen Landesregierungen“ sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist gefallen.

Hinsichtlich der §§ 3, 4, 5, 6 und 7 liegen keine Abänderungs- oder Zusatzanträge vor.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche diesen Paragraphen ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschicht.) Sie sind angenommen.

Hinsichtlich des § 8 mache ich aufmerksam, daß die Regierungsvorlage insofern ergänzt wird, als nach dem Worte „Forstwirtschaft“ noch eingeschaltet werden soll: „für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten“.

Da in dieser Richtung keine separate Abstimmung gewünscht wird, lasse ich über den § 8 sofort in der Fassung des Ausschusses abstimmen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dieser Fassung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschicht.) § 8 ist in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschicht.) Angenommen. Hiermit ist das Gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Berichterstatter Dr. Eisler: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche mit der sofortigen Vornahme der dritten Lesung einverstanden sind, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Das hohe Haus hat mit der entsprechenden Zweidrittelmajorität die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Das Gesetz über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Holzaustruhr und Verpfändung von Forstbesitz, ist auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von im privaten Besitze befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren. (*294 der Beilagen.*)

Ein gedruckter Bericht liegt nicht vor, doch kann ein mündlicher Bericht des Ausschusses erstattet werden. Ich schlage daher gemäß § 37 G. O. vor, von der Drucklegung des Ausschussberichtes sowie von der 24stündigen Frist zur Auflegung des gedruckten Berichtes abzusehen, und bitte diejenigen Frauen und Herren, welche meinem Vorschlag zustimmen, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Dieser Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten **Allina**, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Allina: Hohes Haus! Nach der eingehenden Debatte, die bei dem eben verabschiedeten Gesetze stattgefunden hat, kann ich mich wohl in der Begründung des vorliegenden Gesetzes sehr kurz fassen. Die Zwangslage, in der wir uns befinden, ist schon in der vorhin abgeführten Debatte zum Ausdruck gekommen und unter diesem Gesichtspunkte ist auch das nunmehr vorliegende Gesetz über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von im privaten Besitze befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren zu betrachten.

Verweisen möchte ich auf den Umstand, daß die Inanspruchnahme ausländischer Wertpapiere auch in anderen Staaten, zum Beispiel in Deutschland, bereits im Wege der Gesetzgebung stattgefunden hat. Bereits im Jahre 1917, also noch während des Krieges, hat Deutschland von seinen Einwohnern

und Staatsbürgern Werte der neutralen Staaten anfordern lassen, und im März 1919 wurde im Deutschen Reiche ein unserer jetzt vorliegenden Regierungsvorlage ähnliches Gesetz verabschiedet.

Das Gesetz selbst war im Ausschusse sehr wenig strittig. Es handelt sich im § 1 um die Inanspruchnahme der Goldmünzen und ausländischen Wertpapiere. Es hat sich hier der Ausschuss an jene Terminologie gehalten, die wir gelegentlich des Schlußergesetzes kennen gelernt haben, das ist die Inanspruchnahme, wobei erst einem späteren Paragraphen die Regelung des Entgeltes überlassen wurde.

§ 2 handelt von dem Kreise der Abgabepflichtigen. Es sind sowohl Deutschöreicher als auch Ausländer, insoferne diese seit dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz im Inlande haben, abgabepflichtig. Von der Abgabepflicht sind nur solche Ausländer ausgenommen, die den vier kreditgebenden Staaten angehören.

Der § 3 der Vorlage der Staatsregierung setzt die Gegenstände der Abgabe fest. Ein Bild darüber, in welchem Umfange diese Abgabepflicht zu gewärtigen sein wird, steht im gegenwärtigen Augenblick noch nicht fest. Eine Aufnahme unseres Besitzes an ausländischen Wertpapieren hat wohl Ende des Jahres 1916 stattgefunden, doch ist dies damals noch unter den Gebietsgrenzen der alten Monarchie gewesen, so daß uns heute ein Bild darüber, was aus einem Aufcuße der ausländischen Papiere an Werten einzuschießen hätte, nicht möglich ist.

Der § 4 setzt die Ausnahmen des Gesetzes fest, und zwar sind von der Abgabepflicht ausgenommen die Goldmünzen, die zum Goldschatz der Oesterreichisch-ungarischen Bank gehören, ferner Schaumünzen und andere Münzen, welche einen künstlerischen oder numismatischen Wert darstellen.

Im § 6 ist nun das Entgelt, welches für die Inanspruchnahme dem Besitzer zusteht, geregelt. Vor allem ist festzuhalten, daß nach dem Wortlaute des Gesetzes in dem Augenblicke der Einlieferung der aufgerufenen Wertpapiere nicht mehr der frühere Besitzer der Gläubiger der kreditgebenden Staaten ist, sondern der Staat nunmehr in diese Rechte eintritt. Der § 6 unterscheidet deshalb nach dem käuflichen Erwerb und nach der Pfandstellung. Der käufliche Erwerb wird zum Übernahmesturs stattfinden, zu jenem Übernahmesturs, den die kreditierenden Staaten bei der definitiven Übernahme der in Pfand gestellten Wertpapiere in ihren Besitz festsetzen. Das Entgelt bei käuflichem Erwerb kann entweder in barem erfolgt werden oder nach der ursprünglichen Regierungsvorlage in verzinslichen Staatsschuldverschreibungen. Im Ausschusse war man der Meinung, daß hierbei das Einvernehmen mit dem betreffenden Besitzer der Wertpapiere zu pflegen

sein wird und dies kommt auch in einem entsprechenden Abänderungsantrage des Ausschusses zum Ausdruck.

Die zweite Form der Abgabe besteht darin, daß die betreffenden Effekten leihweise dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Zum Unterschied von dem reichsdeutschen Gesetze wurde eine Leihgebühr hierfür nicht festgesetzt; es ist dies auch absolut nicht notwendig, nachdem ja das Gesetz den Besitzern die Zahlung der laufenden Coupons und Zinsen der abgelieferten Wertpapiere, soweit sie seitens der kreditierenden Staaten eingezogen werden, ausdrücklich zuerkennt. Einen Entgang an Einkommen durch die Verleihung der Wertpapiere hat deshalb der Besitzer der Wertpapiere nicht zu befürchten und es ist deshalb nicht notwendig, daß ihm eine besondere Leihgebühr hierfür erfolgt werde.

Zum § 7 des Gesetzes sind einestheils die Verbote, andernteils die Ermächtigung zu Ausnahmen festgesetzt. Bei den Verböten ist es dem Ausschusse als notwendig erschienen, außer dem Verbote der Veräußerung oder der Verpfändung jener Wertpapiere, die zum Aufrufe gelangen, beziehungsweise die zur Abgabe prädestiniert sind, auch noch das Verbot der Ausfuhr festzusetzen.

Um jeder Mißdeutung in der Interpretation des Gesetzes vorzubeugen, hat der Ausschuss Abänderungsanträge gestellt, die dem Hause in einer Vervielfältigung vorliegen.

Der zweite Absatz des § 7 ermächtigt das Staatsamt für Finanzen, Ausnahmen von dem Verbot der Veräußerung oder Verpfändung, beziehungsweise der Ausfuhr der Wertpapiere festzusetzen. Bei Beurteilung dieses Paragraphen muß man sich vor Augen halten, daß der Besitz ausländischer Wertpapiere nicht nur aus Gründen erfolgt ist und nicht nur bei jenen Leuten zu suchen ist, die sich aus lauter Vorsicht ausländische Werte angeschafft haben, die zur inländischen Währung nicht das richtige Vertrauen oder die nötige Vorsicht gehabt hätten, sondern daß ausländische Werte auch in großen Mengen aus dem Grunde angeschafft wurden, um internationale Zahlungsmittel für jenen Augenblick bereitzuhalten, in dem die Schulden, die im Ausland gemacht wurden, durch diese internationalen Zahlungsmittel gedeckt werden können. Es ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Versicherungsgesellschaften gewisse in ihren Statuten begründete Verpflichtungen gegenüber ausländischen Staaten haben, und es ist nur recht und billig, wenn dem Staatsamte für Finanzen die Ermächtigung erteilt wird, gewisse Ausnahmen von dem Verbote zu bewilligen.

§ 8 des Gesetzes setzt die Strafbestimmungen fest, während der § 9 eine Amnestievorschrift beinhaltet. Eine Amnestievorschrift bei derartigen Gesetzen hat sich ja immer als notwendig und auch

als zweckentsprechend erwiesen, weil wir ja wissen, daß besonders während des Krieges von Leuten, die keine büchermäßigen Aufzeichnungen führen, auch bei der Fälschung nicht mit jener Rigorosität und Steuermoral vorgegangen wird, die im Interesse des Staates gelegen wäre. Nun ist aber die Erfassung derartiger Wertgegenstände, wenn sie von derartigen Elementen hinterzogen werden, bekanntlich sehr schwierig, und deshalb empfiehlt es sich immer, diesen Elementen, wenn auch spät, so doch es zu ermöglichen, auf den richtigen Weg der ordnungsgemäßen Fälschung zu kommen.

Die §§ 10 und 11 beinhalten rein formale Bestimmungen, über die nichts weiter zu sagen ist.

In der Beratung im Ausschusse ist auch die Frage diskutiert worden — eben weil im Gesetze nichts darüber steht —, wie und zu welchen Bedingungen die Veräußerungen stattfinden werden. Es wurde dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß das Staatsamt für Finanzen bei den feinerzeitigen Verhandlungen darauf dringe, daß es eine Ingerenz auf den Zeitpunkt der Veräußerung jener Wertpapiere, die die Entente, beziehungsweise die kreditgebenden Staaten als geeignet bezeichnen, bekomme. Es wird sich darum handeln — und diesem Wunsche wurde besonders Ausdruck gegeben — diese Effekten zu einem möglichst günstigen Kurse abzustößen, um die Abrechnung für den deutschösterreichischen Staat möglichst günstig zu gestalten. Wir sind uns ebenso wie beim Holzgesetze nunmehr bei dem Gesetze über die Sicherstellung der Goldmünzen und ausländischen Wertpapiere wohl darüber klar, daß wir ein sehr wertvolles Aktivum für den hoffentlich recht bald beginnenden und einsetzenden Wiederaufbau in dieser Zwangslage preisgeben müssen. Wir sind uns darüber klar, daß die Situation, in der wir uns befinden, wohl eine sehr prekäre ist, eine sehr prekäre deshalb, weil wir ja hier Aktiven für einen Zweck hergeben, der zum größten Teil produktiven Zwecken nicht dient. Der einzige Lichtblick in der Vorlage der Staatsregierung ist der, daß wir die Aussicht haben, mit der Finanzierung unserer Lebensmittelbezüge auch eine Finanzierung unserer Rohstoffbezüge zu verbinden, welche Tatsache uns den Ausblick darauf ermöglicht, daß wir durch entsprechende Einfuhr von Rohstoffen endlich zum Wiederaufbau unserer Produktion und zur Einführung normaler Verhältnisse schreiten können.

Und wenn mein geehrter Herr Vorredner, der Berichterstatter Kollege Dr. Eisler, gemeint hat, daß die Verabschiedung dieses Gesetzes gewissermaßen einen Zwischenakt darstellt, so möchte ich der Erwartung Ausdruck geben, daß es der letzte Akt sein möge, der letzte Akt in der Serie jener volkswirtschaftlichen Vernichtungsfolgen, die uns aus dem Kriege erstanden sind und die wir auf uns nehmen müssen, und daß der endgültige Friedensvertrag

uns die Möglichkeit zur endgültigen Erhebung aus dieser Periode der Erniedrigung, in der wir uns gegenwärtig befinden, geben wird.

Damit bitte ich das hohe Haus, die Vorlage der Staatsregierung mit den Abänderungsanträgen des Finanz- und Budgetausschusses anzunehmen. (*Bravo! Bravo!*)

Präsident (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Ich werde General- und Spezialdebatte mit Zustimmung der Versammlung gleich unter Einem vornehmen. (*Nach einer Pause:*) Zum Worte gemeldet ist niemand. Wir können daher sofort zur Abstimmung schreiten.

Als Grundlage der Abstimmung hat das hohe Haus die ursprüngliche Vorlage der Staatsregierung und die Änderungen, die der Ausschuß beschlossen hat, daneben in einem Blatte vervielfältigt.

Die §§ 1 und 2 sind nach der Fassung des Ausschusses konform mit der der Regierungsvorlage. Ein Abänderungsantrag liegt auch nicht vor. Ich werde daher die §§ 1 und 2 unter Einem zur Abstimmung bringen, und bitte die Mitglieder, welche diese Bestimmungen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Zu § 3 beantragt der Ausschuß, in der neunten Zeile des ersten Absatzes das Wort „ausländischen“ zu streichen.

Es hätte der betreffende Passus daher zu lauten (*liest*):

„ausländische Wertpapiere, das heißt von Staaten, öffentlichen Körperchaften, Handelsgesellschaften, juristischen und physischen Personen der Staaten, die vor dem 1. August 1914 im Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie Ausland waren, ausgestellte Wertpapiere, wie Aktien und andere eine Beteiligung an Unternehmungen bescheinigende Urkunden sowie auf Inhaber lautende oder sonst übertragbare Schuldverschreibungen jeder Art.“

In dieser Fassung des Ausschusses werde ich nunmehr den § 3 zur Abstimmung bringen.

Wer dafür ist, wolle sich von dem Sitze erheben. (*Geschicht.*) Ist angenommen.

Der § 4 ist unbeanstandet geblieben.

Jene Mitglieder, welche dafür stimmen wollen, mögen sich von den Sitzen erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Zu § 5 beantragt der Ausschuß die Streichung des Wortes „deutschösterreichische“ in der sechsten Zeile.

Es wird also heißen (*liest*):

„Die näheren Bestimmungen über die Ablösung der darauf haftenden Forderungen durch die Staatsverwaltung werden durch Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen festgestellt.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem § 5 in dieser Fassung des Ausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Nun kommen wir zu § 6. Da beantragt der Ausschuß im ersten Absatz die Worte „nach den bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank geltenden Ankaufspreisen“ zu streichen, so daß nach dem Ausschußantrag der § 6, Absatz 1, lautet (*liest*):

„Goldmünzen werden bar vergütet.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem Absatz 1 des § 6 in dieser Fassung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Absatz 1 des § 6 ist in dieser Fassung angenommen.

Dann ist nach dem Ausschußantrag im Absatz 2, zweite Zeile, nach dem Worte „oder“ einzuschalten „im Einvernehmen mit dem Verkäufer“.

Weiters ist in der sechsten Zeile nach dem Worte „Betrag“ einzuschalten „nach Abzug etwaiger Unkosten“.

Es ist also den Mitgliedern jetzt die Fassung des Ausschußantrages bezüglich des § 6, Absatz 2, 3, 4, bekannt.

Ich werde nun diesen Ausschußantrag, da ein Gegenantrag nicht vorliegt, zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem § 6, Absatz 2, 3, 4, nach dem Ausschußantrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Im § 7 ist gleichfalls an der Regierungsvorlage eine Änderung dahin vorgenommen worden, daß in der ersten Zeile vor dem Worte „Veräußerung“ einzuschalten wären die drei Worte „Ausfuhr, weiters die“, so daß dieser Absatz dann lauten würde (*liest*):

„Die Ausfuhr, weiters die Veräußerung oder Verpfändung“ u. s. w.

Weiters sollen in demselben Absatz die Worte „zur Abgabe aufgerufenen Wertpapiere“ gestrichen und durch die Worte „im § 3 angeführten Gegenstände“ ersetzt werden, so daß der Absatz im ganzen lauten würde (*liest*):

„Die Ausfuhr, weiters die Veräußerung oder Verpfändung der im § 3 angeführten

Gegenstände ist verboten. Rechtsgeschäfte, die gegen diese Bestimmung verstoßen, sind ungültig."

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche den Absatz 1 des § 7 in der verlesenen Fassung annehmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte weiters diejenigen Mitglieder, welche dem Absatz 2 des § 7 zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Absatz 2 des § 7 ist gleichfalls angenommen.

Die §§ 8, 9, 10 und 11 sind unverändert geblieben. Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche diesen Paragraphen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Diese Paragraphen sind angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Mitglieder, welche dem Titel und Eingang des Gesetzes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Titel und Eingang sind angenommen.

Hiermit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Alina**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich bitte jene Mitglieder, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Gesetz über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel- und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von im privaten Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen nunmehr zum vierten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Gröger, Gabriel, Tusch, Hubmann und Genossen *(183 der Beilagen)*, betreffend die sinngemäße Ausdehnung der Bestimmungen der Mieter-

schutzverordnung auf Pachtverhältnisse auf dem Lande zum Schutze der Kleinbauern und Kleinhäusler *(258 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gröger. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Gröger**: Geehrte Nationalversammlung! Die Verhältnisse, unter denen die Kleinpächter auf dem Lande zu leiden haben, haben uns veranlaßt, einen Antrag einzubringen, der die Regierung auffordert, das bestehende Mieterschutzgesetz auf die Pachtverhältnisse auf dem Lande sinngemäß auszudehnen. Der landwirtschaftliche Ausschuß hat diesem Antrage einhellig zugestimmt und die Regierung hat dagegen keine Einwendung erhoben. Wie verlautet, ist sogar ein diesbezüglicher Gesetzentwurf schon ausgearbeitet, so daß es nur noch eines Beschlusses der Nationalversammlung bedarf, um den Kleinpächtern auf dem Lande gegenüber den Ausbeutungsgelüsten der Großgrundbesitzer endlich den nötigen Schutz zu gewähren. Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Sache nur um ein Provisorium, weil ja die Regelung der Besitz- und Servitutsverhältnisse einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben und endgültig erfolgen muß. Denn es ist ganz klar, daß die Besitzverhältnisse des Großgrundbesitzes nicht so aufrechterhalten bleiben können, wie es bisher der Fall war, und daß da eine gründliche Änderung eintreten muß. Ob nun diese Änderung Sozialisierung oder Vergesellschaftung heißt, ist gleichgültig, aber sicher ist, daß eine Regelung der Besitzverhältnisse zwischen Groß- und Kleingrundbesitz eintreten muß, ebenso eine gründliche Regelung der bestehenden Servitutsverhältnisse, die von den Großgrundbesitzern gegenüber den Kleinhäuslern und Kleinbauern immer mehr in einer Weise zur Anwendung kommen, daß sie ganz wirkungslos bleiben.

Die Ausdehnung der Mieterschutzverordnung auf die Pachtverhältnisse auf dem Lande ist dringend notwendig, damit diese Leute endlich einen gesetzlichen Schutz genießen. Es sind ja in den meisten Fällen gerade die Großgrundbesitzer, die sich nicht scheuen, den armen Kleinhäuslern und Kleinbauern die Pachtzinsen zu erhöhen, und wenn diese im erhöhten Ausmaße nicht gezahlt werden, den betreffenden die Pachtgründe zu kündigen.

Die Wirtschaft auf vielen Gründen der Großgrundbesitzer ist ja bekannt. Erst unlängst hat die „Arbeiter-Zeitung“ über die Wirtschaft auf dem Gute des Herrn Franz Salvator, auf dem Gute Lohsdorf in Niederösterreich, einen ganz interessanten Bericht gebracht, einen Bericht über die Mißwirtschaft, die auf diesem Gute herrscht. Ähnliche Verhältnisse sind ja auch in den verschiedenen

anderen Ländern auf den Gütern des Großgrundbesitzes anzutreffen. Wir haben in der Kriegszeit die Erfahrung machen müssen, daß die Großgrundbesitzer sehr viel verdient haben an den teuren Produkten, die die Konsumenten kaufen mußten. Wir haben aber auch gesehen, daß viele Großgrundbesitzer ihrer Anbaupflicht durchaus nicht nachgekommen sind, daß sie sogar noch Brot und Mehl auf Brotkarten für sich und für ihr Gesinde bezogen haben. (*Hört! Hört!*) Gegenüber den Kleinbauern, Kleinhäuslern und Kleinpächtern ist man freilich nicht so nachsichtig gewesen wie gegenüber den Großgrundbesitzern, sie sind oft zu schweren Strafen verurteilt worden.

Zu diesen Quälereien, denen die Kleinbauern, Kleinhäusler und Kleinpächter gegenüber den Großgrundbesitzern ausgesetzt sind und stets ausgesetzt waren, kommt noch die willkürliche Zinssteigerung für Pachtgrundstücke. Es ist vorgekommen, daß Großgrundbesitzer und Großbauern die Pachtzins in ganz willkürlicher Art bis zu 200 Prozent gesteigert haben. Außerdem sind an den Pächtern Erpressungen vorgenommen worden, indem man ihnen mit der Kündigung des Pachtvertrages drohte, um auf diese Weise höhere Pachtzins durchzusetzen.

Zu den im Bericht vorliegenden Beispielen möchte ich nur noch einige hinzufügen. Auf dem Schloß Persenbeug in Niederösterreich ist eine Meierei errichtet worden und deshalb wurde einer ganzen Anzahl von Pächtern von Wiesen der Grund gekündigt, so daß diese armen Leute jetzt nicht einmal in der Lage sind, für ihre wenigen Stücke Rinder das nötige Futter zu haben.

Auf den Gütern des millionreichen Herrn Mayr-Melnhof in Steiermark sind den armen Kleinhäuslern und Kleinpächtern die Pachtzins bis zu 100 Prozent mit rückwirkender Kraft vom 1. Jänner 1919 gesteigert worden.

Der reiche Herr Ringer, der den Besitz des Fürsten Porzia in Spital an der Drau übernommen hat, hat sogar die Pachtzins um 200 Prozent erhöht, so daß die armen Leute, die bisher ein Stückchen Grund in Pacht gehabt haben, nahezu vor einer Katastrophe gestanden sind.

Der millionreiche Graf Henckell von Donnersmark in Wolfsberg hat den armen Bergarbeitern in Knappenberg den Weidezins für ein Stück Vieh von 5 K auf 30 K erhöht (*Hört! Hört!*) und diese Erhöhung ist doch ganz ungerechtfertigt, weil im Walde, wo das Vieh auf die Weide getrieben wird, das Gras trotz des Krieges und der allgemeinen Teuerung doch nicht teurer wächst. Dieser Graf Henckell von Donnersmark ist es auch, der vor mehreren Jahren über die armen Bergarbeiter und Kleinpächter eine förmliche Katastrophe brachte,

indem er willkürlich einfach die Weiden sperrte, und es hat vieler Bemühungen bedurft, um dieses Weideverbot wieder aufzuheben.

Die Großgrundbesitzer schließen auch Scheinverkäufe ab, einerseits um dadurch der Sozialisierung des Großgrundbesitzes zu entgehen (*Sehr richtig!*), andererseits um eine Handhabe zu haben, die Pachtzins in die Höhe zu treiben oder mit der Entziehung, beziehungsweise Kündigung des Pachtvertrages drohen zu können.

Aus all diesen angeführten Gründen ist es dringend notwendig, daß endlich auch für die armen kleinen Leute auf dem Lande ein gesetzlicher Schutz geschaffen wird und daß auch sie des Mieterschutzgesetzes, wie es die städtische Bevölkerung genießt, teilhaftig werden. Es ist deshalb notwendig, daß unser Antrag, wenn er heute vom hohen Hause beschlossen wird, vom Staatsamt für Justiz so schnell als möglich durch Vollzugsanweisung in die Praxis überführt werde. Der Antrag des Ausschusses lautet (*liest*):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, bis zur endgültigen Regelung der Besitz- und Servitutsverhältnisse durch Vollzugsanweisung die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung sinngemäß auf Pachtverhältnisse auf dem Lande auszudehnen. Die Verordnung soll in bezug auf ungerechtfertigte Pachtzinssteigerungen rückwirkend vom 1. Jänner 1919 gelten.“

Ich bitte die hohe Nationalversammlung um Annahme des Antrages. (*Beifall.*)

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich kann daher sofort zur Abstimmung schreiten.

Der Ausschuss beantragt eine Resolution (*liest*): „Die Regierung wird beauftragt, bis zur endgültigen Regelung der Besitz- und Servitutsverhältnisse durch Vollzugsanweisung die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung sinngemäß auf Pachtverhältnisse auf dem Lande auszudehnen. Die Verordnung soll in bezug auf ungerechtfertigte Pachtzinssteigerungen rückwirkend vom 1. Jänner 1919 gelten.“

Ich erlaube mir, zunächst zu erwähnen, daß unter „Vollzugsanweisung“ eine Vollzugsanweisung auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zu verstehen ist.

Ich bitte die Mitglieder, die dieser Resolution zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Heereswesen über den Antrag der Abgeordneten Rudolf Gruber, Kollmann, Barrer und Genossen (37 der Beilagen), betreffend die endliche Auszahlung der Explosionschäden vom Jahre 1917 (287 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Eisenhut. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Wie bekannt, ist am 17. Juli 1917 auf dem Steinfelde eine große Explosion erfolgt, die in zirka 40 Gemeinden riesigen Schaden angerichtet hat. Bekanntlich sind ja auch hier in Wien im X. Bezirk Fenster zersprungen u. Die geschädigten Parteien haben sich damals an die Heeresverwaltung gewendet und gebeten, man solle ihnen die Schäden vergüten, respektive Mittel zur Schadloshaltung beistellen. Das damalige Kriegsministerium hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß es keine Verpflichtung hat, die Explosionschäden als Elementarereignisse oder sogenannte Kriegschäden anzusehen und hat sich daher anfangs geweigert, diese Schäden zu vergüten. In weiterer Folge ist es aber — ich will auf die Details nicht näher eingehen — doch gelungen, daß sich das Kriegsministerium herbeigelassen hat, Materialien und Arbeitskräfte beizustellen, um doch einen Teil der Schäden wieder gutzumachen. Nahezu eine halbe Million wurde damals in Form von Materialien und Arbeiten vergütet. Der Rest, der hier in dem Ihnen vorliegenden Verzeichnisse B im Betrage von 497.517 K 34 h ausgewiesen ist, ist noch unbeglichen. Die Leute haben damals ihre Quittungen vorgelegt. Sie sind aufgefordert worden, die Schäden selbst auszubessern und die Quittungen vorzulegen. Diese sind von der Militärbauleitung überprüft worden und wären auch zur Auszahlung gelangt. Unterdessen kam jedoch der Zusammenbruch im November 1918 und die Zahlungen wurden eingestellt. Dieser Antrag der Abgeordneten Gruber und Genossen verlangt nun, daß diese Explosionschäden endlich zur Auszahlung gelangen sollen.

Der Heeresauschuß hat sich in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt und ist zur Anschauung gekommen, daß die alte Heeresverwaltung oder das ehemalige Kriegsministerium unbedingt zur Bezahlung verpflichtet ist, schon aus dem Grunde, weil tatsächlich, wie Sachleute nachgewiesen haben, durch die Nachlässigkeit der Militärorgane u. dort riesige Mengen von Munition und Pulver aufgestapelt waren und solche Explosionsstoffe bei langer Lagerung schon durch Selbstzersehung leicht entzündbar sind. Tatsächlich ist das eingetreten. In-

folgedessen hat der Ausschuß den Standpunkt vertreten, daß die beschädigte Bevölkerung unbedingt schadlos gehalten werden muß, daß dies aber viel zu weit führen würde, wenn wir warten würden, bis die sogenannte Gesandtenkonferenz oder das liquidierende Kriegsministerium die Schäden auszahlt, und hat den Beschluß gefaßt, daß die im Verzeichnisse B angeführten Schäden, die, wie ich schon erwähnt habe, nahezu eine halbe Million betragen, vorschußweise zur Auszahlung gelangen sollen. Schon mit Rücksicht darauf, weil ja die Hälfte der Schäden bereits vergütet worden ist und weil gerade die begüterten Leute dabei waren — Sie finden nämlich in dem Verzeichnisse A die Südbahn mit einem Betrage von nahezu 17.000 K — während die kleinen Leute, die sich die Schäden selbst gutmachen ließen, in folgedessen etwas später daran waren und verkürzt werden, hat der Ausschuß, dem das eingeleuchtet hat, folgenden Beschluß gefaßt, den ich Ihnen zur Annahme empfehle. Derselbe lautet (liest):

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

1. Die Notwendigkeit der Schadensentschädigung wird anerkannt.

2. Es sind die im Verzeichnisse B angeführten Schadensmeldungen im Betrage von 497.517 K 34 h bei der Liquidierungsmasse anzumelden und vom Staatsamt für Finanzen im Wege des Staatsamtes für Heereswesen an die Gemeinden vorschußweise zur Auszahlung zu bringen.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Präsident: Zum Worte hat sich der Abgeordnete Smitka gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Smitka: Hohe Nationalversammlung! Ich glaube, wir können diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne daß wir hier als Nationalversammlung mit aller Schärfe und mit allem Nachdruck betonen, daß die Auffassung, welche seinerzeit im alten Kriegsministerium auf diesem Gebiete geherrscht hat, nämlich daß es nicht verpflichtet sei, solche Schäden zu ersetzen, mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in krassem Widerspruch steht. (Sehr richtig!) Es ließe sich diese Auffassung noch begründen und begreifen, wenn es sich um eine Explosion oder überhaupt um Dinge handeln würde, die vielleicht in der Haft des Krieges nicht vermeidbar sind; wenn es sich um Dinge handeln würde, die, wenn auch nach menschlichem Ermessen alles geschehen wäre, um sie zu verhindern, sich aber doch ereignet haben infolge irgendeines Zusammentreffens von Zufällen; in

einem solchen Falle ließe sich das noch begreifen; aber ich habe die Sache angesehen und kennen gelernt, wie die Dinge draußen sind und ich muß sagen, das Verschulden, das fraudulose Verschulden daran, daß diese Explosion stattgefunden hat, trifft das ehemalige Kriegsministerium. Die Gemeinden, die in der nächsten Umgebung dieses Explosionsherdes, des sogenannten Mittels, sich befinden, haben wiederholt in Eingaben darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahr darin liegt, daß man so große Quanten Explosivstoff in unmittelbarer Nähe von Gemeinden lagert und sie frei, ohne Schutz lagert, indem nur ein Wachtposten in der Nacht dort herumgeht, und sind wiederholt im Kriegsministerium eingeschritten, es möge nach dieser Richtung eine Änderung durchgeführt werden. Es ist aber nichts geschehen.

Man hat nicht ganz einen Kilometer entfernt von Fabriken und von dem bedrohten Orte Siegersdorf Hunderttausende von Minenwerfern gelagert, von denen man wußte, daß der Inhalt, der Sprengstoff, mit dem sie geladen waren, sich in bestimmter Zeit zersetzt und von selbst zur Explosion kommt. Und trotz dem Einschreiten der Gemeinde, trotz dem wiederholten Verlangen, daß hier Änderungen vorgenommen werden, ist nichts geschehen. Die Minen sind dort gelagert und es ist natürlich das geschehen, was jeder Fachmann, was jeder, der sich nur halbwegs mit diesen Dingen beschäftigt, voraussehen mußte. Zu einer bestimmten Zeit haben sich die Pulverladungen zersetzt und sind explodiert.

Und in der nächsten Nähe dieser Minenmagazine sind andere Magazine mit scharfen Geschossen gelegen, ein Teil dieser Minenstücke ist in diese beiden Lager hineingeschleudert worden und hat dieselben entzündet und dadurch ist erst die große Explosion entstanden, die sich eigentlich in drei Explosionen gliederte. Wenn Sie gesehen hätten, was ich gesehen habe, wie diese Ortschaften am Tag darauf in der nächsten Nähe ansahen, wie den Bauern die ganzen Scheumendächer abgetragen und auf die Seite geschleudert worden waren, wie die Häuser zerrissen waren, wie keine Fensterscheibe ganz war, wenn Sie den ungeheuren Schaden gesehen hätten, der an Menschen und Gütern durch diese Explosion verursacht wurde, hätten Sie sich sagen müssen, daß es ein hoher Grad von Gewissenlosigkeit der damaligen Kriegsverwaltung war, dem Verlangen der Gemeinden und der Öffentlichkeit nicht Rechnung zu tragen und diese Explosivstoffe nicht dort zu lagern, wo sie hingehören: in die unbewohnten Teile des Steinfeldes oder in andere unbewohnte Gegenden.

Es liegt hier also nicht eine Vis major vor, sondern ein Verschulden der damaligen Militär-

verwaltung und es geht nicht an, daß sich die Militärverwaltung oder ihre heutigen Vertreter sagen: das ist eine Vis major, dem konnte man nicht ausweichen, wir sind nicht ersatzpflichtig. Das Haus muß mit aller Schärfe aussprechen, daß diesen Leuten, die bis heute die Entschädigung nicht erhalten haben, diese Entschädigung geleistet werden muß. Man darf sich nicht in dieser Frage, wie es im Ausschusse geschehen ist, auf den Standpunkt stellen: wir wollen nur denjenigen den Schaden ersetzen, die in bedrängten Verhältnissen sind. Wir sehen nicht ein, wie der Schmiedmeister irgendeines Ortes, der eine Reparatur im Betrage von 800 oder 900 K infolge der Schäden vorgenommen hat, die durch das Verschulden des Kriegsministeriums entstanden sind, dazu kommt, diesen Schaden zu tragen. Wir glauben daher, daß Sie dem Antrage des Ausschusses für Heereswesen Ihre Zustimmung geben werden, daß wir verlangen und von dieser Stelle aus betonen, daß die Liquidierungskommission aufgefordert werde, diese Schäden zu begleichen. Sollte sich die Liquidierungskommission vielleicht auf den Standpunkt stellen, daß sie dazu auf keine Weise verpflichtet sei, dann sagt der Antrag, daß wir doch das eine verlangen müssen, daß unsere Staatsbürger entschädigt werden und so der Schaden gutgemacht wird, der allerdings nicht durch ein Verschulden des heutigen Staates, sondern durch ein Verschulden aus vergangener Zeit bis heute nicht gutgemacht worden ist. Ich bitte ebenfalls um Annahme des Antrages.

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter etwas zu bemerken? (*Berichterstatter Eisenhut: Nein!*) Wir schreiten daher zur Abstimmung. Ich mache aber vorher darauf aufmerksam, daß unser Recht auch Beschlüsse kennt, die gesetzlich bindende Kraft haben, also eigentlich Gesetze sind.

Der Beschluß, der hier vom Ausschusse vorgelegt wird, ist kein solcher, sondern hat nur den Charakter einer Resolution, also einer Aufforderung an die Regierung, worüber vielleicht bei der ganzen Art der Stillfrierung ein Mißverständnis Platz greifen könnte. Ich habe mich daher für verpflichtet erachtet, diese Bemerkung zu machen.

Die Resolution lautet (*liest*):

„1. Die Notwendigkeit der Schadensentschädigung wird anerkannt.

2. Es sind die im Verzeichnisse B angeführten Schadensmeldungen im Betrage von 497.517 K 34 h bei der Liquidierungsmasse anzumelden und vom Staatsamt für Finanzen im Wege des

Staatsamtes für Heerwesen an die Gemeinden vorschußweise zur Auszahlung zu bringen.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die der Resolution zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschickt.*) Die Resolution ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum sechsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Frankenberg, Weiß, Wiesmaier, P. Unterkircher und Genossen (64 der Beilagen), betreffend die Förderung des Tabakbaues und über den Antrag der Abgeordneten Grahamer, Schöchtner, Egger, Altenbacher, Wimmer, Dr. Straffner und Genossen (72 der Beilagen), betreffend die zeitweilige Freigabe des Tabakanbaues (282 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Eisenhut. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Eisenhut: Hohes Haus! Das Streben der Landwirtschaft war schon im Frieden darauf gerichtet, selbst Tabak bauen zu können, wo eben die Möglichkeit hierzu vorhanden ist, hauptsächlich in jenen Gegenden, wo Weinbau betrieben wird und wo durch die großen Schäden, die durch die *Phylloxera*, *Peronospora*, *Oidium* usw. entstanden sind, eine große Anzahl von Gärten vernichtet worden ist und wo solche Kulturen erst wieder nach Degenjäten mit Neben bepflanzt werden können. Mit anderen Pflanzen, mit Getreidearten, Rüben usw. läßt sich dieser Grund nicht bebauen, sondern es können nur solche Pflanzen gebaut werden, die keinen Transport und nicht viel Bearbeitung des Bodens, mindestens keine solche mit tierischer Kraft erfordern. Darum war schon im Frieden in diesen Gegenden das Streben der Landwirtschaft auf den Tabakbau gerichtet. Im Kriege hat sich aber ein derartiger Mangel an Tabak eingestellt, daß dieses Streben ein allgemeines wurde. Es wird manchen Mitgliedern dieses hohen Hauses bekannt sein, daß Leute Tabak angebaut, oft nur einige Pflanzen gebaut haben und dafür bestraft worden sind. Im Bezirke Telfs in Tirol zum Beispiel haben die Finanzorgane, wenn ein Landwirt einige Pflanzen gebaut oder einige Pflanzen mehr gebaut hat, diese rücksichtslos herausgerissen, mit samt der daran haftenden Erde auf die Wage gelegt und nach diesem Gewichte wurde dann die Partei bestraft. Das wäre eventuell im Frieden noch gerechtfertigt gewesen, aber im Kriege, wo die Leute Tabak fast nicht bekommen haben, wo die Bevölkerung ohnehin in einer gewissen

Erregung war, hat das eine tiefe Mißstimmung erzeugt. Die Bevölkerung konnte es nicht begreifen, warum man nicht eine zeitweilige Freigabe gestatten könne, damit die Raucher zu ihrem Rechte gekommen wären, man hat ja zu allen möglichen Kunstmitteln gegriffen und Sie wissen, daß der Fiskus selbst zur „Wienerwaldmischung“ und anderen Ersatzmitteln gegriffen hat.

Diesen Erwägungen ist der Antrag entsprungen, daß mindestens die zeitweilige Freigabe des Tabakbaues gestattet werden soll.

Der Tabak ist eine südliche Pflanze und kann nur dort gedeihen, wo wärmeres Klima ist, wo Wein und Edelobst wächst. In kühleren Lagen wäre das nicht möglich.

Die Frage des Tabakbaues ist aber nicht so einfach zu lösen, wie sich das der Bauer oft vorstellt. Es gehören gewisse Kenntnisse dazu, die Kultur erfordert mehrere Jahre und nach meinen Erhebungen sind die Gesehungskosten um 25 bis 30 Prozent höher als beispielsweise die Kultur der Zuckerrübe. Es müßte daher auch der Ertrag ein dementsprechend hoher sein. Bei uns in Deutschösterreich könnte der Tabak, da er nur bis zum 50. Breitengrad gedeiht, nur in einem wärmeren Klima, also in niedrigeren Lagen gebaut werden, und zwar käme nur der ordinäre Tabak in Betracht. Die Bevölkerung würde sich auch damit begnügen.

Die Kultur erfordert Zeitaufwand, Kenntnisse und auch Vorbereitungen; es müssen Trockenschuppen angelegt werden usw. Infolgedessen hätte eine zeitweilige Freigabe eigentlich gar keinen Erfolg, weil die Kosten mit der Ernte nicht in Einklang stehen dürften. Es käme dann noch der Tabakbau im allgemeinen in Betracht. Das wäre ja in Erwägung zu ziehen und das hat auch unsere Regierung getan und es sind schon vor Jahren, also noch während des Krieges, in Südmähren, in der Nikolsburger Gegend, Versuche mit dem Tabakanbau gemacht worden. Leider sind dieselben infolge der schlechten Witterungsverhältnisse gescheitert. Die Versuche haben ergeben, daß der Erfolg ein so geringer war, daß der Ertrag weit unter den Gesehungskosten war; daß andererseits ein Tabakbau als solcher dem Staate durch die Überwachung zu viel Kosten verursachen würde, weil bekanntlich der Tabak ein Monopol ist. Deshalb wäre zumindest in der Zeit, wo man jedes Fleckchen Boden zur Bebauung von Brotfrüchten oder Gemüse u. benötigt, der Tabakbau als solcher nicht zu empfehlen, weil schon, wie erwähnt, einerseits die Erzeugungskosten höher sind als das Produkt, andererseits auch die Überwachung riesensummen erfordern würde.

Die Regierung hat aber doch eingesehen, daß man der Bevölkerung wenigstens für diese Zeit entgegenkommen muß, wo der Tabak schwer zu erhalten ist — wir hoffen ja, daß in Zukunft wieder

geordnete Verhältnisse sein werden und es möglich ist, daß, wenn unsere Valutaverhältnisse sich bessern, dann die eingeführten Tabake nicht viel teurer kommen werden als das erzeugte Produkt bei uns selbst, hoffentlich auch noch billiger. Infolgedessen hat die Regierung für diese Zeit die Erlaubnis und die Zusage gegeben, daß die Landwirte in Gartenkulturen Tabak bauen können, freilich nur gewisse Pflanzen.

Der Vertreter der Regierung hat aber im Ausschusse auch erklärt, daß, wenn hin und wieder Übergriffe stattfinden, daß eventuell Pflanzen angebaut werden, die eigentlich verboten sind — nämlich die ganz richtigen Tabakpflanzen —, auch dann die Leute nicht bestraft werden, weil erstens den Samen, ob er der oder jener Gattung angehört, nur der Fachmann erkennen kann, andererseits in Gartenkulturen niemals soviel gebaut werden kann, daß das Monopol in irgendeiner Form geschädigt ist.

Es ist daher zu begrüßen, daß das zugegeben worden ist, und ich glaube, damit ist auch dem hier von Vertretern verschiedener Länder gestellten Antrag Rechnung getragen. Ich glaube daher, daß wir diesem Antrag, den ich mir zu verlesen erlauben werde, zustimmen werden, und ich hoffe, daß über die Zeit bis 1920, wie der Antrag lautet, die Bevölkerung sich so im kleinen dadurch Tabak verschaffen können wird. Ich selbst bin der Anschauung, daß wir wahrscheinlich damit nicht viel Erfolg haben werden, aber weil heute jedes Kraut zum Rauchen benutzt wird, wird dieser Anbau mindestens ebenso sein oder doch etwas besser wie Hufslattich, Wienerwalb oder dergleichen.

Ich erlaube mir nun, namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen:

„Die Regierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der Tabakbau in Hausgärten, soweit derselbe zur Deckung des Eigenbedarfes dient, einschließlich der Ernte 1920 gestattet wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Resolutionsantrages.

Präsident: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Schiegl gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schiegl: Hohes Haus! Während des Krieges wurde eine irrige Mitteilung in die Blätter lanciert, aus der hervorgegangen ist, daß der Tabakanbau in Österreich freigegeben sei. Das hat nun einen großen Teil der Landwirte veranlaßt, Tabak anzubauen. Die Regierung ist nun dagegen eingeschritten, sie war aber in einer Zwangslage, weil dieser Tabakanbau unter Berufung auf diese irrige Notiz bereits vollzogen

war und die Regierung daher nicht scharf vorgehen wollte. Es wurde das nun geduldet und die Regierung hat erklärt, das sei nur für dieses Jahr möglich, aber für die Zukunft verboten. Nun hat sich gezeigt, daß im nächsten Jahre das gleiche eingetreten ist, und jetzt sehen wir, daß heuer — also im dritten Jahre — die Landwirte wieder an die Regierung herangetreten sind, den Tabakanbau freizugeben. Die Regierung hat dem Drängen der Landwirte nicht vollständig nachgegeben, hat aber immerhin Mitte April einen Erlaß hinausgegeben, wo ausdrücklich erklärt wird, daß die Organe der Regierung gegen diejenigen Landwirte nicht einschreiten sollen, die bestimmte Tabakpflanzen — das sind drei bestimmte Gattungen — in den Hausgärten anpflanzen. Diese Tabakpflanzen, die freigegeben wurden, sind keine eigentlichen Tabakpflanzen, die für einen ordentlichen und guten Tabak verwendbar wären, und die Landwirte haben ja auch nicht die Gelegenheit, den Tabak richtig zu heizen, um einen wirklich brauchbaren Tabak zu bekommen.

Das ist alles recht schön und ist richtig, aber immerhin müssen wir auf dem Standpunkt stehen, daß ein Monopol, wenn es einmal besteht, wirklich geschützt werden muß und daß es nicht angeht, daß von Jahr zu Jahr immer wieder solche Abweichungen eintreten. Es ist ja auch ein sehr dehnbarer Begriff, daß, wie es hier in dieser Resolution heißt, der Eigenbau gedeckt wird. Wir haben im Ausschusse gehört, was man sich unter Eigenbedarf vorstellt und es hat Herren gegeben, die der Meinung waren, daß unter den Eigenbedarf der Bedarf aller derjenigen gemeint ist, die zum Hausgestinde, zum ganzen Bauernhof gehören. Wenn man das so auffaßt, so würde das zur Folge haben, daß der Eigenbau für die gesamte Landbevölkerung durchgeführt wird, und es wäre infolgedessen gar nicht mehr notwendig, an die Landbevölkerung Rauchtobak abzugeben.

Aus diesen prinzipiellen Gründen haben wir im Finanz- und Budgetausschuß Widerspruch dagegen erhoben, daß das Staatsamt für Finanzen Mitte April einen solchen Erlaß hinausgegeben hat. Nachdem die Geschichte bereits geschehen ist, kann man natürlich momentan nichts machen. Aber ich würde denn doch ersuchen, daß uns vielleicht das Staatsamt für Finanzen eine ganz präzise Erklärung abgibt, daß es das letztemal sei, daß dieser Eigenbau geduldet wird und daß wir in Zukunft wieder zu geregelten Verhältnissen kommen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, dies dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen.

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Staatssekretär für Finanzen.

Staatssekretär für Finanzen Dr. **Schumpeter**: Hohe Nationalversammlung! Der Antrag, der Ihnen zur Beschlußfassung vorliegt, entspricht ohnehin, wie der Herr Nationalrat Schiegl ausgeführt hat, der Praxis. Die Regierung wollte in der Zeit, wo sie viele Landgemeinden mit Tabak überhaupt nicht beliefern konnte, nicht durch eine exasperierende Schärfe die Landleute noch schikanimieren. Es ist ja ganz begreiflich, daß Nichtraucher können zu den Dingen gehört, die uns am meisten auf die Nerven gehen. Andererseits aber entspreche ich mit großem Vergnügen der Aufforderung, die der Herr Vorredner an mich gestellt hat. Diese Praxis war im Kriege notwendig, sie ist auch jetzt notwendig, sie darf aber über die Ernte 1920 nicht fortgesetzt werden und ich möchte daher, der Aufforderung entsprechend, die Erklärung abgeben, daß sie über die Ernte 1920 nicht fortgesetzt werden soll. Bis dahin allerdings muß ich, so dankbar ich dafür sein muß, daß so viele Herren sich hier für das staatsfinanzielle Interesse eingesetzt haben, sagen, daß ich in der Freigabe dieser drei Pflanzen keine besondere Gefahr für das Tabakmonopol erblicke, zumal es sich ohnehin nicht um hochwertige Pflanzen handelt und jeder, der anderen Tabak bekommt, sicher diesen anderen raucht. Es handelt sich nur darum, in jenen Gemeinden, wo eben gelegentlich keiner zu bekommen ist, für diese exzeptionellen Zustände, unter denen wir momentan noch leben, eine temporäre Abhilfe zu schaffen. Daß sie temporär sein muß, darüber ist sich die Regierung nicht im unklaren. *(Bravo!)*

Präsident: Der Herr Berichterstatter wünscht noch eine Bemerkung zu machen.

Berichterstatter **Eisenhut**: Mit der Erklärung des Herrn Staatssekretärs für Finanzen wird, glaube ich, auch der Herr Kollege Schiegl zufrieden sein. Daß wir nicht die Absicht verfolgen, gegen das Monopol vorzugehen, haben Sie auch aus den Ausführungen eben gehört. „Wienerwald“ haben wir nicht, so wollen wir etwas, was wir uns eben selbst bauen. Die Bauern werden gar nicht die Zeit und die Einrichtungen haben, um dem Monopol schaden zu können. Wenn besserer oder mehr Tabak kommt, werden sie beim alten bleiben und mit dem Anbau selbst aufhören.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Es liegt folgender Resolutionsantrag vor:

„Die Regierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der Tabakbau in Hausgärten, soweit derselbe zur Deckung des Eigenbedarfes dient, einschließlich der Ernte 1920 gestattet wird.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Die Resolution ist angenommen.

Ich breche die Verhandlung ab.

Abgeordneter **Hosch** hat sein Mandat im Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung zurückgelegt. Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel.)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen: dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht:

den Antrag der Abgeordneten Dr. **Gimpl**, **Paulitsch** und **Genossen**, betreffend die Zulassung der Absolventen von land- und forstwirtschaftlichen Mittelschulen als ordentliche Hörer der Hochschule für Bodenkultur *(302 der Beilagen)*;

dem Finanz- und Budgetausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. **Schürff** und **Genossen**, betreffend ein Loosanlehen für Zwecke des Einkaufes von Lebensmitteln und Rohstoffen im Auslande *(296 der Beilagen)* und

den Antrag der Abgeordneten **Fischer**, **Dr. Maier**, **Paulitsch** und **Genossen**, betreffs Zuerkennung von Unterbeamtenstellen an die Finanzdienerschaft *(300 der Beilagen)*;

dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

den Antrag der Abgeordneten Dr. **Schürff**, **Wedra** und **Genossen**, betreffend die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des gesamten staatlichen Vermessungswesens *(297 der Beilagen)*;

dem Verfassungsausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. **Straffner** und **Genossen** auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Koalitionsgesetzes vom 7. April 1870, R. G. Bl. Nr. 43 *(298 der Beilagen)*;

dem Ausschusse für Verkehrswesen:

den Antrag der Abgeordneten **Josef Kröchl** und **Genossen**, betreffend den Ausbau der Lokalbahn Lambach-Haag am Hausruck zum Anschlusse an die Strecke Wels—Simbach in der Station Pram *(299 der Beilagen)*, und den Antrag der Abgeordneten **Fischer**, **Dr. Gimpl**, **Dr. Ramek**, **Paulitsch** und **Genossen**, betreffend Fahrpreisermäßigung auf den Staatsbahnen für die Lehrerschaft *(301 der Beilagen)*.

Bei der Wahl eines Mitgliedes in das Komitee zur Überwachung der wirtschaftlichen Demobilisierung wurden 80 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 41. Gewählt erscheint mit 80 Stimmen der Abgeordnete Luttenberger. Ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ich bin nicht in der Lage, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung schon heute bekanntzugeben. Ich werde daher zur nächsten Sitzung im schriftlichen Wege einladen. Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben?

Abgeordneter **Rittinger**: Ich bitte um das Wort.

Präsident: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Rittinger gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Rittinger**: Hohes Haus! Wir hätten in der heutigen Tagesordnung nur noch den letzten Punkt zu erledigen gehabt. Ich glaube, daß er, nachdem er eine Debatte nicht hervorgerufen hätte, in kurzer Zeit erledigt gewesen wäre.

Da der Herr Präsident, wie er ja zugibt, nicht in der Lage ist, den nächsten Sitzungstag zu bestimmen, wodurch eine wesentliche Verzögerung in der Behandlung dieses letzten Punktes der heutigen Tagesordnung eintreten könnte, würde ich sehr bitten, daß wir die heutige Sitzung noch um einige Minuten verlängern und diesen Punkt noch erledigen.

Präsident: Der Bericht, von dem der Herr Abgeordnete Rittinger spricht, ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Petition des Reichsbundes deutscher Postler und über die Anträge der Abgeordneten Steinegger, Dr. M. Mayr und Genossen (267 der Beilagen)

und der Abgeordneten Rittinger, Dr. Waber, Kraft und Genossen (264 der Beilagen), betreffend die Einreichung der Postmeister in die Gruppe C der Staatsbeamten (285 der Beilagen).

Dieser Bericht ist infolge eines Irrtums auf die Tagesordnung gestellt worden oder besser gesagt, er ist nur durch einen Irrtum überhaupt möglich geworden. Ich habe, von Mitgliedern des Ausschusses darauf aufmerksam gemacht, mir das Protokoll der Ausschußsitzung vorlegen lassen, in der über diese Anträge referiert wurde. Nach dem Protokoll hat der betreffende Regierungsvertreter, ein Ministerialrat, Einwendungen gegen den Antrag erhoben, ebenso ein zweiter Ministerialrat als Regierungsvertreter. Am Schlusse sagt das Protokoll wörtlich (*liest*): „Hofrat Mayr“ — das ist der Abgeordnete Mayr — „beantragt, die Mitteilungen der Regierungsvertreter zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag damit als erledigt zu betrachten.“ Das heißt also, daß ein Beschluß, wie er hier in der Beilage 285 enthalten ist: „Die Regierung wird aufgefordert, die Einreichung der Postmeister in die Gruppe C der Staatsbeamten durchzuführen“ im Finanz- und Budgetausschuß überhaupt nicht gefaßt wurde.

Ich bin also nicht in der Lage, diesen Bericht zur Verhandlung zu stellen, und das war der eigentliche Grund, weshalb ich ihn von der Tagesordnung absetzen mußte; sonst hätte ich ihn selbstverständlich zur Verhandlung gebracht.

Gibt sich der Herr Abgeordnete mit dieser Aufklärung zufrieden?

Abgeordneter **Rittinger**: Ich danke.

Präsident: Wird noch eine Einwendung erhoben. (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall, die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 15 Minuten nachmittags.